

# STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



**des 2. Burgenländischen Jugendlandtages**

**der**

**XXI. Gesetzgebungsperiode**

**des**

**Burgenländischen Landtages**

**Donnerstag, 25. Oktober 2018**

**10.01 Uhr - 14.14 Uhr**

## Tagesordnung

1. Fragestunde;
2. Antrag der Jugendabgeordneten Simon Luckinger, Daniel Lehner, Kevin Sifkovits, Jan Hofmann, Lukas Laktisch, Stefan Rath, Rene Cerwenka, Christian Springinkle und Markus Schranz auf Fassung eines Beschlusses betreffend Arbeit (J 5);
3. Antrag der Jugendabgeordneten Dominik Ernst, Jacqueline Berghöfer, Wolf Steinhäusl, Mirjam Kayer, Anna-Sophie Prünner, Marcel Darnai, Manuel Limbeck und Manuel Raschl auf Fassung eines Beschlusses betreffend Mobilität (J 6);
4. Antrag der Jugendabgeordneten Fabio Halb, Maximilian Sipötz, Hannah-Lea Kiss, Alexander Joham, Tatjana Schraml, Anna Krems, Maximilian Hrabec und Florian Spalek auf Fassung eines Beschlusses betreffend Weiterentwicklung der Bildungslandschaft im Burgenland (J 7);
5. Antrag der Jugendabgeordneten Lejla Visnjic, Sebastian Steiner, Thomas Haffer, Hannah Grandits, Matthias Wukitsch, Jakob Rennhofer, Tea Markovic und Manuel Dachs auf Fassung eines Beschlusses betreffend Förderung von Menschen mit Behinderungen und Ausbau der Pflege (J 8);

-----

## Inhalt

### Landtag

Eröffnung und Ansprache des Landtagspräsidenten Christian Illedits (S. 101)

### Fragestunde:

**Anfrage Nr. 1** des Jugendabgeordneten Manuel Dachs an Landeshauptmann Hans Nießl betreffend Förderung von Jugendstarterwohnungen im Burgenland

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans Nießl (S. 103)

Zusatzfrage: Jan Hoffmann (S. 104), Manuel Limbeck (S. 105)

**Anfrage Nr. 2** des Jugendabgeordneten Daniel Lehner an Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz betreffend rückläufige Entwicklung bei burgenländischen Zivildienern im Burgenland

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (S. 106)

Zusatzfrage: Tatjana Schraml (S. 107), Matthias Wukitsch (S. 108)

**Anfrage Nr. 3** des Jugendabgeordneten Maximilian Sipötz an Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Maßnahmen zur Förderung von jungen burgenländischen Künstlerinnen und Künstlern

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (S. 108)

Zusatzfrage: Manuel Raschl (S. 109), Hannah Grandits (S. 110)

**Anfrage Nr. 4** der Jugendabgeordneten Lejla Visnjic an Landesrätin Verena Dunst betreffend zukünftige Pläne in der Biologischen Landwirtschaft

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena Dunst (S. 111)

Zusatzfrage: Mirjam Kayer (S. 113), Jacqueline Berghöfer (S. 114)

**Anfrage Nr. 5** des Jugendabgeordneten Simon Luckinger an Landesrat Mag. Norbert Darabos betreffend Höhe der Arbeitslosigkeit im Burgenland

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 115)

Zusatzfrage: Rene Cervenka (S. 116), Markus Schranz (S. 117)

**Anfrage Nr. 6** des Jugendabgeordneten Wolf Steinhäusl an Landesrat MMag. Alexander Petschnig betreffend Unterstützung im Burgenland für Start-Ups und Jung-Unternehmer

Beantwortung der Anfrage: Landesrat MMag. Alexander Petschnig (S. 117)

Zusatzfrage: Stefan Rath (S. 119), Anna Krems (S. 120)

**Anfrage Nr. 7** der Jugendabgeordneten Hannah-Lea Kiss an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Astrid Eisenkopf betreffend Zukunftsthemen im Ressort Frauen  
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Astrid Eisenkopf (S. 121)  
Zusatzfrage: Christoph Springinkle (S. 124), Anna-Sophie Prünner (S. 125)

## Verhandlungen

**Antrag** der Jugendabgeordneten Simon Luckinger, Daniel Lehner, Kevin Sifkovits, Jan Hofmann, Lukas Laktisch, Stefan Rath, Rene Cerwenka, Christian Springinkle und Markus Schranz auf Fassung eines Beschlusses betreffend Arbeit (J 5);  
Berichtersteller: Kevin Sifkovits (S. 126)  
Redner: Stefan Rath (S. 127), Rene Cerwenka (S. 129), Simon Luckinger (S. 130), Sebastian Steiner (S. 130), Jan Hoffmann (S. 132), Wolf Steinhäusl (S. 133), Kevin Sifkovits (S. 135), Rene Cerwenka (S. 137), Stefan Rath (S. 138)  
Annahme des Antrages (S. 138)

**Antrag** der Jugendabgeordneten Dominik Ernst, Jacqueline Berghöfer, Wolf Steinhäusl, Mirjam Kayer, Anna-Sophie Prünner, Marcel Darnai, Manuel Limbeck und Manuel Raschl auf Fassung eines Beschlusses betreffend Mobilität (J 6);  
Berichtersteller: Manuel Limbeck (S. 138)  
Redner: Mirjam Kayer (S. 139), Dominik Ernst (S. 141), Rene Cerwenka (S. 143), Matthias Wukitsch (S. 144), Anna-Sophie Prünner (S. 146), Markus Schranz (S. 146), Manuel Limbeck (S. 147), Jakob Rennhofer (S. 148), Kevin Sifkovits (S. 149), Jacqueline Berghöfer (S. 150), Stefan Rath (S. 151), Mirjam Kayer (S. 153), Landeshauptmann Hans Nießl (S. 154)  
Annahme des Antrages (S. 156)

**Antrag** der Jugendabgeordneten Fabio Halb, Maximilian Sipötz, Hannah-Lea Kiss, Alexander Joham, Tatjana Schraml, Anna Krems, Maximilian Hrabec und Florian Spalek auf Fassung eines Beschlusses betreffend Weiterentwicklung der Bildungslandschaft im Burgenland (J 7);  
Berichtersteller: Maximilian Sipötz (S. 157)  
Redner: Hannah-Lea Kiss (S. 158), Tatjana Schraml (S. 159), Anna Krems (S. 159), Rene Cerwenka (S. 161), Dominik Ernst (S. 162), Florian Spalek (S. 164), Manuel Dachs (S. 165), Jakob Rennhofer (S. 166), Tea Markovic (S. 168), Dominik Ernst (S. 169), Maximilian Sipötz (S. 170), Mirjam Kayer (S. 172), Landeshauptmann Hans Nießl (S. 172), Simon Luckinger (S. 174)  
Annahme des Antrages (S. 174)

**Antrag** der Jugendabgeordneten Lejla Visnjic, Sebastian Steiner, Thomas Haffer, Hannah Grandits, Matthias Wukitsch, Jakob Rennhofer, Tea Markovic und Manuel Dachs auf Fassung eines Beschlusses betreffend Förderung von Menschen mit Behinderungen und Ausbau der Pflege (J 8);

Berichterstatterin: Lejla Visnjic (S. 175)

Redner: Thomas Haffer (S. 176), Hannah Grandits (S. 178), Jakob Rennhofer (S. 179), Wolf Steinhäusl (S. 179), Lejla Visnjic (S. 181), Landesrat Mag. Norbert Darabos (S. 181), Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Astrid Eisenkopf (S. 183)

Annahme des Antrages (S. 184)

## Beginn der Sitzung 10 Uhr 02 Minuten

**Präsident Christian Illedits:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Jugendabgeordnete! Hohes Haus! Sehr geehrte Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung, an der Spitze Herr Landeshauptmann Hans Nießl!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die uns heute hier von der Tribüne aus beiwohnen und auch diejenigen, die - hoffentlich sehr zahlreich - über Internet heute hier mit dabei sind und hoffentlich auch sehr interessiert zusehen.

Nach 2016 darf ich heute wieder eine besondere Sitzung eröffnen nämlich, die Sitzung des Jugendlandtages. Es ist dies die 8. Sitzung des Burgenländischen Jugendlandtages.

Dazu darf ich Sie nochmals alle recht herzlich willkommen heißen. Es ist die 2. Sitzung des Burgenländischen Jugendlandtages in der aktuellen XXI. Gesetzgebungsperiode.

Ich eröffne die Sitzung mit der Feststellung, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Ergebnisse der heutigen Sitzung, das darf ich vorweg nehmen, werden zusammengefasst und im Zuge der nächsten regulären Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 15. November 2018, hier im Landtag debattiert.

Der Jugendlandtag, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein sehr wichtiges Instrument. Ich bin sehr stolz darauf, dass ich im Jahr 2007 auch mit dabei sein durfte, als dieser Jugendlandtag aus der Taufe gehoben wurde. Mittlerweile ist der Jugendlandtag ein fixer Bestandteil unserer Landtagsarbeit geworden und es freut mich heute besonders, dass ich wieder hier den Vorsitz führen darf.

Wir wollen aber auch die Diskussionsplattformen unserer Jugend überdenken. Daher habe ich einen Termin für ein Arbeitsgespräch fixiert und schon dazu eingeladen, um Vorschläge auch in neuer Art und Weise zu besprechen, um diese dann auch in die jugendrelevante Arbeit, die uns sehr wichtig ist, zu implementieren.

Denn, Demokratie ist kein Naturgesetz. Wir begehen heuer das 100jährige Bestehen der Republik Österreich. Der Aufbau des Staates, die Regierungs- und Staatsform und sämtliche rechtliche Grundlagen sind in der Bundesverfassung festgehalten. Ein wichtiger Bestandteil darin ist das Bundesstaatliche Prinzip, wonach Österreich aus den neun Bundesländern gebildet wird, die in ihrem Bereich selbständig sind und eigene Gesetze beschließen.

Der Landtag ist das höchste Organ in einem Bundesland. Im Sinne der Gewaltentrennung ist er für die Gesetzgebung eines Landes verantwortlich, aber zugleich auch Kontrollorgan.

Ich lasse den Vorwurf, dass die Jugend politikverdrossen ist, nicht gelten. Meiner Erfahrung nach hat die Jugend Interesse an der Politik und daher ist es wichtig, sie stärker in diese einzubinden und ihr die Möglichkeit zu bieten, von der passiven in die aktive Rolle zu wechseln. Heute erhalten Sie, meine sehr verehrten Damen Jugendabgeordneten, die Möglichkeit dazu.

Dass dieses mit einer gewissen Verantwortung einhergeht, darüber wurden Sie im Workshop, zur Vorbereitung auf diesen Landtag, ausgehend unterrichtet. Die heutige Sitzung simuliert - auch was die Beschlüsse betrifft - einen Landtag 1:1.

Heute, meine sehr verehrten Damen und Herren Jugendabgeordnete, ist es Ihr Hohes Haus und die Augen der burgenländischen Jugend sind auf Sie gerichtet.

Sie haben heute die Möglichkeit, Ihre Ideen und Anliegen einzubringen und in diesem politischen Prozess zu präsentieren. Im Vorbereitungsseminar haben Sie sich mit unterschiedlichsten Themen auseinandergesetzt.

Ich freue mich auf die heutige Sitzung mit Ihnen und bin sehr gespannt auf Ihre Inputs, die uns Politikern neue Blickwinkel und Betrachtungsweisen eröffnen. Ihre Beschlüsse sollen nämlich Grundlage für die parlamentarische Arbeit des Landtages zu jugendrelevanten Themen sein.

Ich bedanke mich auch bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landtagsdirektion sowie allen Fraktionen für die Vorbereitungsarbeit zu dieser Sitzung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Jugendabgeordnete! Im Rahmen des Vorbereitungsseminars wurden die Anfragen der heutigen Fragestunde erarbeitet. Diese Anfragen wurden gemäß der Geschäftsordnung fristgerecht an die Damen und Herren der Burgenländischen Landesregierung übermittelt.

Es wurden vier Anträge erarbeitet. Diese Anträge wurden formell und inhaltlich geprüft und können daher in der heutigen Sitzung des Jugendlandtages behandelt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall.

### **1. Punkt: Fragestunde**

**Präsident Christian Illedits:** Wir gehen daher in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr und 7 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist vom Jugendabgeordneten Manuel Dachs an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl gerichtet.

Ich bitte daher nun Herrn Jugendabgeordneten Manuel Dachs um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Manuel Dachs:** Danke Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Für junge Menschen ist kostengünstiges Wohnen immer noch ein großes Thema. Wollen Sie weiterhin die sogenannten Jugendstarterwohnungen im Burgenland fördern?

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Jugendabgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Herr Präsident! Liebe Regierungsmitglieder, vor allen Dingen liebe Jugendabgeordnete! Ich darf Sie auch alle sehr herzlich begrüßen. Ich freue mich, denn ich bin bereits das achte Mal beim Jugendlandtag mit dabei und es hat immer wieder, das muss ich sagen, sehr qualitätsvolle Diskussionen gegeben.

Ich kann auch sagen, dass viele dieser Beschlüsse auch in der Landesregierung zu ernsthaften Diskussionen geführt haben und dadurch sicherlich eine Beeinflussung der Arbeit für junge Menschen gegeben war. Das ist ein ganz ein wesentliches und wichtiges Thema, was Sie hier aufgegriffen haben, denn Wohnen und leistbares Wohnen wird eine der ganz zentralen Zukunftsfragen sein.

Das wird die jetzige Generation betreffen, aber das wird gerade auch Sie als kommende Generation betreffen, die sich in Zukunft eine Wohnung leisten oder ein Einfamilienhaus errichten wollen. Da wissen wir alle, und das sagen auch die Medienberichte, wie vor allem in manchen Landesteilen oder in manchen Teilen Österreichs und auch im Burgenland, die Grundstückspreise angestiegen sind, wie die Baupreise ansteigen, wie die Preise für Baumaterialien ansteigen.

Da ist natürlich die Politik gefordert zu sagen, welche Rahmenbedingungen können wir schaffen, damit wir leistbares Wohnen ermöglichen? Wir werden die Grundstückspreise nicht beeinflussen können, denn das entwickelt sich natürlich am Markt nach Angebot und Nachfrage, aber man hat viele Räder, an denen man drehen kann.

Da ist mir Junges Wohnen ein sehr großes Anliegen. Ich bin auch sehr froh darüber, dass es uns in der Vergangenheit gelungen ist, im gesamten Burgenland Voraussetzungen zu schaffen, also in allen Landesteilen, um Junges Wohnen anzubieten und hier auch Beiträge zu leisten, damit junge Menschen in diese Wohnungen auch einziehen können.

Ich kann sagen, dass wir im Burgenland die beste Wohnbauförderung aller österreichischen Bundesländer haben und es ist auch allen Parteien gelungen, dass wir diese beste Wohnbauförderung nochmals verbessern.

Es hat im Burgenländischen Landtag einen einstimmigen Beschluss gegeben, und da waren doch einige Verhandlungen notwendig, mit den Vertretern aller Parteien im Landtag, dass wir unsere sehr gute Wohnbauförderung deutlich angehoben haben, sodass es jetzt, wenn man um eine Förderung für ein Einfamilienhaus ansucht, eine bis zu 25 Prozent bessere Förderungen gibt.

Junges Wohnen wird auch besser gefördert, nämlich, in Form des Generationen-Wohnens. Dort, wo, zum Beispiel, Starterwohnungen sind und wo auch Wohnungen für Familien sind, das ist das Generationen-Wohnen. Dort wird auch die Förderung angehoben.

Wir haben in der Vergangenheit hier 650 Euro pro Quadratmeter gefördert. Das werden jetzt 680 Euro pro Quadratmeter sein. Junges Wohnen heißt für mich, dass wir einen Quadratmeterpreis ohne Betriebskosten von zirka fünf Euro oder nach Möglichkeit unter fünf Euro haben. Das wächst natürlich dann mit dem Index darüber, das ist kein Fixpreis, aber das sind große Anstrengungen, dass wir dieses Junge Wohnen in den letzten Jahren unterstützt haben.



Aktuell wird durch die neue Burgenländische Wohnbauförderung, durch diesen einstimmigen Beschluss im Burgenländischen Landtag, das Generationswohnen noch besser gefördert, sodass wir sicherlich auch weiterhin diese Starterwohnungen anbieten können.

Ich glaube, das ist sehr wichtig und diese Starterwohnungen sind auch genau definiert. Es handelt sich um reine Mietwohnungen. Wenn man sich eine Wohnung von einer Genossenschaft nimmt, dann wird meistens auch ein Finanzierungsbeziehungsweise ein Cash-Beitrag verlangt.

Das ist bei den Starterwohnungen nicht der Fall, denn hier muss man keinen Finanzierungsbeitrag leisten. Die Kaltmiete, also ohne Betriebskosten, soll fünf Euro betragen. Es kann dazu auch noch eine Wohnbeihilfe, also eine weitere finanzielle Unterstützung, beantragt werden.

Ermöglicht wurde das alles durch diesen einstimmigen Beschluss im Landtag. Da bin ich wirklich auch ein bisschen stolz drauf, dass sich da alle Parteien dazu bekannt haben, dass Wohnen ein wichtiges Zukunftsthema ist und dass die Starterwohnungen für junge Leute einen sehr hohen und wichtigen Stellenwert haben. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Landeshauptmann. Die erste Zusatzfrage ist von Herrn Abgeordneten Jan Hoffmann an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl gerichtet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Jan Hoffmann:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Wie viele dieser Starterwohnungen gibt es denn bereits im Burgenland?

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Jugendabgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben in Illmitz begonnen, das war vor einigen Jahren, Starterwohnungen in entsprechender Form zu errichten. Das war so ein Modellprojekt, wo wir gesagt haben, probieren wir das einfach. Eine Siedlungsgenossenschaft hat dort kostengünstig Baugründe bekommen und wir konnten dort bei diesen 50 bis 55 Quadratmeter Wohnungen einen Mietbetrag von unter fünf Euro ermöglichen.

Das hat sich bewährt, das haben wir zusammengebracht. Von Illmitz aus haben wir dann versucht, diese Starterwohnungen in allen Landesteilen zu errichten. Dort waren es 12 Wohneinheiten.

Seit dem Jahr 2013 haben wir in Summe bisher 32 Bauvorhaben mit 358 Starterwohnungen errichtet und gefördert. Diese 32 Projekte haben ein Auftragsvolumen von 37 Millionen Euro hervorgerufen. Für diese 358 Starterwohnungen wurden auch Wohnbaumittel von insgesamt 12,6 Millionen Euro von Seiten der Burgenländischen Wohnbauförderung zur Verfügung gestellt.

Weitere acht Projekte, das sind 78 Wohnungen, sind nicht nur geplant, sondern in Bau beziehungsweise in der Bauvorbereitung. Wir haben in allen Bezirken Projekte umgesetzt. Im Bezirk Güssing sind 14 Starterwohnungen in Planung, sodass wir in allen Bezirken dieses Pilotprojekt von Illmitz auch realisiert und umgesetzt haben. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Landeshauptmann. Die zweite Zusatzfrage ist von Herrn Abgeordneten Manuel Limbeck an Herrn Landeshauptmann Hans Nießl gerichtet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Manuel Limbeck:** Danke Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Welche Schritte möchten Sie weiterhin setzen, um kostengünstiges Wohnen für Burgenländer und Burgenländerinnen zu ermöglichen?

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Jugendabgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ):** Wie ich einleitend schon gesagt habe, ist das ein ganz wesentliches Thema. Die Politik ist hier gefordert sich damit auseinander zu setzen, weil wir im Burgenland auch in Zukunft einen deutlichen Bevölkerungszuwachs haben werden. Wir alle wissen, dass Wien deutlich wächst, dass Niederösterreich wächst und das unter dem Strich auch das Burgenland einen Bevölkerungszuwachs haben wird, was natürlich regional sehr unterschiedlich ist und auch sein wird. Da muss man natürlich auch für die Menschen Voraussetzungen schaffen, sich hier Wohnen leisten zu können.

Wir sind auch in der Situation, das sich, zum Beispiel, im Südburgenland fast 150 Tiroler angesiedelt haben, weil sie sich in Innsbruck das Wohnen nicht mehr leisten können, weil die Wohnungsmieten so hoch sind, die ganz einfach für einen ASVG Pensionisten zu hoch sind, weil für das Leben nichts mehr übrig bleibt und weil bei uns die Wohnungskosten niedriger sind. Deshalb haben wir diesen Zuzug vor allen Dingen im Südburgenland aus Tirol.

Die treffen sich auch hin und wieder, die Tiroler Community. Dies um nur ein kleines Beispiel zu nennen, welches Problem es ist, wenn sich Menschen Wohnen nicht mehr leisten können. Die haben ein Leben lang in Tirol gelebt und gehen in der Pension.

Natürlich ist das Burgenland das schönste Bundesland und sie kommen gerne zu uns her, das verstehe ich schon, aber der eigentliche Hintergrund ist natürlich auch, dass das Wohnen bei uns deutlich billiger ist.

Was machen wir? Wir haben die Förderungen für Einfamilienhäuser angehoben. Das heißt, bis zu 25 Prozent von der besten Wohnbauförderung Österreichs deutlich angehoben.

Ich kann sagen, dass eine Familie mit zwei Kindern und einem gewissen Einkommen in Summe 70.000 Euro an Wohnbauförderung für ein Einfamilienhaus bekommen hat. Jetzt sind es 87.400 Euro. Das ist ein Musterbeispiel, das durchaus immer wieder vorkommt. Also, eine deutliche Anhebung.

Natürlich gilt das auch für die Starterwohnungen, wie ich eingangs gesagt habe. Die sind ganz wichtig, das ist ein Renner, denn kaum sind Starterwohnungen im Bau, sind sie auch schon wieder vergeben.

Da bin ich dieser Siedlungsgenossenschaft wirklich dankbar, dass sie diesen Weg geht. Ich würde mir wünsche, dass jede Siedlungsgenossenschaft Starterwohnungen baut. Wir brauchen das für unsere jungen Menschen und wir fördern das deshalb auch mit 30 Euro pro Quadratmeter höher.

Ich glaube, das ist ein guter, wichtiger Weg. Wie bereits gesagt ist hier auch die Zusammenarbeit mit den Gemeinden sehr wichtig, weil die Gemeinden teilweise auch Gründe zur Verfügung stellen oder widmen und sagen, da kann man auch Wohnungen bauen.

Die Kooperation mit den Gemeinden und die Zusammenarbeit mit den Siedlungsgenossenschaften sind ganz wichtig, um gute Bedingungen zu haben. Vor allen Dingen steigen die Grundstückspreise natürlich auch im Burgenland und da muss man immer wieder schauen, was man hier dagegen tun kann.

Es nützt nichts, dass wir noch besser fördern und dann verdoppeln sich die Grundstückspreise. Das ist eine ganz große Herausforderung und auch da muss man sich mit den Gemeinden in der Raumplanung immer wieder Gedanken machen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Bevor ich zum Aufruf der zweiten Anfrage komme, möchte ich natürlich auch die anwesenden Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag und die Vertreter der gesetzgebenden Körperschaften begrüßen, die heute auf den Tribünen Platz nehmen dürfen.

Besonders begrüßen darf ich auch die Schülerinnen und Schüler der PTS Mattersburg und möchte darauf hinweisen, dass die Bestimmungen der Geschäftsordnung, das Film- und Fotografierverbot, im Sitzungssaal, aber auch auf den Tribünen auch heute Gültigkeit haben.

Die 2. Anfrage ist von Herrn Jugendabgeordneten Daniel Lehner an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz gerichtet. Ich bitte daher Herrn Jugendabgeordneten Daniel Lehner um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Daniel Lehner:** Danke Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Der Zivildienst als Wehersatzdienst ist von unschätzbarem Wert für unsere Gesellschaft. Die Zahlen der burgenländischen Zivildienern sind in den letzten Jahren rückläufig.

Wie stehen Sie als verantwortliches Regierungsmitglied zu dieser Entwicklung?

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Jugendabgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Jugendabgeordneter! Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Es ist ein sehr wichtiges Thema und ich glaube auch, dass dieses Thema insofern die Bevölkerung auch interessiert, weil natürlich diese soziale Komponente ganz oben steht.

Die Zivildienstangelegenheiten, nur damit man ein bisschen einen Überblick hat, befinden sich in der Abteilung 2. Dort geht es um die Anerkennung als Zivileinrichtung. Die Abteilung 2 macht auch die Genehmigung für diese Plätze, die Genehmigung von Erweiterung der Hilfstätigkeiten. So werden immer mehr und mehr Tätigkeiten dazukommen, die Genehmigung der Aufstockung der Zivildienstplätze, die Genehmigung auf Einbeziehung einer Einsatzstelle.

Natürlich ist die Abteilung 2 die Kontaktstelle für Beschwerden, wenn irgendjemand Beschwerden hat und übernimmt auch die Überwachung der

Einhaltung der Rechte und Pflichten der Zivildienstleistungen. Das ist bei den Zivildienstleistungen natürlich gemeinsam mit den Bezirksverwaltungsbehörden nämlich auch sehr wichtig.

Was sind die Tätigkeitsbereiche? Das ist nämlich wirklich sehr umfangreich. Wenn man, zum Beispiel, bei den Krankenanstalten beginnt, wo jeder weiß, dass dort natürlich Zivildienstleistungen gebraucht werden. Natürlich auch im Rettungswesen, im Bereich der Sozialhilfe, natürlich im Bereich der Landwirtschaft, in der Behindertenhilfe, in der Altenbetreuung, in der Krankenbetreuung außerhalb von Krankenstellen, aber auch in der Gesundheitsvorsorge.

Die Betreuung von Drogenabhängigen in Justizanstalten, die Betreuung von Menschen, die Hilfe brauchen, im Katastrophenschutz, im Zivildienst, bei Tätigkeiten im Rahmen der zivilen Landesverteidigung, im Bereich des Umweltschutzes, in der Jugendarbeit und in der Kinderbetreuung.

Man sieht also schon, dass da wirklich ein sehr umfangreicher Tätigkeitsbereich besteht. Daher ist natürlich diese Frage, was wir tun, damit wir weiterhin diese Zivildienststellen zur Verfügung haben, vollkommen berechtigt.

Es ist so, dass es natürlich schon immer mehr Bedarf als Zuweisungen gegeben hat. Das ist nun einmal so. Das heißt, man hat nicht so viele Zivildienstleistungen, als man braucht, aber es stehen trotzdem von Jahr zu Jahr immer mehr Zivildienstleistungen zur Verfügung. Ich selbst bin natürlich bestrebt, hier - auch in sozialen Einrichtungen - immer mehr Zivildienstleistungen zur Verfügung zu stellen.

Leider Gottes ist der Geburtenrückgang ständig bemerkbar. Deshalb muss man, wie gesagt, Jahr für Jahr immer wieder versuchen, diese Tätigkeiten so zu koordinieren, damit dann natürlich diese Stellen, die Zivildienstleistungen brauchen, auch ausgeschöpft sind. Aber, die Möglichkeit zu koordinieren besteht. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Die erste Zusatzfrage ist von der Frau Abgeordneten Tatjana Schraml an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gerichtet.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Tatjana Schraml:** Danke Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Im Rahmen des Zivildienstes werden verschiedene Ausbildungen absolviert. Wie stehen Sie zur Anerkennung der erworbenen Qualifikationen per Zertifikate?

**Präsident Christian Illedits:** Danke Frau Jugendabgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ):** Danke für diese Frage, denn das ist natürlich ein sehr wichtiges Thema. Man darf auch nicht vergessen, dass es im Burgenland nicht weniger als 73 Zivildienstleistungen mit einem gemeldeten Bedarf von fünf zusätzlichen Zivildienstleistungen gibt. Natürlich ist es sehr schwierig, hier immer wieder Zivildienstleistungen zu bekommen. Daher muss natürlich das Zertifikat, die Ausbildung, an oberster Stelle stehen.

Wir können im Burgenland auf unsere Zivildienstleistungen aber wirklich stolz sein. Die machen definitiv eine hervorragende Arbeit. Ich glaube, dass das natürlich auch im ländlichen einfacher ist, als im städtischen Bereich. Daher sind natürlich alle

Zertifikate und alle Ausbildungen, die möglich sind, sehr zu begrüßen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Die zweite Zusatzfrage ist von Herrn Abgeordneten Matthias Wukitsch an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Tschürtz gerichtet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Matthias Wukitsch:** Dankeschön Herr Landtagspräsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Wie stehen Sie zur Umsetzung von Informationsveranstaltungen in den Schulen zu Zivildienst und Wehrdienst?

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Jugendabgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ):** Diese Initiative ist sehr wichtig. Ich glaube, dass man sich dort natürlich auch informieren kann, was ein Zivildienster zu tun hat und was auf einen zukommt. Dazu vielleicht auch noch einige Zahlen, die gar nicht uninteressant sind.

Im Jahr 2009 hat es einen Bedarf von 379 Zivildienstern gegeben. 347 wurden zugewiesen. Das heißt, es hat ständig jedes Jahr mehr Bedarf als Zuweisungen gegeben. Wenn man aber die gesamten letzten Jahre betrachtet, dann ist es so, dass es, zum Beispiel, 2013 einen Bedarf von 431 Zivildienstern gegeben hat. Da waren es dann schon 422 Zuweisungen.

Jetzt schaut es so aus, dass wir 2018 einen Bedarf von 490 Zivildienstern und schon 443 Zuweisungen haben. Das heißt, es werden ständig immer mehr.

Natürlich kann man das nicht komplett abgelden, aber solche Informationsveranstaltungen sind definitiv wichtig. Man sieht ja anhand dieser Zahlen, dass die Zivildienster eine der wichtigsten unterstützenden Hilfsmaßnahmen im Burgenland sind. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Die dritte Anfrage ist von Herrn Jugendabgeordneten Maximilian Sipötz an Herrn Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil gerichtet. Ich bitte daher den Herrn Jugendabgeordneten Sipötz um die Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Maximilian Sipötz:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie sind erst seit kurzem Landesrat und unter anderem für Kultur zuständig.

Welche Maßnahmen setzen Sie, um junge burgenländischen Künstlerinnen und Künstler zu fördern?

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Jugendabgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Jugendabgeordneter! Herr Präsident! Meine Damen und Herren Jugendabgeordneten! Es gilt dabei festzustellen, wie der grundsätzliche Zugang zur Kulturförderung und zur Unterstützung in diesem Bereich ist.

Mein grundsätzlicher Zugang in diesem Bereich ist schon einer, der nicht definieren darf und die Politik nicht definieren soll, was ist Kultur. Sondern Kultur muss entstehen, Kultur muss ihre Freiheiten haben. Die wesentlichste und wichtigste Aufgabe der Politik ist es, die entsprechenden Rahmenbedingungen sicherzustellen und in diesem Zusammenhang in Bezug auf ihre Frage auch Platz zu schaffen, dass Kultur auch stattfinden kann.

Das haben wir im Burgenland durchaus querbeet über das Land mit verschiedenen Initiativen. Speziell was die Örtlichkeiten betrifft, darf ich die Cselley Mühle, die KUGA und noch das OHO erwähnen. Natürlich gibt es immer wieder, und das jährlich, und das merke ich auch in diesem ersten Jahr, wie sie gesagt haben, auch die Diskussionen um die Finanzierung.

Man muss sich auch dessen bewusst sein, dass Kultur nicht gewinnbringend oder auch Örtlichkeiten und Initiativen nicht gewinnbringend geführt werden können. Daher ist es wichtig, diese Initiativen zu unterstützen.

Unser Zugang in diesem Bereich ist jener, mehrjährige Förderverträge abzuschließen, damit eine gewisse Sicherheit, ein gewisser Rahmen entstehen kann und man sich im Wesentlichen an dieser Örtlichkeit auf das Schaffen von Kultur konzentrieren kann.

Natürlich gibt es, auch speziell für die Jugendlichen, die eine oder andere Initiative. Wesentlich, das möchte ich schon hervorheben, ist das im Burgenland sehr etablierte Musikschulwesen, das zur Gänze, bis auf die Beiträge, natürlich aber sonst vom Land über einen Verein organisiert wird.

Es ist weiters das Josef-Haydn Konservatorium zu erwähnen, wo hier sicherlich auf einem sehr hohen, nicht nur nationalen, sondern auch internationalen Niveau, eine musikpädagogische Ausbildung erreicht werden kann.

Ich verstehe auch die Diskussion um das Josef-Haydn Konservatorium ganz speziell, dass es hier Initiativen gibt, auch in den universitären Bereich vorzustoßen. Das wird in den nächsten Monaten sicherlich ein Thema sein, das uns beschäftigt. Wir begrüßen solche Initiativen, aber es gilt für alles immer auch der gleiche Rahmen.

Es muss wirtschaftlich, es muss darstellbar und es muss für die öffentliche Hand auch finanzierbar sein. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Die erste Zusatzfrage ist von Herrn Abgeordneten Manuel Raschl an Herrn Landesrat Mag. Doskozil gerichtet.

Bitte Herr Jugendabgeordneter.

**Jugendabgeordneter Manuel Raschl:** Danke Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat!

Welche Schritte wollen Sie setzen um jungen Burgenländerinnen und Burgenländern Kultur näher zu bringen?

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Jugendabgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Jugendabgeordneter! Es gibt historisch schon einige durchaus interessante Initiativen. Ich darf hier nur an die Initiative der Kery Stiftung erinnern, wo alljährlich

jungen Talenten aus den verschiedensten Bereichen, durchaus nicht nur aus kulturellen Bereichen, hier eine Unterstützung zuerkannt wird.

Es gibt historische wissenschaftliche Initiativen, die auf Fred Sinowatz zurückgehen. Laufend werden dadurch Dissertationen oder andere Arbeiten von Jugendlichen gefördert. Ich darf nur daran erinnern, dass nächstes Jahr, 2019, dem jungen burgenländischen Künstler Lukas Janitsch eine Plattform geboten wird, um auch seine Werke entsprechend zu positionieren.

Aber, und das gilt für alle Bereiche, aber ganz genau in der Kultur muss es ein Angebot sein, muss eine Basis geschaffen werden. Es darf keine Richtung vorgegeben werden und das Angebot und die Basis müssen in weiterer Folge auch angenommen werden.

Um diese Initiativen da in weiterer Folge, weil es vor allem im kulturellen Bereich, wie bereits gesagt, auch immer um die Finanzierungen geht, um diesen jungen Kulturschaffern dann auch eine wirtschaftliche, finanzielle erst Basis zu schaffen ist das Land natürlich bestrebt, wie für alle anderen Bereiche, auch hier – speziell erst Werke - auch anzukaufen, um damit auch die jungen Künstlerinnen und Künstler zu unterstützen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Landesrat. Die zweite Anfrage kommt von der Frau Abgeordneten Hannah Grandits.

Bitte um Verlesung ihrer Zusatzfrage.

**Jugendabgeordnete Hannah Grandits:** Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat!

Gibt es ein spezielles Programm zur Förderungen von jungen Künstlerinnen und Künstlern?

**Präsident Christian Illedits:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ):** Es hat eine - und die gibt es nach wie vor - Initiative gegeben, mit dem Namen „Zooming culture“; sie ist vor zehn Jahren ins Leben gerufen worden. Ich weiß nicht, wer von Ihnen das kennt. Ich glaube, es ist auch ein Aspekt, dass wir in diesem Bereich mehr Öffentlichkeits- und Informationsarbeit auch in die Jugend, in die Schulen, wie schon gesagt wurde, hineinbringen.

Das ist eine Plattform für junge Kultur, die sich mittlerweile als junge zeitgenössische Kulturplattform entwickelt hat. Und es ist wie in allen Bereichen, es bedarf eines gewissen Informationsstandes, es bedarf auch einer entsprechenden Informationspolitik, um das Potential, das durchaus hier gegeben ist, auch entsprechend abzurufen.

Weil grundsätzlich, und das sollte aller unser grundsätzlicher Zugang sein, Kultur ist für die Gesellschaft ganz etwas Wesentliches. Kultur ist für die Gesellschaft, für den Entwicklungsstatus und -stand einer Gesellschaft irgendwo auch ein Spiegelbild.

Und Kultur kann nicht nur stattfinden bei den etablierten, arrivierten Kulturschaffenden, sondern Kultur muss auch beginnen, schon sehr früh, muss in den Schulen beginnen, muss gepflegt werden, muss entwickelt werden.

Daher gibt es diese Initiative, aber - das ist auch jetzt ein Erkenntnisstand, den ich gewinnen muss - man muss hier offensichtlich mehr in die Breite gehen, mehr

Informationen auch zur Verfügung stellen, damit dieses Angebot auch entsprechend wahrgenommen werden kann. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Die vierte Anfrage ist von der Frau Jugendabgeordneten Lejla Visnjic an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet. Ich bitte daher Frau Jugendabgeordnete Lejla Visnjic um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Lejla Visnjic:** Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Biologische Landwirtschaft wie auch Regionalität sind für uns Jugendliche besonders wichtig. Gerade in letzter Zeit haben Sie viele Initiativen zur Förderung biologischer und regionaler Produkte gesetzt.

Wie schauen Ihre zukünftigen Pläne aus?

**Präsident Christian Illedits:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Verena Dunst (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Regierungskollegin, werte Regierungskollegen! Hoher Jugendlandtag! Zunächst einmal ist für mich klar, dass es ein Thema für alle ist, weil, wenn es um biologische Landwirtschaft und biologischen Landbau geht, um regionale Lebensmittel, geht es um Ihre Zukunft, denn Sie haben gemeinsam mit uns allen sicher ein Ziel, nämlich sich gesund zu ernähren und das heißt, regional und Bioprodukte sich zu bedienen.

Die Lebensmittelskandale der letzten Wochen und Monaten, und eigentlich vergeht keine Woche, wo nicht irgendwo in den Medien wieder entnehmbar ist, dass Lebensmittel gefunden worden sind, die nicht eindeutig sind, die nicht gesund sind, die nicht zuordenbar sind, wie sie behandelt wurden.

Das alles gibt uns natürlich als Burgenländische Landesregierung für Sie, für die Zukunft, einen klaren Auftrag.

Noch dazu war ja letzte Woche Landtag, und auch hier wurde durch einen Vier-Parteien-Antrag klar der Weg für die Zukunft aufgezeichnet, nämlich regional und biologisch, und das muss das oberste Ziel sein, um natürlich die Ernährung für Sie in den nächsten Jahrzehnten und für Ihre zukünftigen Familien sicherzustellen.

Daher, Frau Jugendabgeordnete, ganz klar, als ich vor drei Jahren als Agrarlandesrätin dieses Amt übernommen habe, war für mich ein Auftrag zunächst umzusetzen. Das, was wir brauchen, sind gute Agrarproduzenten und Agrarproduzentinnen im Land.

Wir können uns nur biologisch, wir können uns nur regional ernähren, wenn wir die Produzenten im Land haben, denn haben wir sie nicht, sind wir natürlich immer auf Produkte aus dem Ausland angewiesen.

Ich sage hier nur als ein Beispiel, was bei Ihnen sicher auch angekommen ist, es ist ja vor einigen Monaten sehr intensiv über Mercosur - über dieses Abkommen mit Südamerika - gesprochen worden.

Ich glaube, wir alle, ob unsere jungen Menschen auf den Zuschauerrängen oder die Abgeordneten hier als Jugendabgeordnete, wollen kein Rindfleisch, das hormonbehandelt, gentechnisch behandelt ist. Das gilt auch für viele andere Produkte aus dem Ausland.



Sondern wir wollen die Produkte im eigenen Land haben, wo wir nachverfolgen können, wie diese produziert wurden. Und wo wir uns sicher sein können, dass wir, wenn wir das nachverfolgen auch dementsprechend mit der Auszeichnung, mit der Kennzeichnung, mit den Gütesiegeln, dass wir uns dann wirklich gesund ernähren.

Meine jungen Damen und Herren Abgeordneten, gerade für Sie und in der Zukunft ist eines klar, wir brauchen, damit wir gesund bleiben, Sie gesund bleiben, dementsprechend auch biologisch produzierte Lebensmittel aus dem Land. Nur dann kann man auch gewährleisten, dass die Gesundheit länger anhalten kann.

Nur - und jetzt komme ich zum Kern des Problems - hört sich alles gut an. Heißt, dass wir die landwirtschaftlichen Betriebe im Burgenland gut absichern, dass wir als Konsumentinnen und Konsumenten darauf schauen, dass wir auch dementsprechend einkaufen.

Aber meine große Sorge ist, und daher habe ich vor drei Jahren begonnen mit einem Masterplan für eine neue Landwirtschaft beziehungsweise für regionale Produkte mit vielen Expertinnen und Experten.

Wenn Sie das interessiert, ich lade Sie herzlich ein, auf die Homepage zu schauen, dort steht alles drinnen, unter [www.lebensressort-burgenland.at](http://www.lebensressort-burgenland.at). Dort finden Sie alle diese Initiativen. Ich konnte auch bereits 20 Projekte für diesen neuen Weg umsetzen.

Gestern ist der Regierung der Grüne Bericht zugegangen, auch den werden Sie im Internet finden, dieser geht jetzt dem Landtag zu, und darin werden Sie ein Problem sehen, nämlich dass jeden Tag ein Agrarproduzent/Agrarproduzentin im Burgenland schließt. Daher haben wir uns natürlich dementsprechend aufzustellen und darauf zu achten, dass wir unsere Produzenten absichern, indem sie faire Preise bekommen.

Eines ist auch klar, regionale Bioprodukte sind einfach teurer, Gott sei Dank, und für uns klar als Konsument, dass wir dort hingreifen, und sichern einen fairen Preis für den Agrarproduzenten ab.

Nur das kann die Zukunft sein. Mit dieser regionalen Bioschiene faire Preise, damit nicht jeden Tag, und das ist so, dass jeden Tag wirklich ein Betrieb zusperrt, der Lebensmittel im Burgenland produziert, dass wir auch unsere Agrarproduzenten, unsere Landwirte und Landwirtinnen absichern.

Für die Absicherung ist mir wichtig, dass ich noch eines betone, mir ist wichtig als Agrarlandesrätin, das Geld muss beim einzelnen Agrarproduzenten ankommen. Nur, damit Sie sich vorstellen können, mit 2,4 Millionen Euro, fürs nächste Jahr sind 5,1 Millionen Euro im Budget, dass jeder das Ernteschutzpaket.

Das heißt, wir zahlen, Sie mit Ihren Steuermitteln dazu, dass der sich versichern kann, sodass er nicht zusperrt, nur weil wieder ein schlechtes Jahr ist, weil der Klimawandel ist auch in der Landwirtschaft angekommen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Die erste Zusatzfrage ist von der Frau Jugendabgeordneten Mirjam Kayer an Frau Landesrätin Dunst gerichtet.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Mirjam Kayer:** Sehr geehrte Frau Landesrätin! Gerade im Kindes- und Jugendalter wäre es besonders wichtig, dass man lernt, wie man umweltschonend und gesundheitsfördernd leben kann.

Welche Maßnahmen setzen Sie zur Bewusstseinsbildung von Kindern und Jugendlichen in Bildungseinrichtungen?

**Präsident Christian Illedits:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Verena Dunst (SPÖ):** Frau Jugendabgeordnete! Die Maßnahmen, so wie Sie nachfragen, sind absolut wichtig und richtig, denn eines ist nachgewiesen, Ernährung, die Einstellung zur Ökologie, Nachhaltigkeit, Umweltschutz, Naturschutz, das beginnt natürlich schon in der frühesten Kindheit, Vorbild der Eltern, Vorbild an der Gesellschaft, natürlich auch heute schon für relativ junge Kinder Internet und sonstige soziale Medien.

Wir haben natürlich dementsprechend zu handeln, sodass es möglich ist, bereits in den Kindergärten - nach dem Elternhaus - dieses Bewusstsein zu manifestieren.

Es passiert sehr vieles, zum Beispiel „GeKiBu - Gesunde Kindergärten im Burgenland“. Eine Initiative, die vor vielen Jahren gestartet wurde, nach der österreichweiten Vorsorgestrategie 2011 bis 2014. Damals waren es 15 Kindergärten, vor einigen Jahren.

Mittlerweile haben wir 100 Kindergärten an Bord, wo Pädagoginnen und Pädagogen, wo Kinder, wo Eltern, natürlich in diesem Maßnahmenpaket sind, dass sie Produkte, dass sie Lebensmittel zu sich nehmen, wissen auch, wie diese produziert werden, was das für den Naturschutz, für die Umwelt, für die Wasserqualität und so weiter anbelangt.

Und das ist sehr wichtig, diese Projektkindergärten, da werden wir sicher nicht dabei bleiben, sondern weiter ausbauen, denn das Nächste ist schon geplant, nämlich dass man auf die Volksschulen erweitert beziehungsweise auch eng damit zusammenhängend bis hin zur Zahngesundheit und so weiter und so fort.

Kinder für das Leben stärken. So ist dann ganz klar der Auftrag. Stärken heißt dann letztendlich, und dort schließt sich der Kreis zur ersten Hauptfrage, stärken heißt Bioprodukte, heißt gesunde Produkte, heißt regionale Produkte und das aus dem Burgenland.

Und damit können die Kinder schon lernen, dass man die regionalen Produkte einkauft, damit unsere Landwirte und Landwirtinnen nicht zum Sterben verurteilt sind, wenn sie unfaire Preise am nationalen Markt einfahren und dann zusperren. Das wollen wir nicht.

Das heißt, noch einmal zusammengefasst, Kindergesundheit, eng zusammenhängend mit all diesen nachhaltigen Aspekten muss man früh lernen. Daher beginnen wir im Kindergarten und setzen diese Serie natürlich fort. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Die zweite Zusatzfrage ist von der Frau Jugendabgeordneten Jacqueline Berghöfer an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet.

Bitte um Verlesung Ihrer Zusatzfrage, Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Jacqueline Berghöfer:** Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Es wurde die Initiative „Glyphosatfreie Gemeinde“ gestartet.

Wie ist der Status quo auch hinsichtlich anderer Pestizide?

**Präsident Christian Illedits:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Verena Dunst (SPÖ):** Sehr geehrte Frau Jugendabgeordnete! Wir haben uns wirklich toll als Burgenland entwickelt. Sie als junge Generation sind sicher sehr stolz auf unser Bundesland. Dazu haben wir auch jeden Grund. Dazu gehört ein Selbstbewusstsein.

Und ich ermuntere Sie wirklich hier, sehr selbstbewusst als Jugend Burgenland aufzutreten, weil wir jeden Grund haben. Wir sind in vielen Bereichen Vorbild, beispielsweise auch im Naturschutz, ein Drittel der Landesfläche steht unter Naturschutz.

Wir haben uns ein klares Ziel gesetzt - eben auch mit dem letzten Beschluss im Landtag -, hier wirklich nachhaltig und gesund, umweltfreundlich und glyphosatfrei als Burgenland zu sein.

Und warum Glyphosat? Gerade jetzt Ihr Thema, unser Thema, auch im Landtag, ist ganz klar. Auch hier tägliche Medienberichte, wo wir sehen, dass einfach - und das ist Fakt, da brauchen wir nicht mehr darüber diskutieren - Glyphosat das meisteingesetzte Pflanzengift der Welt, mit unglaublichem jährlichem Verbrauch ist.

Auf der anderen Seite eine Zahl, 400 Tonnen Glyphosat, meine Damen und Herren Jugendabgeordneten, werden in Österreich jährlich angewendet beziehungsweise verkauft, und der Verbrauch steigt noch. Wir wissen, dass das Spritzmittel natürlich in jedem Bau- und Gartenmarkt erhältlich ist, als „Roundup“.

Das heißt, auch im privaten Bereich verwenden wir das oft, ohne dass uns klar ist, was das für Nachwirkungen haben wird. Glyphosat - nur von der Wirkung her - ist einfach so, dass sie jede Pflanze zerstört, dass es hier ins Blattinnere geht und dass dann nachhaltig wir das auch natürlich aufnehmen.

Hier gibt es viele Initiativen, und ich kann Ihnen nur eines versprechen, und ich glaube, das sind wir Ihnen als Regierung auch schuldig, natürlich gemeinsam mit dem Landtag, dass es hier nicht nur die Fortsetzung der „Ökologischen Gemeinde“ gibt, die ökologische Initiative „Natur im Garten“ im Privatbereich.

Aber dass wir uns prinzipiell, wie das Land Kärnten, dazu bekennen, die ja hier als Erstes probiert haben, über die EU-Schiene Glyphosat einfach verbieten zu lassen, die sind leider gescheitert, aber ich kann Ihnen versprechen, wir bleiben dran.

Burgenland muss glyphosatfrei bleiben und werden! *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Jugendabgeordneten Simon Luckinger an Herrn Landesrat Mag. Norbert Darabos gerichtet. Ich bitte daher Herrn Jugendabgeordneten Luckinger um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Simon Luckinger:** Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Arbeitslosigkeit ist immer wieder ein Thema unter Jugendlichen.

Wie hoch ist die Jugendarbeitslosigkeit im Burgenland derzeit?

**Präsident Christian Illedits:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Das ist, aus meiner Sicht, eine ganz wichtige Frage, weil die Frage der Beschäftigung auch im Zentrum der Politik insgesamt zu stehen hat, nicht nur aus arbeitsmarktpolitischen Motiven, sondern auch aus gesellschaftspolitischen Motiven.

Es hat einmal einen Bundeskanzler gegeben, Bruno Kreisky, von 1970 bis 1983 - da war noch niemand von Ihnen auf der Welt, ich war auch noch ganz jung -, der gesagt hat, jeder Arbeitslose ist einer zu viel.

Wir haben im Burgenland derzeit eine Entwicklung, die so ausschaut, in den 90er Jahren, als ich in die Politik gegangen bin, haben wir uns zum Ziel gesetzt, 80.000 Beschäftigte im Burgenland zu haben. Mittlerweile haben wir 103.000 Beschäftigte im Schnitt.

Das hätte sich vor einigen Jahren niemand denken können. Aus meiner Sicht eine gute Entwicklung. Wir haben im September sogar 109.000 Beschäftigte im Burgenland gehabt.

Aber zu Ihrer Frage zurückkommend - und damit bin ich noch einmal bei dem Satz „Jeder Arbeitslose ist einer zu viel“ -, wir haben derzeit im Burgenland 7.000 Arbeitslose, und von diesen 7.000 sind 706 jugendliche Arbeitslose; also die Definition ist 15 bis 24 Jahre. Das ist die schlechte Nachricht, immerhin 700 Personen im Burgenland.

Die gute Nachricht ist, dass es in den letzten zwei Jahren gelungen ist, diese Arbeitslosigkeit der Jungen massiv zu reduzieren, teilweise um ein Viertel, um 25 Prozent, auch im letzten Monat ein klarer Rückgang bei den Jugendlichen, die arbeitslos sind.

Das heißt, dass wir hier einen guten Weg eingeschlagen haben, und es gibt natürlich auch viele Gründe dafür. Ich maße mir hier nicht an, als Politiker zu sagen, dass wir Arbeit schaffen. Wir schaffen Rahmenbedingungen, dass Arbeit geschaffen werden kann.

Manche Maßnahmen, die die Bundesregierung setzt - weniger Jugendliche betreffen, aber insgesamt den Arbeitsmarkt betreffen -, sind aus meiner Sicht nicht sehr produktiv, sondern eher kontraproduktiv, beispielsweise der Wegfall der „Aktion 20.000“, wo man Langzeitarbeitslose in den Arbeitsprozess integrieren wollte.

Was wir vom Land aus machen können und machen, ist, dass wir beispielsweise im Lehrlingsbereich sehr dynamisch unterwegs sind. Wir haben 630 Lehrlinge im Burgenland, die in Lehrwerkstätten beheimatet sind. Und damit auch die privaten Unternehmerinnen und Unternehmer unterstützen, um auch Lehrlinge ausbilden zu können.

Die gute Nachricht in dem Zusammenhang ist die, dass 70 Prozent jener, die in Lehrwerkstätten sind, relativ rasch eine Anstellung am sogenannten primären Arbeitsmarkt finden können; also eine Maßnahme, die politisch gesteuert dafür sorgt, dass Jugendliche in Beschäftigung kommen.

Ich möchte auch dazu sagen, wir haben derzeit 132 offene Lehrstellen, also es ist doch auch ein Angebot da. Ich verstehe schon, dass es erstens hier auch um den Wunsch jedes Jugendlichen geht, den Beruf zu ergreifen, den er ergreifen möchte, das ist das eine, also nicht nur Friseurin und andere Tätigkeiten.

Das Zweite ist, natürlich geht es auch hier um geografische Gegebenheiten. Also wenn eine Lehrstelle in Jennersdorf frei ist und ich bin in Neusiedl zu Hause, dann ist es relativ schwierig, dass man diese Lehrstelle auch annimmt.

Aber die Zeichen zeigen in die richtige Richtung. Wir haben mit den Lehrwerkstätten ein absolutes Erfolgsmodell geschaffen, und ich bin mit der Entwicklung am burgenländischen Arbeitsmarkt zufrieden. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Die erste Zusatzfrage kommt vom Herrn Jugendabgeordneten Rene Cerwenka.

Ich bitte um Verlesung der Zusatzfrage, Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Rene Cerwenka:** Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat!

Welche Maßnahmen werden gesetzt, um Jugendliche bei einer Neuorientierung beziehungsweise bei einer Umschulung zu unterstützen?

**Präsident Christian Illedits:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es gibt mehrere Maßnahmen, ich greife jetzt zwei heraus. Das sind die sogenannten BAG-Maßnahmen, Berufsausbildungsgesetz-Maßnahmen, diese sind überbetrieblich und für die integrative Lehrlingsausbildung, für lehrstellensuchende Jugendliche da und werden laufend auch nach Bedarf nachgebessert und durchgeführt.

Das Ziel ist hier, die Vermittlung von Fertigkeiten und Kenntnissen von mehreren Lehrberufen, damit ist man auch flexibler, im ersten, zweiten, dritten und vierten Lehrjahr, und damit auch für die rasche Vermittlung eines Lehr- und Arbeitsplatzes.

Additional dazu kommen die sogenannten BO-Maßnahmen, das sind Berufsorientierungsmaßnahmen, diese sollen zielgerichtet unterstützen, nicht nur jene Jugendliche, die noch nicht beruflich orientiert sind, hier auch „auf den richtigen Weg“ zu führen, sondern es soll auch die Vorbereitung auf die Teilnahme an einer überbetrieblichen Lehrausbildung - das habe ich schon zuerst angesprochen - sein.

Der zweite Bereich sind Qualifikationsförderungszuschüsse. Förderbar sind Bildungsmaßnahmen, die dazu geeignet sind, die Arbeitssituation der arbeitswilligen jungen Menschen zu verbessern. Da ist auch hier eine Koordinationstätigkeit abzurufen zwischen AMS und der WiBuG - Wirtschaft Burgenland GmbH.

An und für sich bin ich schon am Ende. Ich glaube, das sind gute Maßnahmen, die hier ergänzend da sind. Wir haben auch über den ESF - über den Europäischen Sozialfonds - Möglichkeiten, hier auch Jugendliche in den Arbeitsprozess zu integrieren.

Ich glaube, dass dieses Paket ein gutes ist. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Die zweite Zusatzfrage kommt vom Herrn Jugendabgeordneten Markus Schranz an Herrn Landesrat Mag. Darabos.

Bitte um Verlesung der Anfrage, Herr Abgeordneter

**Jugendabgeordneter Markus Schranz:** Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat!

Welche Maßnahmen gab es bisher im Südburgenland, um Jugendliche bei der Arbeitssuche zu unterstützen, da hier die Arbeitslosigkeit in letzter Zeit besonders sank?

**Präsident Christian Illedits:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben Recht, der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Südburgenland ist signifikant besser als in anderen Landesteilen. Wir haben einen Rückgang seit 2016 um 42 Prozent. Das ist die Halbierung praktisch der Arbeitslosigkeitszahlen, hängt natürlich auch mit der Entwicklung in der Steiermark zusammen, wo neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind.

Aber es ist schon auch so, dass das ein gutes Zeichen ist und sich auch auf die jugendlichen Arbeitslosen ausgewirkt hat. Im September ist die Arbeitslosigkeit insgesamt um 23,5 Prozent gesunken und die Jugendarbeitslosigkeit um 10,3 Prozent.

Insgesamt gibt es im Bezirk Jennersdorf lediglich zwei Lehrstellensuchende, aber elf offene Lehrstellen. Das heißt, der Bezirk Jennersdorf profitiert von dem, was ich vorher gesagt habe, überdurchschnittlich gut.

Man kann feststellen, dass die Investitionsstimmung auch im Südburgenland sehr hoch ist und dass auch beispielsweise durch Projekte, wie den Bau der S7 oder auch die Initiative vom Landeshauptmann Nießl, der diese Kooperation mit dem Joanneum Research hier angedacht und auch durchgeführt hat.

Wo wir vor allem Forschungsprojekte für den Süden auch forcieren können, das dazu beitragen wird, dass diese Entwicklung auch in Zukunft so sein wird und dass ein historisch benachteiligter Bezirk wie Jennersdorf jetzt auf der Erfolgsspur ist. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Die sechste Anfrage ist vom Herrn Jugendabgeordneten Wolf Steinhäusl an Herrn Landesrat MMag. Alexander Petschnig gerichtet. Ich bitte nun Herrn Jugendabgeordneten Wolf Steinhäusl um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Wolf Steinhäusl:** Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat MMag. Petschnig!

Was für Maßnahmen und Hilfestellungen gibt es seitens des Landes Burgenland, um Start-ups und Jungunternehmer zu fördern?

**Präsident Christian Illedits:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ):** Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Lassen Sie mich eingangs festhalten, dass die Unterstützung von Start-ups, von Jungunternehmern ein besonderes Anliegen jeder

Wirtschaftspolitik sein muss und auch ist, weil hier neue Ideen, neue Produkte, neue Verfahren Eingang in den Wirtschaftsprozess finden.

Das dient nicht nur dem einzelnen Unternehmer, der sozusagen dieses Produkt oder diese Idee einfließen lässt, sondern natürlich auch der Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Burgenlandes und - im weiteren Sinne anknüpfend an die vorhergehende Frage - einen Rückgang der Arbeitslosigkeit, ganz einfach, weil wir tolle Betriebe haben, die hier entsprechend tätig sind.

Unser ausführender Arm diesbezüglich ist die bereits erwähnte WiBuG, die Wirtschaft Burgenland GmbH, ein landeseigener Betrieb, bei dem sämtliche Fördermaßnahmen, Kapitalbeschaffungsmaßnahmen beziehungsweise Beratungsmaßnahmen diesbezüglich zusammenlaufen und konzentriert sind.

Das sind auch die drei Bereiche, so möchte ich sie einmal definieren, wie wir die Start-ups beziehungsweise die Jungunternehmer unterstützen. Das ist zum einen die Beratung.

Das ist zum Zweiten die Vernetzung für Start-ups als innovationsgetriebene Unternehmen, ganz, ganz wichtig.

Und zum Dritten natürlich Förderung im engeren Sinn, das heißt, Mittelvergabe, also Hingabe von Geld, um eben hier unterstützend tätig zu sein.

Vielleicht mit der Beratung beginnend. Die Expertinnen und Experten der WiBuG beraten Unternehmen in unterschiedlichsten Facetten, natürlich in erster Linie, was die Förderungen betrifft, nicht nur Förderungen vom Land, auch Förderungen vom Bund, von der Europäischen Union, denke jetzt an die AWS, Austria Wirtschaftsservice, das kommt zum Beispiel vom Wirtschaftsministerium, es gibt auch vom Finanzministerium Programme und dergleichen mehr.

Wir haben das sozusagen institutionalisiert in der Form, dass wir im heurigen Jahr, zu Jahresbeginn, einen eigenen Innovationsmanager in der WiBuG geschaffen haben, bei dem das alles zusammenläuft und der wirklich diese Szene genau im Blickfeld hat, die Bedürfnisse genau kennt, und daher die erste Anlaufstelle für jeden Jungunternehmer, Jungunternehmerin natürlich, beziehungsweise für jeden Start-up-Betrieb sein wird und auch sein soll.

Im nächsten Jahr kommt auch ein Coaching und Mentoring-Programm dazu. Wir sind daran, dass wir hier Unterstützung von gestandenen Managern, Geschäftsführern gewinnen können, die natürlich hier die Ideen auf ihre wirtschaftliche Umsetzbarkeit abklopfen.

Eine technische oder wissenschaftliche Idee zu haben, auch eine Produktidee zu haben, ist ja das eine, das Ganze natürlich zu einem marktfähigen Produkt zu machen, das andere. Viele scheitern leider Gottes daran, und da versuchen wir eben hier, unterstützend tätig zu sein.

Ganz wichtig in diesem Bereich ist eben das Thema Vernetzung, das heißt, dass innovative junge Menschen, wobei Jungunternehmer natürlich jetzt nicht am Lebensalter festzumachen sind. Es gibt auch 60-, 70-Jährige sogar, die zum ersten Mal selbständig werden, auch als Jungunternehmer gelten. Aber ganz wichtig ist, dass sie zusammengeführt werden und sie ihre Ideen auf einem kurzen Weg austauschen können.

Daher legen wir ein großes Augenmerk darauf, hier entsprechende Netzwerkveranstaltungen zu machen. Es gibt einen Start-up-Heurigen, es gibt eine

„Woschechtinnovativ Lounge“, wo Absolventen von berufsbildenden höheren Schulen, von der Fachhochschule, durch eine entsprechende Jury auf ihre Ideen abgetestet werden.

Sie werden auch entsprechend gerankt, dafür gibt es auch entsprechende Preise, auch Geldpreise. Und da sieht man dann schon, ob man sozusagen von der Grundidee her auf dem richtigen Dampfer ist oder halt noch Nachholbedarf hat.

Es ist uns heuer gelungen, ein SMART-UP-Netzwerk, einen Networking-Event, ins Leben zu rufen, gemeinsam mit der Steiermark und mit Westungarn, wo wir eben diese geografische Lage, die das Burgenland nun einmal hat, zum Vorteil nutzen, weil wir hier natürlich auch Universitäten miteinbeziehen können, in Graz, in Győr, und auch sozusagen den wissenschaftlichen Part hier entsprechend forcieren können.

Es gab heuer von der WiBuG eine „Start Up Your Idea Challenge“, wo Unternehmerinnen und Unternehmer ebenfalls ihre Ideen abtesten lassen konnten, wie gesagt, von einer Jury bewertet und entsprechend preisgekrönt wurden.

Es wird vom 23. bis 25. November heuer ein Start-up-Weekend geben, wo sich die Teilnehmer beratend selbst gegenseitig zur Seite stehen, vielleicht sich gegenseitig auch weiterentwickeln können, dass Produkte sich gegenseitig befruchtend hier unterstützen.

Ich glaube, es ist einfach wichtig, dass man hier diese Netzwerke forciert. Dazu kann es aus meiner Sicht nicht genug davon geben.

Und das Dritte ist natürlich die Hingabe von Fördergeld. Erstens unterliegen Start-ups und Jungunternehmer der normalen Wirtschaftsförderung, wie es jedem anderen Betrieb auch zur Verfügung steht.

Es gibt aber für die Entwicklung von innovativen Produkten eine eigene Förderrichtlinie, wo maximal 300.000 Euro gefördert werden können und die Förderquote maximal 50 Prozent beträgt, also deutlich höher als bei normalen Wirtschaftsförderungsprojekten.

Das Letzte, was ich noch sagen möchte, also die WiBuG übernimmt auch Haftungen, die WiBuG übernimmt auch stille oder offene Beteiligungen an Start-ups und Gesellschaften. Das ist vor allem in zwei Phasen wichtig, zum einen, wenn ein Prototyp geschaffen werden muss, das ist eine sehr kapitalintensive Phase, wo viel privates Geld hineinfließt, hier wollen wir unterstützend tätig sein.

Die zweite kritische Phase ist immer, wenn man sozusagen in die Massenproduktion einsteigt, wenn man diesen Prototyp dann tatsächlich an den Markt hat, Abnehmer hat und hier entsprechende Stückzahlen produzieren muss, Produktionskapazitäten aufbauen muss. Dazu braucht man viel Kapital.

Hier wollen wir unterstützend tätig sein und natürlich viele Start-ups, Jungunternehmer hier im Burgenland nicht nur generieren, sondern auch halten. Ich glaube, das ist ganz wichtig. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Die erste Zusatzfrage kommt vom Herrn Jugendabgeordneten Stefan Rath.

Bitte um Verlesung der Zusatzfrage, Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Stefan Rath:** Danke Herr Landtagspräsident. Sehr geehrter Herr Landesrat Petschnig!



Wie begründen Sie das starke wirtschaftliche Nord-Süd-Gefälle und wie planen Sie dagegen vorzugehen, damit der starken Landflucht von jungen Menschen entgegengewirkt wird? Wo sehen Sie in der Zukunft hier Verbesserungspotential?

**Präsident Christian Illedits:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das ist eine wenig kontroversielle Frage. Ich bin der festen Überzeugung und wie wahrscheinlich bekannt ist, dass ich ja nicht aus dem Burgenland komme, sondern hier eingeheiratet bin. Ich glaube, dass die Innensicht des Burgenlandes hier eine andere ist, als die Außensicht auf das Burgenland, zum Beispiel aus Kärnten, aus anderen Bundesländern.

Ich würde davon abraten, von einem Nord-Süd-Gefälle zu sprechen, weil ich das nicht manifestieren kann. Wenn Sie sich den Süden anschauen, diese Achse Pinkafeld-Oberwart-Großpetersdorf, ist einer der am höchsten industrialisierten Regionen, die wir im Burgenland haben.

Bad Tatzmannsdorf ist die tourismusstärkste Region mit den meisten Nächtigungen, mit den meisten Ankünften, dazu kommen andere Gebiete, Stegersbach zum Beispiel, Jennersdorf, um wiederum bei der vorigen Frage anzuschließen, ist jener Bezirk, der den stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit und somit auch der Jugendarbeitslosigkeit verzeichnen konnte.

Also in diesem Sinne bin ich da immer vorsichtig. Aber es ist natürlich so, dass wir wirtschaftsgeografisch unterschiedliche Herausforderungen haben. Das Nordburgenland liegt im weiteren Speckgürtel von zwei Hauptstädten, Wien und Bratislava, da haben wir auch den Flughafen.

Da haben wir mit Wr. Neustadt und ähnliche Ballungsräume, wo es auch entsprechende wissenschaftliche Ausbildungsstätten gibt, wo es die entsprechenden Berufe gibt, das ist nun einmal in einer Bundeshauptstadt so.

Aber ich glaube, dass der Süden hier einfach auf anderen Maßnahmen setzen soll, wenn man vom Tourismus zum Beispiel spricht, „sanfter Tourismus“, das ist ja auch etwas, was im Burgenland sehr weit gewünscht ist, verbreitet sein sollte, vielleicht sogar noch weiter als es ist. Das sind beispielsweise Dinge, die man im Landessüden wesentlich besser verwirklichen kann.

Ich glaube, dass der Süden und der Norden unterschiedliche Stärken haben, und wenn wir auf diese Stärke setzen, dann müssten wir natürlich sehr ins Detail gehen, was mir in zwei Minuten nicht möglich ist.

Aber wenn wir hier entsprechend ins Detail gehen, dann glaube ich, dass wir für den Süden und auch natürlich für die Landesmitte entsprechend ein positives Entwicklungspotential aufzeigen können, wie auch die vergangenen Jahre gezeigt haben. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Die zweite Zusatzfrage kommt von der Frau Jugendabgeordneten Anna Krems.

Bitte um Verlesung Ihrer Zusatzfrage, Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Anna Krems:** Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat Petschnig! In zahlreichen Bundesländern gibt es eine Landesgesellschaft zur Förderung des Glasfaserausbaus. Eine derartige Ausbauoffensive würde die Wettbewerbsfähigkeit, vor allem für Jungunternehmer steigern.

Welchen Ausbauplan für das Burgenland haben Sie?

**Landesrat MMag. Alexander Petschnig (FPÖ):** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Das ist ein Thema, das, wenn man es ganz genau nimmt, in die Zuständigkeit vom Herrn Landeshauptmann fällt.

Aber es ist so, dass wir gemeinsam auch in unterschiedlichen Rahmen, das heißt in Verhandlungen mit dem Bund, in Verhandlungen mit anderen Bundesländern, wo wir gemeinsam als Landeshauptleute, als Wirtschaftsreferenten auftreten und die entsprechenden Ministerien, das Wirtschaftsministerium, das Infrastrukturministerium, hier einladen behilflich zu sein.

Das Burgenland hat als sehr ländlich geprägte Region natürlich andere Herausforderungen hinsichtlich Glasfaserausbaus als urbaner geprägte Regionen. Das liegt, glaube ich, auf der Hand, dass man in Wien das einfacher macht, schon allein wegen der Quantität der Nachfrage, als wie wenn man es hier im Burgenland in jedes Dorf sozusagen bringen möchte.

Aber es ist so, dass wir hier natürlich auf spezielle Fördermaßnahmen drängen, die der Region der Topografie des Burgenlandes entsprechend Sorge tragen und natürlich ist es so, dass hier auch nicht nur dem Glasfaserausbau sondern auch den Mobilfunknetzen entsprechend, 5G und dergleichen, ein sehr hoher Stellenwert einzuräumen ist.

Da sind wir dran, da haben wir mit dem Infrastrukturminister, der ja selbst aus dem Burgenland kommt, einen sehr, sehr tatkräftigen Verbündeten gefunden. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir in einigen wenigen Jahren eine flächendeckende Breitbandversorgung für das gesamte Burgenland haben werden.

Ob das jetzt wirklich die letzte Meile in Glasfaserform ist oder in anderer Form, wage ich vom heutigen Standpunkt aus nicht zu sagen.

Aber ich bin der festen Überzeugung, dass kein Arbeitsplatz und kein Betrieb seinen Sitz oder seinen Wohnsitz verlegen muss, weil er nicht eine entsprechende Anbindung an hochwertige Netze hat. Also das ist unser Ziel und das werden wir auch erreichen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Also nachdem sich Breitbandausbau auch auf den Tourismus und auf die Wirtschaft sehr intensiv auswirkt, habe ich diese Zusatzfrage an Sie zugelassen, Herr Landesrat.

Die siebente und letzte Anfrage ist von der Frau Jugendabgeordneten Hannah-Lea Kiss an Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Ich bitte daher Frau Jugendabgeordnete Kiss um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Hannah-Lea Kiss:** Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Im Mai 2018 haben Sie das Ressort Frauen von Landesrätin Dunst übernommen.

Da Sie in der Landesregierung erst seit kurzer Zeit in diesem Bereich tätig sind, wäre es interessant zu erfahren, was Sie in Zukunft für Themen forcieren möchten?

**Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Jugendabgeordnete! Meine Damen und Herren auf den Zuschauerrängen!

Zunächst einmal möchte ich betonen, dass meine Regierungskollegin Frau Landesrätin Dunst wirklich hier sehr, sehr gute Arbeit geleistet hat. Sie war diejenige, die das Frauenreferat im Burgenland überhaupt erst aufgebaut hat und hat mir damit ein sehr gutes Fundament übergeben für meine zukünftige Arbeit.

Ich habe mich natürlich in den letzten Monaten, seit Mai, sehr intensiv mit dem Thema Frauenpolitik beschäftigt, habe mir auch angeschaut, was für zahlreiche Initiativen es in diesem Bereich bereits gibt.

Das heißt, die Zukunft wird dahin gehen, dass wir einerseits auf Altbewährtem aufbauen werden und auf der anderen Seite natürlich auch neue Akzente in den verschiedensten Bereichen setzen werden. Ganz einfach um auch Schritt zu halten mit den gesellschaftlichen Entwicklungen, mit neuen Herausforderungen.

Eines ist dabei aber ganz klar. Frauen leisten wirklich vieles in unserem Land. Sie haben oft eine Mehrfachbelastung, wenn man sich anschaut, auf der einen Seite Job auf der anderen Seite Familie, vielleicht auch noch Ausbildung die dazu kommt.

Deswegen ist es wichtig, hier wirklich spürbare Politik für Frauen zu machen und vor allem auch umsetzbare Ideen, die die Frauen dann auch in ihrem Alltag und im Lebensalltag und in ihren Lebensrealitäten vor allem auch abholen.

Ein Thema, das hier immer wieder natürlich vorherrschend ist und es war auch erst diese Woche, am 20. Oktober, der Equal Pay Day, ist das Thema Lohnungleichheit.

Der Equal Pay Day, nur für alle die ihn vielleicht nicht kennen, das ist der Tag, an dem Männer bereits das Jahreseinkommen erreicht haben für das Frauen noch bis Jahresende arbeiten müssen. Das heißt, dieser Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern, der beträgt österreichweit 19,9 Prozent.

Im Burgenland ist es ein bisschen geringer mit 19,5 Prozent, aber doch immer noch ein eklatanter Unterschied. In diesem Wert ist übrigens bereits die Teilzeitquote herausgerechnet, also das betrifft wirklich nur Vollzeitäquivalente. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Einerseits ist da natürlich die Tatsache, dass Frauen noch immer zirka zwei Drittel der unbezahlten Arbeit leisten, also beispielsweise Haushalt, Kindererziehung, Pflege naher Angehöriger. Auf der anderen Seite ist es aber auch so, dass man die Beschäftigung von Frauen sehr, sehr stark auch noch in niedriger bezahlten Branchen vorfindet.

Das sind einerseits der Handel, der Dienstleistungsbereich, der Sozialbereich. Ich glaube da ist es sehr wichtig, oder ein wichtiger Punkt, um diese Lohnschere ein bisschen weiter zu schließen, hier Maßnahmen zu setzen, die Frauen vor allem in Beschäftigungsverhältnisse bringen, in denen höhere Gehälter auch bezahlt werden. Das heißt, es wird hier sehr wichtig sein Mädchen an Berufe heranzuführen, in denen bessere Verdienstmöglichkeiten bestehen.

Da möchte ich Frauen auch ganz besonders in ihren Ausbildungswegen unterstützen. Es geht mir hier dabei konkret auch darum, beispielsweise Studentinnen besser zu unterstützen. Da ist auch ein Projekt bereits für 2019 geplant, eine neue Schiene.

Ein weiteres wichtiges Thema ist natürlich auch immer das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das ist ein Thema, das vor allem natürlich junge Frauen auch sehr, sehr stark betrifft.

Diese Doppelbelastung, auch durch diese familiären Aufgaben, hat dann oft auch zur Folge, dass Frauen vermehrt in Teilzeitbeschäftigungen beschäftigt sind, dann oft dadurch auch verringerte Aufstiegschancen haben und dann spätere Einschnitte auch in der Pension auf sich nehmen müssen.

Hier ist es auch, glaube ich, wichtig, dass Frauen sich besser vernetzen auch im Berufsleben, im Alltagsleben. Da werden wir ein neues Frauennetzwerk auch noch verstärkter in Zukunft aufbauen, um Frauen auch hier zu unterstützen. Ein Thema, auf das ich schon mehrfach auch in den letzten Monaten hingewiesen habe, dass mir besonders wichtig ist, ist das Thema Schutz von Frauen, die vor allem von Gewalt betroffen sind.

Wir haben hier im Burgenland, als einziges Bundesland übrigens, ein sehr, sehr breitflächiges Netz an entsprechenden Institutionen. Wir sind das einzige Bundesland, das in allen sieben Bezirken Frauenberatungsstellen auch anbietet.

Es gibt ein Frauenhaus, es gibt Gewaltschutzzentren, das alles sind sehr wichtige Einrichtungen um Frauen in diesen schwierigen Lebenssituationen zu unterstützen, um ihnen Hilfestellungen bieten zu können und da wird es mir auch ein wichtiges Anliegen sein, dieses große Netz auch aufrecht zu erhalten in entsprechender Art und Weise.

Wenn man schon von den Frauenberatungsstellen spricht. Die Frauengesundheitszentren und Mädchengesundheitszentren sind ganz neu im Burgenland, seit September im Einsatz, auch in den Örtlichkeiten der Frauenberatungsstellen.

Da geht es vor allem darum, auch Beratung, Information, Aufklärung vor allem auch zu frauenrelevanten Gesundheitsthemen zur Verfügung zu stellen und ein Fokus, der mir im Jahr 2019 auch ein wichtiger ist, allein schon deswegen weil im Jahr 2019 auch die EU-Wahlen und die Europawahlen wieder anstehen, wird das Thema Frauen und Beruf sein.

Das heißt, wir werden den Rosa Jochmann-Preis, den Frauenpreis, auch unter dieses Thema stellen. Allein auch schon deswegen, um darauf hinzuweisen, dass gerade auch die Frauenpolitik im Burgenland sehr stark von der Europäischen Union profitiert hat. Wir finanzieren uns hier sehr stark über ESF-Projekte, dem Europäischen Sozialfonds.

Ziel dieser Projekte ist immer eine Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt. Sei es einerseits zur Bekämpfung von Frauenarmut oder der Bereich Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Hier sind auch zwei ganz neue Projekte geplant, einerseits ein Projekt zur Unterstützung von Frauen in der Pflege und in Pflegeberufen, vor allem wenn es um Vereinbarkeit hier auch von Beruf und Familie geht.

Ein zweites Projekt, da geht es um Bekämpfung von Frauenarmut, wo es darum geht, auch arbeitsmarktrelevante Problemlagen, vor allem zur Identifizierung und den Zugang zur Beschäftigung betrifft. Sie sehen also, dass Feld ist ein sehr breites.

Es werden hier sehr, sehr viele Themen von uns in Anspruch genommen werden in der Zukunft. Danke jedenfalls für die Frage und dass Sie sich für diesen Bereich interessieren. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Die erste Zusatzfrage ist vom Herrn Abgeordneten Christian Springinkle an Frau Landesrätin Eisenkopf gerichtet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Christian Springinklee:** Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Können Sie uns über den derzeitigen Anteil an Frauen beim burgenländischen Bundesheer informieren und uns Maßnahmen zur Förderung nennen?

**Präsident Christian Illedits:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Jugendabgeordneter! Seit mittlerweile ganz genau eigentlich 20 Jahren, also seit dem Jahr 1998 ist es so, dass es Frauen möglich ist, als Soldatinnen in den Dienst des österreichischen Bundesheeres zu treten.

Was vielleicht auch ganz wichtig ist zu erwähnen, im Vergleich zu den männlichen Kollegen besteht hier bei Frauen keine Verpflichtung. Das heißt, bei Frauen ist dieser Dienst auf freiwilliger Basis zu leisten.

Seit 1998 ist es also sofort nachdem es Frauen möglich geworden ist diesen Dienst beim Bundesheer abzuleisten, ist es so, dass Frauen dieselbe Entlohnung bekommen wie auch Männer. Es sind ihnen alle Positionen zugänglich.

Um den Frauenanteil jetzt genau zu definieren muss man zwischen zwei verschiedenen Personengruppen unterscheiden. Nämlich auf der einen Seite gibt's natürlich auch weibliche Beamtinnen und Zivilbedienstete.

Das heißt, Frauen die keine militärische Ausbildung absolviert haben und in der Regel hier in der Verwaltung vor allem arbeiten und auf der anderen Seite gibt es Soldatinnen mit militärischer Ausbildung, die entweder zeitlich befristet oder wirklich eine Lebenszeitanstellung haben.

Auf Österreich bezogen sieht der Personalstand so aus, dass der Personalstand beim österreichischen Bundesheer bei zirka 22.000 Personen liegt. Davon sind 3.034 Frauen als Zivilbedienstete und Soldatinnen beschäftigt.

Das heißt, der österreichweite Frauenanteil beträgt 14 Prozent. Wenn man jetzt nur die Soldatinnen herausrechnet, dann sind das zirka 680 Frauen. Das heißt, hier liegt der Anteil bei 3,1 Prozent, wobei der Anteil der Soldatinnen hier in den letzten zwei Jahren von 2,1 auf 3,1 Prozent gesteigert werden konnte.

Im Burgenland ist es so, dass 82 von rund 934 Bediensteten Frauen sind. Das entspricht einem Anteil von 8,8 Prozent. Wir haben 16 Soldatinnen im Burgenland, das sind 1,7 Prozent und was die Maßnahmen betrifft, da gibt es verschiedenste Maßnahmen.

Einerseits die stärkere Bewerbung über soziale Medien, also Facebook, Instagram, Homepages, aber auch über traditionelle Medien wie Zeitungen. Es werden Frauen auch dahingehend unterstützt, dass es diese Eignungsprüfungen beim sportlichen, psychologischen und medizinischen Bereich gibt. Hier werden Vorbereitungstage, Vorbereitungswochen angeboten, auch Schnuppertage und Schnupperwochen werden angeboten.

Das Bundesheer ist auch auf Messen beispielsweise vertreten, um auch Frauen hier aktiv anzusprechen und auf die Möglichkeit im österreichischen Bundesheer und im Burgenland natürlich auch hinzuweisen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Die zweite Zusatzfrage ist von der Frau Jugendabgeordneten Anna-Sophie Prünner an Frau Landesrätin Astrid Eisenkopf gerichtet.

Bitte um Verlesung Ihrer Zusatzanfrage Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Anna-Sophie Prünner:** Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Welche Möglichkeiten gibt es neben den bereits bekannten Initiativen, um Frauen für technische Berufe zu begeistern?

**Präsident Christian Illedits:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ):** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es gibt eine Vielzahl an Maßnahmen, eine die auch jetzt relativ aktuell erst ist, ist die jährlich stattfindende Bildungs- und Berufsinformationsmesse, kurz gesagt BIBI-Messe, die wir im Jahr 2019 ein wenig neu aufstellen wollen. Das heißt, wir wollen hier einen breiteren Interessentenkreis ansprechen, die Zielgruppe erweitern.

Wir wollen ja auch ältere Jugendliche ansprechen bei dieser Messe teilzunehmen. Wir werden das Programm erneuern, wir werden weitere Ausstellerinnen und Aussteller dazu gewinnen. Wir werden auch die Öffnungszeiten verändern.

Das heißt, wir wollen hier neue Akzente setzen, um vor allem auch junge Frauen noch mehr anzusprechen und vor allem auch ihnen die Entscheidung für eine Ausbildung zu erleichtern, ihnen Einblicke zu geben, was sie in Zukunft machen möchten und das durchaus mit dem Fokus vor allem auch auf technische Berufe.

Speziell soll auch der Kontakt hier zu Firmen hergestellt werden und es sollen auch auf spezielle Ausbildungswege, wie zum Beispiel die Lehre mit Matura, hingewiesen werden.

Am 5. Dezember findet die Veranstaltung "FIT goes Burgenland" statt, im Rahmen eines Studienorientierungsprojektes auch gemeinsam mit der Burgenländischen Industriellenvereinigung und der HTL Eisenstadt. Hier werden Schülerinnen die Möglichkeit haben, vor allem ein breites Spektrum an technischen und naturwissenschaftlichen Studien kennen zu lernen, sich mit diesen Themen auch auseinanderzusetzen.

Wir haben auch, das findet alle zwei Jahre statt, die Initiative "Roberta". Das ist eine Bildungsinitiative gemeinsam auch mit dem Fraunhofer Institut. Da geht es darum, einerseits Frauen auf den Alltag mit digitalen Medien vorzubereiten und mit elektronischen Geräten, aber auch die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten näher zu bringen.

Hier können Mädchen selbst experimentieren und forschen. Sie werden dann auch oder sie programmieren dann auch im Rahmen dieses Projektes einen eigenen Roboter. Das ist wirklich sehr spannend auch dort dabei zu sein.

Wir haben den Girls' Day MINI, da geht es vor allem um die Zielgruppe von Volksschülerinnen. Das heißt, wir setzen hier wirklich sehr früh an, um auch mit spielerischem Zugang diesen Zugang zu Technik und zu technischen Berufen schon sehr früh anzusprechen.

Also Fazit ist, dass es hier sehr unterschiedliche Maßnahmen gibt, um auch die unterschiedlichen Altersgruppen entsprechend anzusprechen und das Thema Frauen und Technik noch mehr in die Bevölkerung zu tragen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Die Fragestunde ist somit beendet.

**2. Punkt: Antrag der Jugendabgeordneten Simon Luckinger, Daniel Lehner, Kevin Sifkovits, Jan Hofmann, Lukas Lakitsch, Stefan Rath, Rene Cerwenka, Christian Springinklee und Markus Schranz auf Fassung eines Beschlusses betreffend Arbeit (J 5)**

**Präsident Christian Illedits:** Die Berichterstattung über den 2. Punkt der Tagesordnung, es ist dies der Antrag der Jugendabgeordneten Simon Luckinger, Daniel Lehner, Kevin Sifkovits, Jan Hofmann, Lukas Lakitsch, Stefan Rath, Rene Cerwenka, Christian Springinklee und Markus Schranz auf Fassung eines Beschlusses betreffend Arbeit (J 5), wird Herr Jugendabgeordneter Kevin Sifkovits vornehmen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein gültig eingebrachter Abänderungsantrag vorliegt, der in die Verhandlungen miteinbezogen wird. Der Abänderungsantrag wurde, wie im Vorbereitungsseminar vereinbart, fristgerecht an alle Jugendabgeordneten versendet.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Kevin Sifkovits:** Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Lehre ist einer der Grundpfeiler der jungen Arbeitswelt. Die Lehre muss aufgewertet werden, es darf nicht sein, dass Lehrlinge als einfache Hilfsarbeiter gesehen und eingesetzt werden. Der Schwerpunkt bei der Lehre liegt nach wie vor auf der Ausbildung. Um eine gute Ausbildung bei der Lehre zu gewährleisten, ist es notwendig ein „Lehrgütesiegel“ nach dem Vorbild von Wien einzusetzen.

Außerdem soll ein Ausbildungsfonds eingerichtet werden, in den alle Betriebe einzahlen und aus dem Geld für Betriebe die Lehrlinge ausbilden herausgenommen werden kann, ähnlich wie in Vorarlberg. Ebenso soll es in den Berufsschulen, auf Freiwilligenbasis, die Möglichkeit geben, eine zweite lebende Fremdsprache in den Unterricht zu integrieren. Was das Lehrstellenangebot angeht, so muss auch aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung, das Lehrstellenangebot erweitert werden, mit besonderem Augenmerk auf digitale Lehrberufe.

Um weitere Anreize für die Lehre zu schaffen, fordern wir eine Mindestlehrlingsentschädigung von 850 Euro brutto österreichweit. Außerdem plädieren wir für den Erhalt des Jugendvertrauensrates und die Harmonisierung des Wahlalters auf 16 Jahre.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Lehrgütesiegel nach Vorbild von Wien
2. Aufwertung der Lehre - Lehrlinge dürfen nicht als einfache Arbeitskräfte hergenommen werden

3. Sprachförderung freiwillig
4. Ausbildungsfonds nach dem Vorbild von Vorarlberg
5. Ausbau von Lehrstellenangeboten mit speziellem Augenmerk auf digitale Lehrberufe
6. Mindestlehrlingsentschädigung brutto 850 Euro und die Rücknahme der Kürzung im Bereich der überbetrieblichen Lehre
7. Für den Erhalt des Jugendvertrauensrates, sowie die Harmonisierung des Wahlalters.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Danke für Ihren Bericht Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Jugendabgeordneten Stefan Rath das Wort.

Ich möchte darauf hinweisen, dass jede Redezeit auf fünf Minuten beschränkt ist. Dies gilt auch für die Wortmeldungen der Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung.

Ich bitte um Ihre Stellungnahme Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Stefan Rath:** Dankeschön Herr Präsident. Sehr geehrte Regierungsbank! Liebe Mitabgeordnete! Ich möchte als erstes auf ein Statement vom Herrn Landesrat Darabos zurückgreifen bezüglich der Aktion 20.000. Meiner Meinung nach kann man in der Zeit einer positiven Konjunktur Geld besser einsetzen.

Zum Beispiel zur Entlastung der niedrigen Einkommen oder durch Unterstützung der Familien. Genau dies tut die Bundesregierung mit diesem Geld, Stichwort Familienbonus oder Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge. Daher unterstütze ich, dass diese Aktion abgeschafft wurde. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

So, jetzt zur Lehre. Die Lehre ist für die ÖVP schon immer ein wichtiges Gut. So wurde der rot-goldene Lehrlingsplan vom damaligen Landesrat Steindl, auch auf Forderung von uns und Mitarbeit von uns, auf den Weg gebracht und umgesetzt. Doch die Arbeitswelt ist im Wandel. Wir als Burgenland dürfen diesen nicht verschlafen.

Im Juni stellte die Ministerin für Digitalisierung und Wirtschaft, Margarete Schramböck, den neuen Lehrberuf „E-Commerce-Kaufmann/-frau“ vor. Im September erfolgte dann Applikationsentwicklung, Coding und Informationstechnologie.

Die Zahlen der Beginner in diesen Lehren geben mir Recht. Nämlich, der Trend geht in Richtung moderne und digitale Lehre.

Weiters ist das Burgenland ein Pendlerland. Doch gerade moderne, intermotive Lehren würden vielen Menschen den langen Arbeitsweg nach Graz oder Wien ersparen. Sie könnten bequem von zu Hause aus ihre Arbeit verrichten. Doch dazu braucht es auch ein schnelles 5G-Internet, was leider im Großteil des Landes fehlt. Besonders in kleinen Gemeinden.

Hier fehlt auch, meiner Meinung nach, eine Strategie, um den Ausbau zu fördern. Trotzdem, das Burgenland sollte hier an die Zukunft denken und das Lehrangebot mit besonderem Augenmerk auf digitale Berufe ausbauen, in der



Hoffnung, dass wir auch in diesem Bereich schneller werden. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Nachdem die Auswahl an Lehrberufen wächst, muss auch die Informationsmöglichkeit wachsen. Wir haben einen Fachkräftemangel in nahezu allen Bereichen.

Doch die Schülerinnen und Schüler müssen möglichst früh die Möglichkeiten und Chancen einer Lehre erkennen. In der Berufsorientierung soll die Lehre mit Matura oder Erasmus in den Vordergrund gestellt werden. Unserer Meinung nach muss man direkt in den Schulen zu den Schülern gehen, um sie vom Programm Lehre zu überzeugen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

In der heutigen Zeit sind Sprachen ein wichtiger Bestandteil unseres Lebens. Besonders im Burgenland mit der Vielfalt an Kulturen und Volksgruppen, haben Sprachen schon immer eine Sonderstellung. Daher sollen Lehrlinge die Möglichkeit bekommen, in der Berufsschule freiwillig eine zweite Fremdsprache zu erlernen.

Weiters sind Sprachen auch ein Türöffner zu anderen Ländern, um Wirtschaftsbeziehungen zu pflegen oder Freundschaften. Fachkräfte aus dem Ausland bringen diese Voraussetzungen oftmals mit. Neben ihrer Heimatsprache sprechen sie Deutsch oder zumeist auch Englisch.

Das heißt, sie kommen dreisprachig zu uns. Diesen Vorteil haben sie gegenüber unseren heimischen Lehrlingen. Doch um die Lehre qualitativ und bestmöglich zu absolvieren, braucht es auch die besten Lehrwerkstätten.

Unserer Meinung nach ist die beste Lehre in den Betrieben, da dort speziell auf das Fach gerichtetes Personal angestellt ist und auch gleich der Konnex mit der Wirtschaft hergestellt wird. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Neben der Theorie lernt man in der betrieblichen Ausbildung auch Probleme direkt zu lösen. Man bekommt Einblicke in das Unternehmen wie es funktioniert und wie es arbeitet und man ist auch gleich direkt integriert in diesen Arbeitsprozess. Man bekommt es oftmals natürlich mit stressigen Situationen zu tun.

Zu guter Letzt möchte ich noch auf einen letzten Punkt eingehen. Eine Mindestlehrlingsentschädigung, so wie gefordert, begrüßen wir. Besonders Lehrlinge in niedrig bezahlten Lehren profitieren von so einer Angleichung auf eine Mindestlehrlingsentschädigung.

Doch sind wir der Meinung, dass es nicht die Aufgabe der Politik ist über diese Mindestlehrlingsentschädigung zu bestimmen, über die Höhe, sondern sie muss die Voraussetzungen dafür schaffen.

Die Zahl 850 ist uns hier etwas zu abstrakt. Daher soll es die Aufgabe der Sozialpartner, Wirtschaftskammer und Gewerkschaft sein, eine Einigung zu finden. In manchen Lehren ist der Sold weit höher als 850 Euro, in vielen Lehren weit darunter.

Wir bitten also um die Zustimmung zu unserem Antrag zum Wohle der Lehrlinge, zur Bekämpfung des Fachkräftemangels und für eine moderne Zukunft in der Lehre im Burgenland. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Jugendabgeordneter Rene Cerwenka.

Ich bitte Sie ans Rednerpult Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Rene Cerwenka:** Sehr geehrte Damen und Herren! Geschätzte Kollegen! Hohes Haus! Österreich braucht Fachkräfte. Laut einer Erhebung der Wirtschaftskammer Österreich vom August 2018 werden bundesweit bis zu 162.000 Fachkräfte gesucht. Die Zahlen sind erschreckend.

Doch diesen Fachkräftemangel werden wir nicht ausgleichen können, indem Betriebe Angehörige aus Drittstaaten ausbilden, sondern nur dann, wenn wir unsere österreichische Jugend dazu bewegen, sich für eine Lehre zu entscheiden.

Denn, nur wenn wir unsere Jugend zu kompetenten Fachkräften ausbilden, werden wir nachhaltig dem Fachkräftemangel in Österreich erfolgreich entgegenwirken. Die Lehre ist der Grundpfeiler der jungen Arbeitswelt. Daher ist es unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass die Lehre wieder einen hohen Stellenwert einnimmt und attraktiver für Jugendliche gemacht wird.

Es darf auch nicht sein, dass Lehrlinge als Hilfsarbeiter angesehen werden und auch als solche behandelt werden und sie daher lediglich für die niedersten Tätigkeiten eingesetzt werden, anstatt ihnen eine kompetente Ausbildung zu ermöglichen.

Die heutigen Lehrlinge sind die zukünftigen Fachkräfte und als solche sind sie auch anzusehen und als solche sind sie auszubilden. Mit der Einführung eines Lehrgütesiegels, in Wien TOP-Lehrbetrieb genannt, können wir in der Lehrlingsausbildung engagierte Unternehmen auszeichnen.

Und eben diese Unternehmen können damit zeigen, dass ihnen die Qualität der Lehrausbildung am Herzen liegt und dass sie die Verantwortung übernehmen, die Fachkräfte von morgen auszubilden.

Auch der sogenannte Ausbildungsfonds, in den alle Betriebe einzahlen und aus dem Geld für die Lehrlingsausbildung entnommen werden kann, ist prinzipiell eine gute Idee und in Vorarlberg erfolgreich.

Allerdings muss erwähnt werden, dass dieser Ausbildungsfonds auf freiwilliger Basis beruht, sprich jedes Unternehmen kann sich diesem Fonds freiwillig anschließen und es wird niemand gezwungen oder verpflichtet.

Doch abgesehen von den Maßnahmen für Unternehmen die Lehrlinge ausbilden, müssen auch Maßnahmen in der Lehrlingsausbildung selbst gesetzt werden.

Wenn man bedenkt, dass hier alleine die Mindestsicherung höher ist als der Gehalt eines Lehrlings, ist es nicht verwunderlich, wenn sich junge Menschen gegen eine Lehrausbildung entscheiden. Daher muss es auch einen finanziellen Anreiz geben, der Jugendliche dazu bewegt, sich für eine Lehre zu entscheiden.

Die Einführung einer Mindestlehrlingsentschädigung in Höhe von 850 Euro brutto, wie im Antrag gefordert, ist ein guter Lösungsansatz dafür. Jugendliche müssen sehen, dass es sich auch finanziell lohnt eine Lehre zu machen.

Weiters soll es die Möglichkeit geben, in Berufsschulen, in Englisch eine weitere lebende Fremdsprache auf Freiwilligenbasis zu erlernen.

Unser Augenmerk muss auch auf den Aufbau des Lehrstellenangebotes liegen. Denn auch die fortschreitende Digitalisierung hat neue Lehrberufe mit sich gebracht. Daher muss es unser Ziel sein, für diese neuen Berufe Lehrlinge zu finden und auch auszubilden.

Weiters fordern wir mehr Mitbestimmung für Lehrlinge in ihren Betrieben. Bundesweit dürfen Jugendliche ab 16 Jahren ihre Stimme bei Gemeinderats-, Landtags-, Nationalrats- und Bundespräsidentenwahlen abgeben. Das sollen sie auch bei Betriebsratswahlen dürfen und somit aktiv mitentscheiden, wer ihre Interessen im Betrieb zukünftig vertritt.

Wie ich bereits zu Beginn meiner Ausführungen erwähnte: Die Lehrlinge von heute sind die Fachkräfte von morgen. Daher ermöglichen wir ihnen eine kompetente und gerecht entlohnte Ausbildung.

Denn es ist unsere Jugend und unsere Zukunft und daher treten wir auch für sie ein. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Jugendabgeordneten Simon Luckinger das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Simon Luckinger:** Danke Herr Präsident. Geschätztes Hohes Haus! Ich möchte nur kurz auf den Punkt eingehen mit der Mindestlehrlingsentschädigung. Und zwar ich glaube es ist sehr wichtig, dass man da einen Betrag nennt. Weil sonst hat man genau das Problem, dass die Mindestlehrlingsentschädigung die Höhe hat was der geringste Betrag ist, was man als Lehrling bekommen kann in einer Lehre.

Weiters glaube ich ist es auch sehr wichtig, dass die Lehrlinge die Anerkennung auch bekommen, die sie verdient haben. Ich glaube es ist jedem bekannt, dass wir einen Fachkräftemangel haben und genau mit so etwas könnte man Anreize schaffen, dass mehr Jugendliche eine Lehrausbildung machen.

Mich wundert es eigentlich sehr, dass wir in der Gruppe sehr konstruktiv gearbeitet haben und dass jetzt alles abgeändert worden ist. Genau.

Das war meine Wortmeldung. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Danke. Als nächster Redner ist Herr Jugendabgeordneter Sebastian Steiner zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Sebastian Steiner:** Danke. Herr Präsident! Werte Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zum Antrag komme bitte ich Euch noch kurz, sage ich Euch einen Tipp an Euch:

Stellt Euch einmal vor es wäre Jugendlandtag und jeder da herinnen würde einmal kurz seine Parteizugehörigkeit vergessen. Alle da herinnen würden nur ihre eigenen persönlichen Anliegen vertreten. Völlig unabhängig was ÖVP, FPÖ, SPÖ, GRÜNE, Liste et cetera sagen. Einfach gemeinsam den besten Weg für die Jugendlichen im Burgenland beschließen.

Wir, die unsere eigene Zukunft gestalten. Und genau das ist meine und unsere Vision des Jugendlandtages. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Es ist nicht selbstverständlich, dass das Land Burgenland einen Jugendlandtag organisiert und finanziert. Natürlich wollen wir uns einbringen und das konstruktiv nutzen. Aber bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, erklärt mir den Sinn, wenn wir uns da die Köpfe über Parteimeinungen einschlagen.

Dieselben Meinungen, die sowieso da herinnen vertreten werden bei normalen Landtagssitzungen oder Nationalratssitzungen oder Presseaussendungen der unterschiedlichen Parteien. Wozu den Jugendlandtag in der Form abhalten, wenn wir sowieso dasselbe hören wie vorgestern oder gestern im Nationalrat? *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Wir könnten doch jungen Schülern, Schülerinnen, die nötigen, von Parteien gebrainwashed sind, wo die Parteien verankert sind, die Möglichkeit geben, dass sie einmal in die Politikluft hereinschnuppern. Dass sie vielleicht den Beruf, der sowieso verpönt ist und wie schlecht die Politik nicht ist, dass man das vielleicht ein bisschen aufbessert das Image. Und dass man jedem die Chance gibt sich einzubringen und das Burgenland für die Zukunft zu rüsten.

Wir bedanken uns auch beim Herrn Landtagspräsidenten Illedits für das Angebot, das er ausgesprochen hat mit dem Gespräch. Wir nehmen das natürlich gerne an und wir freuen uns auf eine konstruktive Arbeit. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Kritik zu üben ist das eine, konstruktiv zusammen arbeiten ist die andere Seite.

Es freut mich besonders, dass wir bei diesem Jugendlandtag ein soziales Thema herinnen haben mit der Behindertenförderung, zusätzlich zu den Dauerbrennern Arbeit, Bildung und Mobilität.

Im Bereich der Arbeit muss man leider feststellen, dass Lehrlinge viel zu oft als einfache Arbeitskräfte hergenommen werden, wie man im Volksmund oft „Hilfshackler“ sagt. Fast schon abwertend wird unter Jugendlichen über die Lehre gesprochen. Es klingt ja auch viel lässiger wenn man sagt, man studiert am Juridicum oder an der WU, als man lernt nur Tischler.

Genau da heißt es anzusetzen. Wieso werden an Schulen zig Tests gemacht was der optimale Studiengang ist? Wieso fülle ich in der 7. Stufe im Gymnasium einen Pulk an Zetteln aus, was ich studieren gehen soll? Und wieso wird da nie die Lehre in Betracht gezogen?

Deshalb fordern wir im Abänderungsantrag, der übrigens nicht alles abändert sondern auch ergänzt, bereits auch die Berufsorientierung in einer Schule. Dann man kann auch schon in einer Schule aufzeigen welche Chancen und Möglichkeiten auch die Lehre bringt und nicht nur ein Bachelor oder Master. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Was das Lehrstellenangebot angeht - bitte rüsten wir uns doch für die Zukunft. Digitalisierung ist kein Mythos, sie ist Realität und deshalb müssen wir auch in den Lehrberufen darauf aufpassen damit die angepasst werden und damit das in die Ausbildung integriert wird und es hier auch die eigenen Lehrberufe gibt.

Zur Attraktivierung gehört aber auf jeden Fall auch die Mindestlehrlingsentschädigung. Aber wie der Kollege Rath schon gesagt hat, ist es gerade die SPÖ, die immer so viel von den Sozialpartnern hält, die Gewerkschaft und die Wirtschaftskammer, die diesen Bereich beschneiden wollen.

Dass es eine Mindestlehrlingsentschädigung geben muss, bestreitet keiner, doch die Höhe ist Sache der Sozialpartner und die Politik muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Ganz zum Schluss möchte ich wieder auf den Montag zurückkommen, wo es zwei Pressekonferenzen gegeben hat und am Donnerstag letzter Woche wurde zu einer Pressekonferenz unter dem Titel "Gemeinsam" geladen, ohne dass mit allen Fraktionen gesprochen wurde.

Das man dann noch mit Zeitungsartikeln und in einer Berichterstattung plötzlich in der Nacht von Sonntag auf Montag eine Facebook-Benachrichtigung schreibt, ob man nicht doch Zeit hätte dafür, ist dann irgendwie schon ein bisschen komisch und da weiß man nicht, wie ernst man das nehmen kann.

Und genau dieser politische Hickhack bringt uns Jugendliche im Burgenland nicht weiter. Ich bin einfach dafür, dass wir Jugendliche da reinbringen, die ihre Meinung vertreten und nicht gebrainwasht sind von den Parteien und die gemeinsam für die Jugendlichen und für die Zukunft im Burgenland arbeiten. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Jugendabgeordneter Jan Hoffmann.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Jan Hoffmann:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Liebe Mitglieder auf der Regierungsbank! Liebe Zuseherinnen und Zuseher auf den Zuhörerrängen und auch liebe Zuseherinnen und Zuseher daheim vor den Bildschirmen!

Ich möchte mich mit meiner Wortmeldung dem Jugendvertrauensrat widmen und ich möchte da auch mit einem Appell beginnen.

Lieber Stefan! Lieber Markus! Ich kann mich gut erinnern, wie wir da vor knapp zwei Wochen in diesem Saal gesessen sind und zu neunt gemeinsam den Antrag, den wir da jetzt vorliegen haben, ausgearbeitet haben.

Ich kann mich erinnern an einen sehr respektvollen Umgang, ich kann mich erinnern an den kollektiven Willen zur konstruktiven Arbeit und auch den hohen Grad der Einstimmigkeit in einer Gruppe.

Man muss ja sagen, es waren trotzdem drei Fraktionen in unserer Gruppe vertreten und dennoch haben wir es geschafft das sechs von den sieben Forderungen, die wir in diesem Antrag formuliert haben, einstimmig durchgegangen sind.

Das Einzige wo wir uns nicht einig waren ist die Mindestlehrlingsentschädigung, das ist richtig, ja.

Wo wir uns aber sehr wohl einig waren, ist der Erhalt des Jugendvertrauensrates. Und was ist jetzt passiert? In Eurem Abänderer ist kein Wort mehr vom Jugendvertrauensrat drinnen. Könnt Ihr mir das bitte erklären? Ich verstehe das nicht ganz.

Der einzige Weg, wie ich mir das erklären kann, ist der Folgende, nämlich das offenbar diese Forderung der ÖVP Bundeslinie, die die Zerschlagung des Jugendvertrauensrates vorsieht, zum Opfer gefallen ist.

Und das offenbar gegen Euren Willen weil, Ihr habt ja mit uns gemeinsam dafür gestimmt. Deswegen haben wir diese Forderung überhaupt formuliert. Und mein Appell geht daher an Euch und die gesamte JVP Burgenland und da kann ich mich ein bisschen meinem Vorredner anschließen.

Lasst Euch nicht immer so viel dreinreden! Lasst Euch nicht immer so viel dreinreden von Euren Parteigranten! Seid nicht immer so gebrainwasht! Das ist das, was Ihr gerade eben gesagt habt, es ist ja bei Euch genau das Gleiche. Ich verstehe das nicht.

Zuerst habt Ihr eine Forderung und dann fahrt über das komplett drüber. Ich weiß ja nicht wer Euch das befohlen hat? Vielleicht war es der Herr Fazekas, vielleicht der Herr Steiner. Ich bin mir nicht ganz sicher. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Wer auch immer es war, mein Appell, meine Bitte an Euch: Lasst Euch nicht immer so viel dreinreden! Hört nicht auf die, hört auf Euch selber! Hört auf Eure Freunde und hört vor allen Dingen auf die Leute! Geht raus auf die Straße und redet mit ihnen.

Es ist unfassbar wie viele Antworten man dann plötzlich auf seine Fragen findet. Und die Antwort auf diese Frage ist vollkommen klar. - Ja, der Jugendvertrauensrat bleibt! *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Vollkommen wurscht was die Kurz-Regierung vorhat, wir im Burgenland fordern den Erhalt des Jugendvertrauensrates. Der Jugendvertrauensrat ist seit 1973 ein unverzichtbarer Bestandteil vieler Betriebe und wichtiger Vermittler zwischen Arbeitgebern und den Lehrlingen.

Seine Mitglieder überwachen die Einhaltung der Berufsbilder, arbeiten an Problemlösungen und sind Ansprechpartner für die jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Harmonisierung des Wahlalters auf 16 Jahre ist zwar ganz nett, stellt aber bei weitem nicht irgendeinen ausreichenden Ersatz für den Jugendvertrauensrat dar. Ein Angriff auf den Jugendvertrauensrat ist ein Angriff auf die burgenländischen jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Und da kann ich nur sagen: Nein, nicht mit uns, nicht mit der sozialistischen Jugend! *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Ich danke für die Aufmerksamkeit und plädiere für die Zustimmung zum Originalantrag. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Jugendabgeordnete Wolf Steinhäusl.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Wolf Steinhäusl:** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich weiß zwar nicht, wo Ihr herhabt, dass wir für die Abschaffung des Jugendvertrauensrates sind, liebe Freunde der SJ. Wir sind nämlich dafür, in unserem Antrag, das Alter, das aktive Wahlalter, für eine Betriebswahl auf 16 Jahre abzusetzen, herunterzusetzen.

Ganz genauso, wie es seit 2007 in Österreich gang und gäbe ist, egal ob bei der Gemeinderatswahl ob bei der Bürgerratswahl, bei der Bürgermeisterwahl, Landtagswahl, Nationalratswahl oder auch EU-Wahl.

Wir möchten nämlich mehr Mitbestimmung der Jugendlichen in den Betrieben und wir möchten nämlich das sie selber entscheiden, wer sie im Betriebsrat am

besten vertreten kann, dazu sind sie nämlich sehr wohl fähig. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Aber eines sollte uns bitte, unabhängig von unserer politischen Ideologie, bewusst sein. Ohne starke Betriebe in unserem Land, gibt es keine Arbeitsplätze und ohne Arbeitsplätze, gibt es auch keinen Wohlstand in unserem Burgenland.

Und genau dafür gilt es die besten Rahmenbedingungen zu setzen, um einerseits den Wettbewerb mit anderen bestehen zu können und andererseits das Unternehmertum und die Innovation zu fördern und zu schaffen.

Liebe Freunde, ein Unternehmen das Lehrlinge ausbildet steckt jetzt schon sehr viel Zeit und sehr viel Geld in die Ausbildungsphase. Ich hoffe zumindest so weit sind wir uns alle einig.

Dazu zählen nämlich im Schnitt nicht nur die durchschnittlichen Kosten von 19.700 Euro pro Lehrling und pro Jahr, das ein Unternehmer der sich entscheidet Lehrlinge auszubilden zu bezahlen hat, obwohl die Lehrlinge einen nicht unwesentlichen Teil ihrer Zeit in der Berufsschule sitzen und daher logischerweise ihrem Lehrherrn nicht zur Verfügung stehen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Abgesehen davon gibt es noch so viele weitere Regulierungen, unter anderem die Übernahme der Internatskosten für die Lehrlinge, eine Regelung im Fall der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall um nur zwei hier zu nennen.

Außerdem steht bei der Lehre in erster Linie die Ausbildung im Vordergrund. Um es hier noch einmal ganz klar anzusprechen: Ein Unternehmer der von sich aus entscheidet Lehrlinge auszubilden profitiert davon in der Zeit der Lehre kaum bis gar nicht.

Rechnet man nämlich die Nettoerträge, die die Arbeitskraft des Lehrlings schafft und erwirtschaftet, gegen die Bruttokosten die das Unternehmen zu bezahlen hat, so kommt man auf ein durchschnittliches Defizit von 2.600 Euro pro Jahr. Also Aufwendungen die die Unternehmerin, der Unternehmer hier jetzt schon zu zahlen bereit ist.

Ja und um gleich auf den wichtigsten Punkt noch einmal einzugehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist für uns selbstverständlich, das wir auch eine Mindestlehrlingsentschädigung haben möchten. Das steht für uns gar nicht zur Diskussion.

Es ist für uns nicht nachvollziehbar warum ein Frisörlehrling zum Beispiel, nur im ersten Lehrjahr 470 Euro verdient und das ist weit unter dem gesetzlichen Existenzminimum. Hier muss eindeutig etwas getan werden.

Allerdings zu Eurer horrenden Forderung von 850 Euro pro Monat für das erste Lehrjahr. Das würde zu Zusatzkosten führen im Durchschnitt von unglaublichen 43 Prozent. Also das ist hier eine Forderung, wenn man sich vielleicht ein bisschen mit der Sozialpartnerschaft auseinandersetzt, die Inflation liegt bei knapp unter 2 Prozent bei 1,8 Prozent. Und kein Sozialpartner, auch nicht der Gewerkschaftsbund, würde sich für eine Erhöhung um 43 Prozent des Lohns einsetzen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Jetzt noch meine Frage an das Plenum: Wer von Euch wäre dann noch bereit, obwohl die Unternehmen jetzt schon draufzahlen bei der Lehrlingsausbildung und sie weitere 43 Prozent im Schnitt draufzahlen müssen, Lehrlinge auszubilden?

Darauf gibt es genau zwei Antworten: Entweder Ihr sagt, ja bin ich oder Ihr seid, so wie ich es bin, ehrlich und sagt, nein, dann wäre ich nicht mehr bereit Lehrlinge auszubilden, sondern ich würde vielmehr meine Ressourcen abziehen von der Lehrlingsausbildung um woanders in meinem Unternehmen zu investieren. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Außer Frage steht natürlich das die Lehre ein absolutes Erfolgsmodell ist. Sie ist international angesehen und wir werden von vielen Staaten darum auch beneidet - keine Frage.

Aber bitte stoppt Eure linkspopulistischen Forderungen, der Klassenkampf ist lange ausgestanden. Und ich glaube im 21. Jahrhundert haben wir es nicht mehr nötig auf die Unternehmerinnen und Unternehmer draufzuhauen. Die Zeit ist schon lange vorbei.

Außerdem seid Ihr es ja auch gerne. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Zum Schlusssatz kommen, Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Wolf Steinhäusl** *(fortsetzend)*: Ich würde Euch bitten, belassen wir auch bitte wieder den Sozialpartnern den Auftrag die Kollektivverträge festzulegen. Danke schön. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Jugendabgeordneter Kevin Sifkovits.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Kevin Sifkovits:** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Es wäre zu schön gewesen sich hinzusetzen bei einem Vorbereitungsseminar und gemeinsam einen Antrag auszuarbeiten. Dementsprechend waren die Themen von allen Fraktionen.

Wir waren von der SPÖ Fraktion zu viert da drinnen, von der FPÖ waren zwei Personen drinnen, von der ÖVP ebenfalls zwei Personen. Und grundsätzlich von der fraktionellen Stärke war es möglich sehr Vieles zu blockieren, sehr Vieles zu verhindern.

Wir haben uns wirklich ernsthaft dort hineingesetzt und haben uns Gedanken gemacht, was ist für burgenländische Jugendliche wichtig. Weniger überrascht bin ich, das jetzt dieser, - es war auch ziemlich einstimmig, deswegen hat es mich sehr überrascht eigentlich, das dann ein Abänderungsantrag gekommen ist.

Das wir mit der Mindestlehrlingsentschädigung nicht d'accord sind - gut ist so. Man muss aber auch bedenken, man kann schon fordern dass wir mehr Facharbeiterinnen und Facharbeiter brauchen. Man muss aber dementsprechend auch die Anreize setzen damit sich Jugendliche für eine Lehre entscheiden.

Und das wird, liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne eine drastische Anhebung, und darf ich da vielleicht kurz korrigieren, der Gewerkschaftsbund ist schon auch dafür, die Forderung stammt auch vom österreichischen Gewerkschaftsbund, dementsprechend eine Mindestlehrlingsentschädigung einzuführen.

Vielleicht nur ganz kurz zum Jugendvertrauensrat noch: Die Harmonisierung des Wahlalters auf 16 Jahre haben wir gemeinsam ausgearbeitet, da sind wir überhaupt nicht dagegen. Nur ich möchte bitte jetzt wirklich konkret wissen, was so schlecht ist an einem Jugendvertrauensrat? Es wurde mir bisher nicht erklärt.



Der Jugendvertrauensrat ist Ansprechpartner für Lehrlinge in Betrieben, ob das jetzt überbetriebliche Ausbildungseinrichtungen sind oder betriebliche. In Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat versucht er die bestmögliche, also die Herausforderung bestmöglich der Lehrausbildung zu meistern.

Das heißt letztendlich, wir haben einen Lehrling - nehmen wir her einen Lehrling der startet mit 15 Jahren in eine Lehrausbildung. In diesem Jahr ist in seinem Betrieb Betriebsratswahl. Wir haben das Wahlalter harmonisiert, er dürfte ab 16 wählen.

Die nächsten fünf Jahre hat er kein Mitbestimmungsrecht in diesem Unternehmen weil er Pech hat und erst mit 20, wenn er dann 20 Jahre alt ist und immer noch im Betrieb ist, die nächste Betriebsratswahl stattfindet.

Und ich weiß nicht ob wir das wollen, das wir Lehrlinge fünf Jahre lang in einem Betrieb lassen ohne eine jegliche Mitbestimmung, da im Betrieb auch tätig zu sein. Das kann es einfach nicht sein. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Ich finde es auch sehr interessant, dass ein Lehrling hier als defizitär angesehen wird. Ich meine, ein Lehrling... *(Jugendabgeordneter Wolf Steinhäusl: Nicht ein Lehrling, die Ausbildung.)*

Bitte ein Lehrling wird ausgebildet, der ist nicht in einem Betrieb. Also rein rechtlich gesehen ist der Lehrling nicht zum Arbeiten da, ja, *(Jugendabgeordneter Wolf Steinhäusl: Habe ich gesagt.)* sondern zur Ausbildung.

Der Unternehmer, die Unternehmerin möchte den Lehrling ja als Facharbeiterin oder Facharbeiter dementsprechend auch behalten. Deswegen, und ich bin auf jede Unternehmerin, jeden Unternehmer, der eine ordentlichen Lehrausbildung im Burgenland tätigt, sehr stolz.

Wir haben es heute vom Landesrat Darabos gehört, 600 Lehrlinge sind in überbetrieblichen Einrichtungen. Und da haben wir auch die landes- und landesnahen Betriebe, dort haben wir die Lehrlinge noch gar nicht mitgezählt. Wir haben 2.600 Lehrlinge in diesem Land, 600 sind in Lehrwerkstätten.

Wir sind jeden burgenländischen Unternehmer dankbar, der da dementsprechend Lehrlinge gut und qualitativ ausbildet.

Aber, wenn man den Lehrling auch dementsprechend nachher als top ausgebildeten Facharbeiter haben möchte, dann ist er nicht, so wie es heute schon, und Gott sei Dank von allen Fraktionen die bisher geredet haben, super angeredet worden, keine einfache Hilfskraft. Sondern der ist drei, dreieinhalb oder auch vier Jahre, je nachdem wie lange die Lehrzeit ist, in diesem Betrieb, um ausgebildet zu werden.

Um dann dementsprechend nachher mit den besten Werkzeugen in der burgenländischen Industrie dann auch zu arbeiten, oder wo auch immer. Unsere Lehrlinge sind top.

Nur müssen wir auch, und deswegen wurde auch auf das Lehrgütesiegel angesprochen, und da bin ich sehr froh, dass man sich da wenigstens noch einig ist, da müssen wir auf jeden Fall so etwas auch einführen.

Vielleicht als letzten Punkt noch: Ein Lehrling kostet natürlich sehr viel Geld und die Wirtschaft und wir sind auch, noch einmal, wir sind dankbar über jede

Unternehmerin, jeden Unternehmer die einen Lehrling ausbilden. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Nur eines darf man nicht - ja danke - eines darf man aber nicht vergessen, weil das ist mir jetzt in dieser Diskussion ein bisschen zu kurz gekommen, der Betrieb macht das ja auch nicht umsonst, bitte liebe Kolleginnen und Kollegen. Der bekommt nämlich von der Wirtschaftskammer auch die demensprechenden Förderungen.

Als Beispiel muss man sich...

**Präsident Christian Illedits:** Zeit, Herr Abgeordneter. Bitte zum Schlusssatz kommen.

**Jugendabgeordneter Kevin Sifkovits** *(fortsetzend)*: Jawohl! Als Beispiel vielleicht noch ganz kurz: Man muss sich einen Lehrling vorstellen, der in der Berufsschule einen ausgezeichneten Erfolg hat und der Betrieb ist dann jener, der dafür von der Wirtschaftskammer eine Förderung bekommt. Nur so viel noch zum Abschluss zum Nachdenken.

Also bitte, ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen und auch Sie, es ist noch nicht zu spät, den ursprünglichen Antrag anzunehmen. Den haben wir gemeinsam ausgearbeitet und ich glaube, die Punkte die dort drin sind, sind sehr, sehr, sehr wichtig.

Herzlichen Dank! *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Als nächsten Redner zum Rednerpult bitte ich Herrn Jugendabgeordneten Rene Cerwenka.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Rene Cerwenka:** Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kollegen! Hohes Haus! Weil vorhin die Parteiideologie angesprochen wurde, also und man muss wirklich ehrlich sagen, und ich bin sicher, da wird mir auch manch anderer zustimmen, diejenigen die hier hauptsächlich die Parteiideologie vertreten, ist die JVP. *(Heiterkeit bei den Jugendabgeordneten - Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Schauen Sie sich Ihre Abänderungsanträge, schauen Sie sich Ihre Abänderungsanträge an. Alleine im Antrag Mobilität findet man diese Gleichbehandlung Nord-Süd, eine klassische ÖVP Forderung.

Und ich bin sicher, ich spreche hier auch für viele Jungabgeordnete. Sie waren in jeder Gruppe vertreten und konnten dort Ihre Wünsche, Anregungen, auch Beschwerden in einer konstruktiven Arbeit vorbringen. Warum stellen Sie dann einen Abänderungsantrag für drei von vier Anträgen?

Das ist nicht verständlich und ich bin sicher, dass ist auch nicht nur für uns Freiheitliche unverständlich, sondern auch für die anderen Kolleginnen und Kollegen. Und bitte daher, bleiben wir bei den ursprünglichen Anträgen, welche gemeinsam in konstruktiver Arbeit ausgearbeitet wurden.

Auch Sie, liebe Herrschaften von der JVP, waren bei dieser Ausarbeitung dabei und haben diesem Antrag in seiner ursprünglichen Form zugestimmt. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Jugendabgeordneten Stefan Rath das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Stefan Rath:** Vielen Dank, Herr Landtagspräsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur richtigstellen, eine Richtigstellung machen.

Wie wir auch in der Gruppe besprochen haben, stimmt, wir sind nicht dafür, dass ein Betrag hineingeschrieben wird. Und ich für meine Seite habe auch nie zugestimmt, dass der Jugendvertrauensrat in dem Antrag drinnen stehen bleibt. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Wortmeldungen liegen nun keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den vorliegenden Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Jugendabgeordneten, die diesem Antrag unterstützen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit, der Abänderungsantrag ist somit abgelehnt.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Jugendabgeordneten, die dem ursprünglichen Antrag, sowie im Vorbereitungsseminar erarbeitet, auf Fassung eines Beschlusses betreffend Arbeit zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend Arbeit wird somit mehrheitlich angenommen und als Teil eines Gesamtberichtes dem Landtag zugeleitet.

### **3. Punkt: Antrag der Jugendabgeordneten Dominik Ernst, Jaqueline Berghöfer, Wolf Steinhäusl, Mirjam Kayer, Anna-Sophie Prünner, Marcel Darnai, Manuel Limbeck und Manuel Raschl auf Fassung eines Beschlusses betreffend Mobilität**

**Präsident Christian Illedits:** Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Antrag der Jugendabgeordneten Dominik Ernst, Jaqueline Berghöfer, Wolf Steinhäusl, Mirjam Kayer, Anna-Sophie Prünner, Marcel Darnai, Manuel Limbeck und Manuel Raschl auf Fassung eines Beschlusses betreffend Mobilität.

Ich möchte darauf hinweisen, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein gültig eingebrachter Abänderungsantrag vorliegt, der in die Verhandlungen mit einbezogen wird.

Der Abänderungsantrag wurde wie im Vorbereitungsseminar vereinbart, fristgerecht an alle Jugendabgeordneten versandt.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Jugendabgeordneter Manuel Limbeck.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht, Herr Berichterstatter.

**Jugendabgeordneter Manuel Limbeck:** Danke Herr Präsident. Beschluss des Jugend-Landtages vom 25. Oktober 2018 betreffend Mobilität.

Wir leben in einer Welt, die immer globaler wird, heutzutage hat man nicht mehr in jeder Gemeinde eine Disco, nicht mehr in jeder Gemeinde einen Sportplatz, nicht mehr in jeder Gemeinde die Ausbildungsmöglichkeiten die man möchte.

Viele Sachen werden immer zentraler und vor allem Jugendliche leiden unter diesen Entwicklungen sehr. Um den Problemen dieser Entwicklungen entgegen zu

wirken, wollen wir die Mobilität der Jugendlichen und Nachhaltigkeit für die Umwelt im Burgenland fördern.

Mit folgenden Themen wollen wir ein neues Zeitalter für Jugendliche hereinbrechen:

- Dem Ausbau von Verbindungen Richtung Wiener Neustadt und Graz
- Dem Ausbau vom Top Jugendticket
- Der Gründung eines Burgenlandbusses
- Einer Förderung für Taxiunternehmen
- Einer Transparentdatenbank für den Führerschein.

Mit einer Verbesserung in diesen Bereich könnten wir effektiv die Mobilität, nicht nur von tausenden Jugendlichen, sondern etlichen Erwachsenen verbessern.

Der Landtag wolle beschließen:

- Dass das Land Burgenland in Gespräche mit den angrenzenden Bundesländern Steiermark und Niederösterreich tritt, damit bessere öffentliche Verkehrsverbindungen Richtung Wiener Neustadt und Graz geschaffen werden.
- Dass Studentinnen und Studenten bis zum 26. Lebensjahr ein Top Jugendticket mit inbegriffen sind.
- Dass die Gemeinden aufgefordert werden, sich bis zu 50 Prozent beim Semesterticket zu beteiligen.
- Dass die burgenländische Landesregierung gemeinsam mit einem lokalen Unternehmen einen Burgenlandbus gründen soll, welcher in allen Bezirkshauptstädten hält.
- Dass das Land Burgenland Elektro- und Hybridautos und -busse für Taxi- und Busunternehmen fördern und unterstützen soll.
- Dass das Land Burgenland eine landesweite Transparenzdatenbank schafft, damit sämtliche Kosten der Fahrschulunternehmen offen gelegt werden.

Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Christian Illedits:** Danke für Ihren Bericht und ich erteile nun als erster Rednerin der Frau Jugendabgeordneten Mirjam Kayer das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordneter Mirjam Kayer:** Sehr geehrter Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es gibt bereits eine ziemlich gute Verbindung nach Wien, eine öffentliche Verbindung, jedoch ist Wien nicht unser einziges Ziel. Es gibt viele Studierende im Burgenland, die auch in Graz studieren. Jedoch ist die Anbindung, die öffentliche Anbindung, hier nicht gegeben, man muss mindestens zweimal umsteigen und ist mindestens zwei Stunden unterwegs, um in Graz zu sein.

Auch viele Arbeiterinnen und Arbeiter pendeln täglich nach Graz oder Wien. Somit sollten wir das öffentliche Verkehrsnetz, die öffentliche Verkehrsanbindung hierzugehend weiter ausbauen.

Es ist auch sehr wichtig, dass wir nach Graz und Wiener Neustadt am besten eine Busverbindung ausbauen, denn dort haben wir auch die Bahnhöfe, die größeren Bahnhöfe, die uns dann mit anderen Bundesländern verbinden weil wir zum Beispiel im Burgenland oder Südburgenland keine guten, oder gar keine Zuganbindungen haben.

Wir sollten es den Menschen ermöglichen, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln mobil zu sein, denn mehr Öffis bringen uns weiter.

Mir ist es ein Anliegen, dass das Burgenland auch für jene, die zur Arbeit und zum Studienort auspendeln müssen, ein attraktiver Ort zum Leben ist, unabhängig davon, ob man sich ein eigenes Auto leisten kann.

Weiters fordern wir den Ausbau für das Top Jugendticket auch für Studentinnen und Studenten.

Derzeit kann das Top Jugendticket von Schülerinnen und Schülern einer Schule mit Öffentlichkeitsrecht und Lehrlingen mit anerkannten Lehrverhältnissen und von Teilnehmerinnen und Teilnehmern des freiwilligen sozialen Jahres sowie Polizeischülerinnen und Polizeischülern unter 24 Jahren genutzt werden, sofern für sie die Familienbeihilfe bezogen wird.

Mit dem Top Jugendticket um 70 Euro können alle Öffis in Wien, Niederösterreich und im Burgenland an allen Tagen, auch in den Ferien, unbegrenzt genutzt werden. Wie man aus den Zahlen herauslesen kann, sind Studentinnen und Studenten hier nicht inbegriffen.

Für mich ist es nicht ersichtlich, warum genau, also ich bin auch eine Studentin, warum ich hier nicht inbegriffen bin? Denn Lehrlinge und Schülerinnen und Schüler von Polizeischulen erhalten einen Lohn und daher ist es eine einzige sinnvolle Entscheidung, auch Studierende hier einzubringen. Denn auch für Studenten und Studentinnen soll das Pendeln leistbar sein.

Ungefähr 115 Euro kostet ein Monatsticket von Pinkafeld bis nach Wien für Studentinnen und Studenten und rund 14 Euro eine Einzelfahrkarte plus Vorteilskarte.

Ein kleines Rechenbeispiel: Verdient man neben seinem Studium 400 Euro geringfügig dazu, dann müssen ungefähr 30 Prozent von diesem monatlichen Verdienst dafür für das Pendeln, muss dafür für das Pendeln aufgenommen werden und das finde ich ist eine ziemlich hohe finanzielle Belastung.

Weniger Autos, mehr Öffis, mehr Lebensqualität. Leistbare und sichere Mobilität bringen auch etwas für unsere Umwelt und für das Klima. Wir wollen die Weichen stellen für einen deutlich besseren öffentlichen Verkehr im Burgenland. Umweltfreundliches Verhalten soll belohnt und für alle leistbar werden.

Wenn das Angebot passt, sind immer mehr Menschen umweltfreundlich unterwegs. Durch die Öffnung des Top Jugendtickets auch für Studentinnen und Studenten bringen die Studierenden dazu, dass öffentliche Verkehrsnetz zu benutzen.

Wir benötigen ebenso eine Unterstützung gleich wie Lehrlinge und Schülerinnen und Schüler. Dann will ich noch Eingehen auf den Abänderungsantrag von der ÖVP.

Also bezüglich Top Jugendticket verstehe ich eben nicht, wenn man gleich sagt, wenn das und das nicht funktioniert, dann machen wir es halt so. Aber ich denke mir, wir müssen darauf pochen, dass das passiert, dass das Top Jugendticket für alle Studentinnen und Studenten geöffnet wird.

Und ich bin eben eine Verfechterin, dass wir dafür kämpfen und nicht sagen, wenn es jetzt nicht klappt, dann machen wir es halt so. Also das finde ich jetzt, das ist jetzt nicht mein Zugang. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Genau, und wir sollten uns genau auf das fokussieren, was wir dort ausgearbeitet haben, eben ein Top Jugendticket auch für Studentinnen und Studenten.

Weiters noch zum Personenverkehr von der Strecke Oberwart nach Friedberg. Da muss ich sagen, dass ich da eigentlich sehr positiv dem gegenüberstehe, also ich bin auch natürlich für das.

Was ich aber bedenke, also was für mich ein bisschen bedenklich ist, es hat ja einen Grund gegeben, warum diese Strecke...

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö** *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Frau Jugendabgeordnete, bitte zum Schlusssatz kommen.

**Jugendabgeordnete Mirjam Kayser** *(fortsetzend)*: Nur kurz, - aber wir sollten vielleicht auf längerfristige Sicht schauen und eben eine Anbindung, eine bessere Anbindung, nach Wien schaffen und nicht, dass man jetzt zweimal umsteigen muss und dann zwei Stunden unterwegs ist. Okay. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö**: Herzlichen Dank. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Jugendabgeordneten Dominik Ernst das Wort.

Bitte Herr Jugendabgeordneter um Ihre Ausführungen.

**Jugendabgeordneter Dominik Ernst**: Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Präsidentin! - Entschuldigung. Geschätztes Präsidium! Liebe Jugendabgeordnete! Gemeinsam mit meinen Vorrednern habe ich vor wenigen Tagen den Hauptantrag betreffend der Mobilität im Burgenland ausgearbeitet.

Wir wollten damit ein Problem im Burgenland lösen, was seit Jahren besteht, was seit Jahren entweder ignoriert oder mit Misserfolg versucht wird, zu verbessern. Ich bin nach diesem Tag nach Hause gegangen, mit dem Gefühl, etwas Gutes in die Wege geleitet zu haben.

Doch wie es meine Aufgabe, vielmehr meine Pflicht als Landesschulsprecher im BMHS-Bereich ist, war ich in den letzten Tagen viel in Kontakt mit Betroffenen, mit Schülerinnen und Schülern, überwiegend aus dem Südburgenland.

In diesen Gesprächen sind mir zahlreiche neue Punkte, zahlreiche Verbesserungen, zahlreiche Abänderungen eingefallen. Genau deswegen habe ich mit meinen Kollegen einen Abänderungsantrag eingereicht. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Wenn Ihr Euch den Antrag genau durchlest, dann seht Ihr, dass keine prinzipiellen Veränderungen an den Hauptpunkten vorgenommen wurden. Es wurden lediglich Verbesserungen und vor allem Ergänzungen dazugeschrieben.

Wesentliche Punkte sind jedoch gleich geblieben. Zum Beispiel: Der Landtag wolle beschließen, dass das Land Burgenland mit den Gemeinden in Kontakt treten soll, um eine Kostenbeteiligung von 50 Prozent beim Semesterticket zu erreichen.

Diese Kostenbeteiligung ist nicht nur eine Verbesserung der aktuellen Lage, nein, es ist vielmehr eine Notwendigkeit, die das Land Burgenland hier setzen muss, um der Landflucht entgegenzuwirken. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Wenn ich hier in die Runde schaue dann sehe ich einige Leute, die - ich nenne es jetzt einmal Arbeitsplatz - nicht im Burgenland haben. Jetzt auch Schule oder Studienort, mit Inbegriffen. Ich verstehe das auch vollkommen, weil das Semesterticket momentan noch viel zu teuer ist. Genau deswegen braucht es hier gemeinsam mit den Gemeinden eine Kostensenkung.

In unserer Gruppe habe ich immer wieder einen sogenannten Burgenlandbus erwähnt. Er steht auch im Hauptantrag. Er wurde auch von sämtlichen Parteien, wo ich bitte daran erinnern darf, unterstützt.

Jedoch war er ein wenig zu ungenau, was ich selber als Kritik an mir setzen muss, dass ich ihn etwas zu ungenau hineingeschrieben habe. Deswegen auch hier die Ergänzung.

Wir müssen das Hauptaugenmerk auf den Verkehr zwischen den Gemeinden und den Bezirkshauptstädten stärken. Weil, wo ist der Sinn, wenn ich ein Auto brauche, um zum Bus zu gelangen?

Wie viele Leute von Euch, wenn sie erst einmal im Auto sitzen, die Heizung eingeschaltet haben, vielleicht auch die Sitzheizung, die Musik eingestellt haben, steigen ernsthaft noch in einen Bus, kurz danach, wo sie dann vielleicht neben drei Leuten sitzen müssen, wo vielleicht auch der Geruch nicht der allerbeste ist?

Ich glaube, dass es den meisten von uns, wenn wir ehrlich sind, eher lieber ist, wenn man direkt zum Zielort fährt. Genau deswegen dürfen wir uns hier nicht auf den VOR verlassen, sondern das Land Burgenland sollte eine Initiative setzen, um aktiv die Lebensqualität von Jugendlichen in schwer erreichbaren Gebieten zu verbessern. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Wie schon am Anfang meiner Rede erwähnt, habe ich überwiegend mit Südburgenländern über Mobilität geredet. Dazu haben wir auch einen weiteren Punkt in den Antrag aufgenommen, und zwar über die Wiederaufnahme des Personenverkehrs der Bahnstrecke Friedberg - Oberwart.

Diese Wiederaufnahme ist unverzichtbar, um die öffentlichen Verkehrsmittel weiter auszubauen und für ein bestmögliches Angebot für unsere Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Das Land Burgenland kann nicht ernsthaft sagen, es setze sich für den öffentlichen Verkehr ein, wenn es nicht solche Maßnahmen setzt. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Ich möchte nicht immer Eisenstadt als positives Beispiel bringen. Ich weiß, das hängt Euch mittlerweile beim Hals heraus, da Ihr ja schon oft genug von Eisenstadt als Vorreiter im Burgenland gehört habt. Doch mein Papa hat mir immer schon gesagt, orientiere dich nicht an den Schlechtesten, sondern messe dich mit den Besten. Genau deswegen möchte ich auch ein Beispiel aus Eisenstadt bringen.

Ein lokales Unternehmen, wenn einer von Euch schon um Mitternacht in das „James“ gefahren ist, hat da sicherlich dort schon mindestens einmal angerufen. Und zwar das Taxi „Hallo“. Das stellt seit Jahren kontinuierlich auf Elektroautos um. Das ist ein Vorgang, den ich sehr begrüße.

Ich glaube, dass auch hier eine Initiative des Landes Burgenland eindeutig wichtig ist. Vor allem Busunternehmen und Taxiunternehmen könnten mit Leichtigkeit, das sieht man auch in Salzburg, auf Elektromobilität oder zumindest auf Hybridmotoren umstellen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Herr Jugendabgeordneter, bitte zum Schlusssatz kommen.

**Jugendabgeordneter Dominik Ernst** *(fortsetzend)*: Wenn Ihr da seid, um Parteipolitik zu betreiben, um sich persönlich zu profilieren, und den Parteibmännern zu schmeicheln, da kann ich leider nichts daran ändern. Auch wenn es moralisch unterste Schublade ist.

Aber, ich bitte Euch, wenn Ihr ernsthaft an einer Verbesserung der Lebensqualität der Jugendlichen interessiert seid, dann stimmt Ihr für diesen Abänderungs- und auch für diesen Hauptantrag.

Denn wenn wir es gemeinsam schaffen, diese Punkte umzusetzen, dann haben wir wirklich geholfen. Genau das ist mein Ziel und genau deswegen stehe ich hier. Danke schön. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Herzlichen Dank Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Jugendabgeordneten Rene Cerwenka das Wort.

Bitte Herr Jugendabgeordneter.

**Jugendabgeordneter Rene Cerwenka:** Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Werte Zuhörer! Zu der Aussage bezüglich Parteiideologie sage ich jetzt nichts, das habe ich vorher schon gemacht. Ich komme zu einer langjährigen, ja fast schon zu einer traditionellen Forderung im Jugendlandtag. Die Ausweitung des Top-Jugendtickets auf Studenten bis zum 26. Lebensjahr.

Bereits im Jahr 2015 hieß es auf eine parlamentarische Anfrage von Seiten der SPÖ, dass eine solche Ausweitung nicht möglich ist. Begründet wurde dies durch zusätzliche Kosten in einer Höhe von 150 Millionen Euro jährlich.

Im Moment gibt es für Studierende, zum Beispiel, das Semesterticket, welches, wenn sich der Hauptwohnsitz außerhalb von Wien befindet, auf stolze 150 Euro kommt, und sich auf die Kernzone Wien beschränkt. Hier fördert das Land Burgenland bereits 50 Prozent der nachgewiesenen Kosten der Fahrkarte. Das ist zwar ein guter Ansatz, aber man könnte hier sicher noch nachbessern.

In manchen Gemeinden gibt es auch noch einen zusätzlichen Zuschuss, der sich ebenfalls auf den Hauptwohnsitz bezieht. Für die Fahrtstrecke vom Hauptwohnsitz nach Wien wird daher noch zusätzlich eine Monatskarte benötigt, die je nach Wohnsitz auf weitere 100 Euro plus/minus kommt.

Die entstehenden Kosten muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Wir sprechen hier nicht von berufstätigen Erwachsenen, sondern wir sprechen hier von Jugendlichen, von Studenten, sehr verehrte Damen und Herren!



So ist es auch kein Wunder, wenn aufgrund der Kostenersparnis Menschen ihren Hauptwohnsitz nach Wien verlegen. Man muss ehrlich sagen, das kann nicht das gewünschte Ziel sein.

Auch wenn sich seit der Forderung im Jugendlandtag 2016, da ist das auch schon gefordert worden, noch nichts getan hat, so kann trotzdem gesagt werden, wo ein Wille, da ist auch ein Weg.

Daher lassen wir nicht locker und bringen dieses Thema immer wieder zur Ansprache, bis endlich etwas passiert. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Danke Herr Jugendabgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Jugendabgeordneten Matthias Wukitsch das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Matthias Wukitsch:** Wertes Präsidium! Sehr geehrte Landesregierung! Werte Abgeordnete zum Burgenländischen Jugendlandtag! Mobilität ist vor allem für ein Pendlerland wie das Burgenland von größter Bedeutung. Deswegen ist es für mich persönlich auch besonders wichtig, dass der Mobilität hier ein eigener Antrag gewidmet wird.

Der ursprüngliche Antrag, der ausgearbeitet und bereits diskutiert wurde, enthält viele sehr gute innovative Ansätze, die im Bereich der Mobilität einiges an Erleichterung bringen können und hoffentlich auch bringen werden.

Aber, für mich als Südburgenländer fehlt im vorliegenden Antrag gänzlich ein Konzept für die nicht vorhandene Infrastruktur für den öffentlichen Verkehr im Südburgenland. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Deswegen haben wir als junge ÖVP hier einen Abänderungsantrag eingebracht. Die Unterschiede zwischen der Mobilität im Nord- und im Südburgenland könnten kaum größer sein. Deswegen wollen wir hier Erleichterungen schaffen.

Um Euch einen Einblick in das öffentliche Verkehrsnetz im Südburgenland geben zu können, will ich Euch kurz erklären, mit welchen Herausforderungen meine beiden Fraktionskollegen, die auch aus dem Landessüden stammen, und ich, zu kämpfen hatten, als wir versuchten, zur heutigen Jugendlandtagsitzung öffentlich anzureisen.

Wenn ich von meinem Heimatort Stadtschlaining öffentlich hierher ins Landhaus nach Eisenstadt anreisen will, gleicht das einer kleinen Weltreise.

Als Beispiel: Wir haben uns heute um halb Neun vor dem Landhaus getroffen. Wenn ich öffentlich zu dieser Zeit in Eisenstadt hätte sein wollen, hätte ich gestern, also am Vortag, um dreiviertel sechs am Nachmittag von zuhause weggehen müssen, mit dem Bus nach Oberwart fahren, dort am Hauptplatz die Nacht verbringen, um dann heute im der Früh um dreiviertel sechs mit dem Bus nach Eisenstadt zu fahren.

Die einzige Option, die ich mir hätte aussuchen können ist, ob ich in Oberwart am Hauptplatz die Nacht verbringen will, oder in Oberpullendorf. Von dort hätte es auch noch eine Anbindung gegeben.

Das wirklich Witzige und Absurde für mich ist jedoch die Tatsache, dass ich laut Google Maps zu Fuß schneller in Eisenstadt wäre, als mit den öffentlichen

Verkehrsmitteln. Die Gehzeit würde nur rund 15 Stunden betragen. Das als kleiner Denkanstoß. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Aber, ich habe es noch ganz gut, denn ich wohne im Umkreis von Oberwart, wo es noch halbwegs Verkehrsanbindungsmöglichkeiten gibt. Wenn jemand aus dem Bezirk Güssing oder Jennersdorf öffentlich zum Jugendlandtag anreisen will, nimmt er oder sie sich am besten einen Urlaubstag für die An- und für die Abreise in Anspruch. Es ist leider im Burgenland gar- bis überhaupt nicht möglich, in die eigene Landeshauptstadt öffentlich anzureisen.

Ein Jugendlandtag für Jugendliche ab 16 Jahren wäre für mich eigentlich im Burgenland gar nicht realisierbar, denn Jugendliche aus dem Südburgenland, die keinen Führerschein oder kein eigenes Auto zur Verfügung haben, können de facto nicht am Jugendlandtag teilnehmen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Für mich stellt das größte Problem bei der südburgenländischen Verkehrsentwicklung die fehlende Bahnverbindung dar. Eine Anbindung an Friedberg oder an Szombathely wäre mit keinem außergewöhnlichen Aufwand realisierbar und würde für die Jugendlichen, für die Pendler und für alle Südburgenländer erhebliche Erleichterungen mit sich bringen.

Das Eigenartige und für mich Unverständliche ist die Tatsache, dass im Südburgenland Schienen ja eigentlich vorhanden sind. Nur will oder kann sie anscheinend niemand benutzen.

Was ich nicht verschweigen darf, ich bin ein einziges Mal in meinem Leben im Südburgenland schon auf Schienen unterwegs gewesen, aber leider nur mit der Märchenbahn. *(Heiterkeit bei den Jugendabgeordneten)*

Selbst die fiel dem Bahnsterben im Südburgenland zum Opfer. Für alle, die die Märchenbahn nicht kannten: Das war eine Bahnstrecke von Großpetersdorf nach Rechnitz entlang derer durch verschiedene Figuren und Darstellungen Märchen nachempfunden wurden.

Für mich passt der Begriff der Märchenbahn gut zur aktuellen Situation im Südburgenland. Es scheint ein Märchen, eine Wunschvorstellung zu bleiben, im Südburgenland mit der Bahn fahren zu können.

Es scheint ein Märchen zu bleiben, eine zukunftsfähige Infrastruktur im Südburgenland zu haben und es scheint ein Märchen zu bleiben, dass das Verkehrsnetz im Südburgenland jemals so gut ausgebaut ist, wie jenes im Norden unseres Landes.

In den letzten Jahren gab es viele leere Versprechungen, vor allem in den Wahlkampfzeiten. Das beste Beispiel ist für mich der Bahnhof in Oberwart. In den letzten Jahren wurden unzählige neue Konzepte vorgestellt und sogar einen Ankauf von Seiten des Landes von Gleiskörpern. Man hatte schon fast wieder die Hoffnung, dass nun endlich etwas in Sachen Bahn im Südburgenland passieren könnte. Aber, wie wir wissen, wurden wir leider wieder einmal eines Besseren belehrt.

Seit Jahrzehnten werden unsere Bedürfnisse, unsere Bitten und unsere Interessen in Eisenstadt hinten angestellt. Man könnte schon fast das Gefühl bekommen...

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Herr Jugendabgeordneter, bitte zum Schlusssatz kommen.

**Jugendabgeordneter Matthias Wukitsch** (*fortsetzend*): ...dass das Südburgenland eine Region zweiter Klasse geworden ist. Deswegen werden wir gemeinsam für den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes im Südburgenland kämpfen. Und zwar so lange, bis endlich eine vernünftige Bahnverbindung aufgebaut wird.

Ein funktionierendes öffentliches Verkehrsnetz im Südburgenland darf und soll nicht länger nur ein Märchen bleiben. Danke schön. (*Beifall bei den Jugendabgeordneten*)

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Herzlichen Dank. Als nächster Rednerin erteile ich der Jugendabgeordneten Anna-Sophie Prünner das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

**Jugendabgeordnete Anna-Sophie Prünner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war selber in dieser Arbeitsgruppe. Schön, wenn einen danach noch weitere Punkte einfallen, wenn man zum Thema reden kommt.

Mit mir ist, zum Beispiel, nicht darüber gesprochen worden, denn ich hätte auch einen unterschreiben können, wenn Ihr mit mir geredet hättet. Aber, es ist nicht passiert. (*Jugendabgeordneter Dominik Ernst: Kannst ja noch zustimmen!*)

Jetzt zum Thema Top-Jugendticket. Viele von uns studieren in Wien oder müssen mehrmals die Woche vom Burgenland nach Wien fahren. Daher sollte es auch einen Ausbau des Top-Jugendtickets geben. Und das auch auf Studentinnen und Studenten ausweiten.

Ein Ticket vom Wohnort zum Studienort macht nicht viel Sinn, weil so müsste man ja immer, egal wenn man jetzt bei einer Übernachtungsparty ist, oder einmal bei seiner Mama oder bei seinem Papa übernachtet, muss man immer an den Wohnort wieder zurückkommen und hat dann erst das Problem, dass man nicht weiß, wie man nach Wien kommt.

Das macht nicht wirklich viel Sinn. Deswegen sind wir für die Ausweitung des Top-Jugendtickets und auch für die Anhebung auf das Alter von 26 Jahren.

So würden viele junge Menschen auch in der Freizeit die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen und auf diese zurückgreifen. Danke. (*Beifall bei den Jugendabgeordneten*)

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Herzlichen Dank Frau Jugendabgeordnete! Als nächstem Redner erteile ich Herrn Jugendabgeordneten Markus Schranz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter um ihre Ausführungen.

**Jugendabgeordneter Markus Schranz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Regierungsbank! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einleitend mochte ich gerne meinen persönlichen Bezug zur Mobilität im Südburgenland schildern. Ausgehend von meinem Heimatort, dieser liegt im Südburgenland, in der Marktgemeinde Bernstein, genau gesagt im Ortsteil Kalteneck.

Wir sind ein kleiner Häuserort mit 71 Einwohnern. Es gibt nur wenige Möglichkeiten, den Ort mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu verlassen. Eine davon ist folgende:

Der Bus der ÖBB fährt, zum Beispiel, an Werktagen von Kalteneck um 10 Uhr 35 Minuten weg und fährt ins 15 km entfernte Bad Tatzmannsdorf. Für die Heimfahrt nach Kalteneck findet sich keine Verbindung mehr.

Die Frage ist jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie komme ich beispielsweise in so einem Fall wieder nach Hause, wenn mir keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr zur Verfügung stehen?

Diese Thematik ist in vielen Orten des Südburgenlandes zu finden. Egal ob im Bezirk Oberwart, Güssing oder Jennersdorf. Somit ist man auf ein eigenes Auto im Südburgenland angewiesen, was wiederum enorme Kosten mit sich bringt.

Hinsichtlich Mobilität könnten auch Jugendliche weiters auch sein, falls sie einem Hobby nachgehen möchten, welche es nur in der Bezirkshauptstadt gibt.

Nehmen wir zum Beispiel an, der 16 jährige Felix aus der Gemeinde Deutsch Schützen möchte am liebsten in einem Nachwuchsbasketballverein in der Bezirkshauptmannschaft in Oberwart spielen. Könnten ihn seine Eltern nicht nach Oberwart fahren, könnte er seinem Wunsch nicht nachgehen, denn er könnte am Wochenende nie zum Training oder zum Match öffentlich gelangen.

Es wäre jammerschade, wenn der junge Felix auf die Gemeinschaft verzichten müsste, nur weil er keine Busverbindung hat. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Ich habe mich inzwischen auch auf der Homepage der ÖBB beziehungsweise auf Google Maps erkundigt. Leider musste ich feststellen, ich fand keine Verbindung zwischen Deutsch Schützen und Oberwart, obwohl die Entfernung nicht so groß ist.

Um die Situation der Jugendlichen im Südburgenland zu verbessern, fordern wir, die junge Volkspartei, die Gründung eines Burgenlandbusses, der alle Jugendlichen innerhalb der Bezirke sowie im Land verbindet. So können regionale Personentransportunternehmen zusätzlich wirtschaftlich unterstützt werden, um vor allem den Geschäftsbereich weiterhin zu sichern.

Vielen Dank! *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Herzlichen Dank Herr Jugendabgeordneter! Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Jugendabgeordneter Manuel Limbeck.

Bitte Herr Abgeordneter um ihre Ausführungen.

**Jugendabgeordneter Manuel Limbeck:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Herr Landtagspräsident! Werte Landtagsabgeordnete! Liebe Zuseherinnen und Zuseher und vor allem geschätzte Abgeordnete des Jugendlandtages!

Ich kann mich nur allen anschließen. Mobilität ist für uns Jugendliche ein wichtiges Thema, aber nicht nur für uns Jugendliche, sondern auch für Kinder und Erwachsene. Ein wichtiger Schritt zum Thema Mobilität wäre die Erweiterung des Top Jugendtickets für Studenten.

Es freut mich sehr, dass Kinder, Schüler und Lehrlinge am Top Jugendticket beteiligt sind, jedoch kann ich es nicht nachvollziehen, warum Studenten hier nicht eingebunden sind, da diese kein Einkommen haben, außer sie können nebenbei arbeiten.

Ich denke, es wäre ein großer Schritt, die Studenten damit finanziell zu entlasten und sie beim Top Jugendticket miteinzubinden. Desweiteren was ich noch abschließend bezüglich des Burgenlandbusses sagen möchte: Wir haben gemeinsam, von jeder Partei vertreten, diesen Burgenlandbus ausgearbeitet. Ich verstehe jetzt ehrlich gesagt diesen Abänderungsantrag nicht, denn es wurde anders ausgemacht.

Ich glaube, es ist schon einer Familie, einem Elternteil geholfen, wenn sie ihr Kind, ihrem Schüler, ihrem Lehrling, zum Beispiel, nach Neusiedl am See, in die Bezirkshauptstadt bringen und von dort auch ein Bus weiter in den Süden geht.

Aus eigener Erfahrung kann ich nur sagen, dass das auch in meiner Familie so gewesen ist. Ich glaube, da ist es unnötig, in Gemeinden stehen zu bleiben. Es würde auch reichen, wenn ein Bus am Abend und in der Früh vom südlichen ins nördliche und vom nördlichen ins südliche Burgenland fährt.

Abschließend möchte ich noch an den Landtag appellieren, das Top Jugendticket für Studierende mitaufzunehmen und diesen Land Burgenland Bus zu überdenken. Dankeschön! *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Herzlichen Dank! Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Jugendabgeordneter Jakob Rennhofer.

Bitte Herr Jugendabgeordneter um ihre Stellungnahme.

**Jugendabgeordneter Jakob Rennhofer:** Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ganz kurz weg gehen vom Thema Top Jugendticket, um auf einen weiteren sehr wichtigen Punkt im Antrag hinzuweisen und zwar auf den Punkt, dass das Land Burgenland eine landesweite Transparenzdatenbank schafft, damit sämtliche Kosten der Fahrschulunternehmen offengelegt werden.

Ich bin gerade persönlich dabei, wenn auch vergleichsweise etwas verspätet, den Führerschein zu machen und habe daher vor kurzem die Entscheidung treffen müssen, wann ich beziehungsweise bei welcher Fahrschule ich den Führerschein auch mache. So geht es nicht nur mir, sondern vielen Jugendlichen. Diese Entscheidung hängt natürlich von mehreren Kriterien ab.

Ein sehr wichtiges Kriterium dabei sind die Kosten. Wie wir wissen, ist der Führerschein für viele Jugendliche auch eine finanzielle Herausforderung. Wir wissen auch, dass die Preise zwischen den Fahrschulen stark variieren.

Für viele Jugendliche ist es eine Qual, nicht zu wissen, was sie genau zahlen müssen und was sie für das Gezahlte auch an Leistung zurückbekommen.

Ich wollte nur darauf hinweisen, dass dieser Punkt wahnsinnig wichtig ist, weil es mir und vielen anderen Jugendlichen im Burgenland dabei helfen würde, eine richtige und wichtige Entscheidung zu treffen.

Eine Transparenzdatenbank könnte den Preisunterschieden Einhalt bieten und einen preislichen Konkurrenzkampf der Fahrschulen eindämmen. Danke! *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Herzlichen Dank! Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Jugendabgeordneter Kevin Sifkovits.

Bitte Herr Abgeordneter um ihre Ausführungen.

**Jugendabgeordneter Kevin Sifkovits:** Danke Frau Präsidentin! Es ist immer wieder schön zuzuhören, wenn über das Südburgenland gesprochen wird, weil ich selber von dort komme. Ich finde das, was zur Bankstrecke Oberwart-Friedberg gesagt wurde, höchst interessant.

Wir sind alles interessierte politische Menschen hier und wenn man vielleicht vorige Woche auch beim Landtag ein bisschen zugehört hätte, hätte man vielleicht auch gehört, der Herr Landeshauptmann hat es erwähnt, dass auf der Bahnstrecke Oberwart-Friedberg vor jetzt schon mehr als zehn Jahren, als sie geschlossen wurde, zum Schluss im Schnitt dann 30 Personen gefahren sind.

Es hat auch Züge gegeben, wo der Lockführer und der Schaffner die einzigen Fahrgäste in diesem Zug waren. Um das Ganze vielleicht noch in Zahlen ein bisschen zu verdeutlichen. Man könnte jedem burgenländischen Pendler, der auf dieser Bahnstrecke gefahren ist, mit diesen Förderungen, die das Land dort in diese Strecke hineingesteckt hat, einen VW Golf kaufen.

Von dem her hat man gesagt, man macht das anders, weil man nicht nur 30 Leuten einen VW Golf kaufen möchte, sondern weil man grundsätzlich das Südburgenland besser an die Bundeshauptstadt anbinden möchte und hat die Linie G1 unterstützt.

Die Linie G1, die sensationell erfolgreich ist, die sensationell viele Fahrgäste transportiert (*Jugendabgeordneter Matthias Wukitsch: Sensationell teuer ist!*) und in einer sensationellen Zeit vom Südburgenland nach Wien fährt.

Diese Förderungen, die man in die Bahn hineinstecken hätte müssen, wären de facto teurer und das Land Burgenland hat damit den Förderungen, die die Verkehrsbetriebe dementsprechend auch bekommen, die Garantie abgesetzt, das diese Fahrkarten dann auch dementsprechend leistbar sind. Da kommen wir jetzt wieder zum Top Jugendticket.

Man kann nämlich, und das ist die Tatsache vom Südburgenland, um jetzt mittlerweile 70 Euro mit dem Top Jugendticket ein ganzes Jahr lang nach Wien fahren. Hin und her, so oft wie man will. (*Jugendabgeordneter Dominik Ernst: Nicht Studenten!*) Nicht Studenten, das hat unser Antrag ja auch mehr oder weniger im Sinn für alle unter 26.

Das man sich da überhaupt keine Gedanken mehr machen muss ist der jetzt Student, ist der Lehrling, ist der Schüler sondern, er ist einfach unter 26 und kann mit diesem Bus nach Wien fahren. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, müsste endlich Realität werden. (*Beifall bei den Jugendabgeordneten*)

Ganz interessant finde ich auch, dass, wie gesagt, sehr viel über das Südburgenland gesprochen wird. Ich bin sehr stolz auf meine Fraktion, dass wir es zusammengebracht haben, dass wir aus jedem burgenländischen Bezirk Abgeordnete hier im Hohen Haus beim Jugendlandtag sitzen haben.

Ich glaube, dass sich da andere Fraktionen dementsprechend anschließen könnten und bei der Entsendung, wenn man schon über das Südburgenland spricht, auch die Bezirke Jennersdorf und Güssing miteinbindet, wenn es um das Verkehrskonzept für das Südburgenland geht.

Ich habe Euren Ausführungen wirklich sehr aufmerksam zugehört. Ich finde, dass ich das auch verstehe, dass man auch in kleinen Gemeinden einen öffentlichen Verkehr installieren muss.

Dazu gibt es im Südburgenland in kleinen Gemeinden nämlich, in Kleinmürbisch, in Großmürbisch, in Neustift, in Inzenhof den sogenannten Dorfbus, der von den Gemeinden und dem Land finanziert wird. Der funktioniert mehr oder weniger wie ein Ruftaxi und bringt Personen aller Altersklassen zu den dementsprechenden Destinationen.

Ein Projekt, das mittlerweile über Jahre läuft und sehr erfolgreich ist. Wenn wir schon beim Verkehr sind, dann muss man sich auch das Südburgenland anschauen. Das ist da so geschwächt und muss da einiges nachholen.

Wer vielleicht, und da ist es eben ratsam, wenn man Abgeordnete aus den Bezirken Güssing und Jennersdorf hat, durch diese Bezirke fährt, merkt hautnah die Bauarbeiten zur S7 der Fürstenfelder Schnellstraße, die jetzt endlich umgesetzt wird.

Da erwartet sich das Land Burgenland und besonders die Bezirke Güssing und Jennersdorf ein riesiges wirtschaftliches Wachstum. Auf das freuen wir uns natürlich alle besonders und da würde es euch anderen Fraktionen gut stehen, wenn sie sich dabei mit uns mitfreuen würden.

In diesem Sinne bitte ich den ursprünglichen Antrag anzunehmen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Herzlichen Dank Herr Jugendabgeordneter! Zu Wort gemeldet hat sich Frau Jugendabgeordnete Jacqueline Berghöfer.

Bitte Frau Abgeordnete um ihre Ausführungen.

**Jugendabgeordnete Jacqueline Berghöfer:** Danke Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Frau Landesrätin und Herr Landesrat! Es ist für mich ebenfalls sehr wichtig, dass wir Jugendlichen, wie jetzt schon lange diskutiert, hinsichtlich der Mobilität mehr unterstützt werden.

Nicht jeder Schüler hat in unserem Alter schon einen Führerschein. Ich selber bin auch gerade erst dabei, zu beginnen, geschweige denn ein Auto zu haben. Andere wiederum können sich diesen Luxus in einem so jungen Alter erst gar nicht leisten. Genau deswegen sind die öffentlichen Verkehrsmittel für uns so wichtig.

Dies wird zurzeit mit einem Top Jugendticket verwirklicht. Aber, trotzdem, wie schon erwähnt, sind nicht alle Personengruppen aus dem Burgenland mitinbegriffen. Zurzeit ist es bloß Schülerinnen und Schülern, Lehrlingen sowie Teilnehmern und Teilnehmerinnen des freiwilligen Sozialjahres und Polizeischülerinnen und -schülern erlaubt, dieses Ticket zu erwerben.

Warum sollen, wie schon erwähnt, Studentinnen und Studenten von diesem Ticket ausgeschlossen werden, wo sie doch oft diejenigen sind, die den weitesten Weg zurücklegen müssen, wie, zum Beispiel, nach Wien, nach Wiener Neustadt oder nach Graz.

Nebenbei verdienen diese oft kein Geld, außer sie haben vielleicht einen Nebenjob nach der Unterrichtszeit. Meiner Meinung nach sollte eben auch dieses Top Jugendticket so unterstützt werden und wir sollten unsere Studentinnen und Studenten wertschätzen, indem wir ihnen dies auch zeigen.

Ein möglicher Schritt wäre somit die Ausweitung und der Ausbau des Top Jugendtickets, denn dort fängt die Ungleichberechtigung schon an. Aber, um nochmal auf den Punkt zurückzukommen bezüglich der Gemeindeförderung bei einer Förderung der Studenten beim Wiener Linien Ticket:

Ein Entgegenkommen des Landes ist eben derzeit beim Wiener Linien Ticket. Das Land übernimmt zwar 50 Prozent von den Kosten, aber trotz all dem müssen sie für ein Semester 75 Euro bezahlen.

Im Vergleich dazu müssen die vorhin schon genannten Personengruppen plus 70 Euro für ein ganzes Jahr zahlen. In diesem Jahr sind dann unbegrenzte Fahrten im ganzen Burgenland, Niederösterreich und Wien mit inbegriffen, selbst an Feiertagen und in den Ferien.

Die Studenten und Studentinnen kommen auf mehr als das Doppelte, nämlich 150 Euro für ein Jahr, um sich bloß in Wien frei bewegen zu können.

Als Alternative könnte das Land mit den Gemeinden eben in Kontakt treten, um die Studenten und Studentinnen bis zu einer Erweiterung des Top Jugendtickets zu unterstützen, dass die restlichen 50 Prozent des Tickets übernommen werden von den Gemeinden.

In einigen Gemeinden, wie auch in meiner Heimatgemeinde Neutal, ist dies schon der Fall. Und ich muss sagen, ich kenne Personen, die das in Anspruch nehmen und das sehr wertschätzen.

Aber leider wird diese Unterstützung seitens der Gemeinden oft einfach noch nicht umgesetzt oder bloß teilweise. Deshalb sollte man mit diesen Gemeinden, welche diese Unterstützung noch nicht anbieten, in Kontakt treten und sie dazu auffordern, diese einzuführen oder auszubauen.

Denn immerhin ist es zum Vorteil der eigenen Studenten und Studentinnen in der eigenen Gemeinde. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Danke Frau Jugendabgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Jugendabgeordneter Stefan Rath.

Bitte Herr Jugendabgeordneter um Ihren Redebeitrag.

**Jugendabgeordneter Stefan Rath:** Vielen Dank, Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Südburgenländer und ich bin stolz darauf. Wir haben eine wunderschöne Landschaft, wir haben den besten Wein. Und wir haben eine starke Gemeinschaft im Südburgenland und, was noch dazu kommt, wir werden benachteiligt.

Schön langsam gewöhnt man sich ja an diese Benachteiligung. Man fängt an, damit zu leben und das Beste daraus zu machen. Die politischen Verhältnisse sind nun einmal so.

Wir holen zwar das Beste aus unserer Situation heraus, dies bedeutet aber nicht, dass wir nicht weiter kämpfen für die Gleichberechtigung und das Ende der Ankündigungspolitik auf dem Rücken der Südburgenländer.

Ein wichtiger Faktor, und den haben wir schon öfters gehört, ist der Mikroverkehr. Wir haben, und ich finde es eine Schande, im Burgenland nicht die Möglichkeit, aus dem Süden durchgehend bis nach Eisenstadt, in unsere Landeshauptstadt, zu fahren. Das sehen wir am Beispiel Jennersdorf.

Wir müssen mindestens einmal umsteigen, um hierher zu gelangen. Wenn, dann kann man frühestens um 9.10 Uhr hier sein, was bedeutet, wenn man zum Beispiel die Fachhochschule Burgenland besucht, es ist nicht möglich zu Hause zu wohnen.



Nein, wir rühmen uns damit, dass wir keine Studiengebühren auf der Fachhochschule Burgenland haben, aber zwingen unsere Studierenden aus dem Südburgenland dazu, hier für Schlafmöglichkeiten zu bezahlen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Wie Mikroverkehr funktioniert zeigt uns das Vorarlberg, weil wir es schon einmal als Beispiel und Vorbild heute hatten. Im Bezirk Feldkirch gibt es insgesamt 43 Buslinien die zwischen den Ortschaften hin und her fahren. Sie befördern Kinder zu ihren Schulen, Kranke zu Arztterminen oder zu Untersuchungen ins Spital, oder Jugendliche am Abend in die Discos.

Zu Stoßzeiten muss man dort vielleicht eine Viertelstunde warten, aber maximal eine Stunde. Viele teure Taxikosten können dadurch eingespart werden. Die Finanzierung teilt sich hier das Land Vorarlberg, die Gemeinden und der Bund.

Mit Hilfe des bereits vielfach angesprochenen Burgenlandbusses, den wir auch sehr stark unterstützen, wird auch der Studienstandort Eisenstadt gestärkt und dass die Burgenländerinnen und Burgenländer von ihrem Heimatort nach Eisenstadt kommen, zu Hause wohnen können, wo sie sich am wohlsten fühlen.

Ja, ein anderes wichtiges Thema, was auch schon besprochen wurde, ist das Thema Zugstrecke zwischen Oberwart und Friedberg. Hier gab es unzählige Versprechungen, meistens genau vor Wahlen. Wie zum Beispiel 2017, als prunkvoll in einem Wagon der Kaufvertrag unterschrieben wurde, der letzte Woche wieder abgeblasen wurde.

Es ist schon verwunderlich, dass das immer genau vor den Wahlen kommt, wie 2015 vor Landtagswahlen. Ich bin gespannt, was nächstes Jahr bei den Europawahlen oder 2020 bei den Landtagswahlen für Versprechungen auf uns zukommen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Von den Bahnstrecken hängen Existenzen ab und Arbeitsplätze, das ist eine Tatsache. Weiters wird auch viel für die Umwelt und Nachhaltigkeit nachgefragt. Hier würde eine Möglichkeit bestehen, die Verladung vom LKW auf die Schiene zu bringen, wie dies bereits schon bei der viel diskutierten Holzverladung in Oberwart passiert.

Hoch und heilig wurde uns Oberwartern versprochen, bis spätestens Ende Oktober verschwindet die Holzverladung aus dem Stadtkern Oberwart. Was ist passiert? Na ja, schauen wir einmal, da brauchen wir mal eine Begutachtung, dann ein Vergabeverfahren. Ich wette 2020 ist es dann soweit.

Dabei hätte es schon eine super Lösung gegeben. Der Landeshauptmann hat ja erst im Sommer angekündigt die Bahnstrecke bis nach Großpetersdorf kaufen zu wollen. Unterwegs bot sich der Holzlieferant Fischer an, die Holzverladung zu übernehmen. Die Unternehmerinnen und Unternehmer entlang der Strecke haben sich bereits gefreut, vom LKW auf die Schiene umsteigen zu können.

Auf die Versprechung hin, den Holzverkehr zu verladen, hat Oberwart auch die Bahnhofstraße um viel Geld saniert. Tja, die LKW bretteln trotzdem noch drüber.ch freue mich, wenn wir sie wieder sanieren dürfen.

Ich weiß schon, dass der Bürgermeister von Oberwart nicht die richtige Farbe hat und auch noch Ihnen gegenüber im Landtag sitzt, aber denken Sie bitte hier an die Bürgerinnen und Bürger, an die Oberwarter und die Menschen in der Umgebung und nicht an Parteibücher. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Weil auch oft die Ankündigung kam, wir haben diesen Antrag so stark verändert, wir haben nur hinzugefügt. Und einer dieser Punkte...

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Herr Abgeordneter, bitte zum Schlusssatz kommen.

**Jugendabgeordneter Stefan Rath** (*fortsetzend*): Ja, und einer dieser Punkte ist eben die Gleichberechtigung zwischen Nord- und Südburgenland.

Ich könnte jetzt noch länger ausführen, weil wir auch die G1 Linie angeführt haben, die seit 2011 der Einstellung des Zuges um 33 Prozent teurer ist, obwohl wir super hinein subventionieren, die Spiritpreise aber im gleichen Zeitraum gesunken sind.

Ich habe nur noch einen letzten Appell: Und zwar, ich bleibe Südburgenländer und werde es auch immer bleiben. Und eines verspreche Ihnen, wir lassen uns nicht auf der Nase herum tanzen und wir werden uns so lange aufbäumen, bis es keinen Südburgenlandmanager mehr braucht, oder gesonderte Konzepte für das Südburgenland, sondern Gleichberechtigung besteht.

Gleichberechtigung die auch Sie von Ihren lieben Freunden aus der SJ immer fordern. Deshalb unterscheiden wir nicht mehr zwischen Nord- und Südburgenland, und trennen nicht mehr das - und enden nicht die Forderungen am Siegraber Sattel. Danke. (*Beifall bei den Jugendabgeordneten*)

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Danke Herr Jugendabgeordneter. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Jugendabgeordnete Mirjam Kayer.

Bitte Frau Jugendabgeordnete um Ihre Ausführungen.

**Jugendabgeordnete Mirjam Kayer:** Danke. Ich wollte nur kurz auf die Bahnstrecke eingehen.

Und zwar, mir erzählen immer Leute aus Pinkafeld, sie können sich noch erinnern, wie es eine Direktverbindung von Pinkafeld nach Wien gegeben hat. Also das ist jetzt auch schon zirka 40 Jahre her. Aber ich denke mir, wie ist es zu dem Rückbau gekommen?

Also ich würde mich sehr freuen, wenn ich mit dem Zug nach Wien fahren könnte, also, ohne dass ich jetzt zweimal umsteige. Wenn wir die Verbindung hätten, ohne dass ich nach Friedberg fahren muss, mit dem Auto, dass ich einmal in den Zug einsteigen kann. Weil mir ist der Zug viel, viel angenehmer, wie jetzt der Bus, der immer vollgesteckt ist und der eigentlich gar nicht so bequem ist. (*Beifall bei den Jugendabgeordneten*)

Ich finde eben, ich finde, es wäre ein Anfang, wenn man wieder den Zugpersonenverkehr öffnet von Oberwart nach Friedberg, jedoch sollte das nur eine mittelfristige Lösung sein.

Wir sollten daran dann arbeiten, dass wir dem Monopolunternehmen Dr. Richard etwas entgegenstellen können, damit eben auch die Tickets nicht so teuer sind. Weil so ist da eben Konkurrenz da.

Und wenn Leute auch auf den Zug umsteigen, dann ist der Dr. Richard gezwungen, dass er eben niedrigere Preise macht. Dann kann er nicht mehr 20 Euro für eine Einzelfahrt verlangen, genau. Danke. (*Beifall bei den Jugendabgeordneten*)

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Danke. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann.

Bitte, sehr geschätzter Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ):** Herzlichen Dank. Liebe Jungabgeordnete! Frau Präsidentin! Vielleicht nur einige Zahlen:

Erstens einmal, nehme ich einige Dinge natürlich gerne mit und werde da auch darauf eingehen, weil der öffentliche Verkehr im Burgenland nicht durch das Land Burgenland gemacht wird, sondern der öffentliche Verkehr im Burgenland wird vom Verkehrsverbund Ost-Region gemacht.

Das ist eine Gesellschaft, wo Wien, Niederösterreich und das Burgenland mit dabei sind und wo der Bund über den Familienlastenausgleichsfonds wesentliche Millionenbeträge zur Verfügung stellt, darauf werde ich später eingehen.

Bevor ich aber zu diesen Punkten komme einige Musterbeispiele aus dem Südburgenland, die es woanders nirgends gibt, nämlich auch im öffentlichen Verkehr.

Es hat der Landesrat Petschnig gesagt, die wirtschaftliche Entwicklung, ob das Stegersbach ist, ob das die Industrieachse von Pinkafeld bis Großpetersdorf ist, das gibt es nirgends ein zweites Mal, oder die größte Tourismusgemeinde des Burgenlandes mit Bad Tatzmannsdorf.

Also man soll als Burgenländer schon stolz sein, darauf, wie sich das alles entwickelt hat, wie die Leute fleißig arbeiten, wie die Unternehmerinnen und Unternehmer gut investieren und welchen Fortschritt es gegeben hat.

Zu dem öffentlichen Verkehr: Das Land Burgenland stellt 21 Millionen Euro hauptsächlich im Zuge des VOR für den öffentlichen Verkehr zur Verfügung. Das waren im Jahr 2000, als ich Landeshauptmann geworden bin, fünf Millionen, wir haben das mehr als vervierfacht auf 21 Millionen Euro.

Und eines der ganz großen Beispiele, das ist österreichweit, und da müssen wir schon auch froh darüber sein, ist der G1 Bus. Der G1 Bus ist eine Einrichtung, die es kein zweites Mal in Österreich nicht gibt.

Und wo es eine Steigerung der Fahrgäste gibt, von 47 Prozent innerhalb von 2004, als damit begonnen wurde bis zum Jahr 2017. (*Jugendabgeordneter Stefan Rath: Weil es keine Alternative gibt.*) Plus 47 Prozent, und ich glaube, dass diese Zahlen beweisen, dass es eine gute Einrichtung ist, die man natürlich auch wieder evaluieren wird, auch öffentlich ausschreiben wird.

Wir sind dabei den öffentlichen Verkehr für das Mittelburgenland und für das Südburgenland vorbereiten, für Ausschreibungen. Nämlich auch mit Unterstützung des Verkehrsverbundes Ost-Region. Um zu schauen, wohin sich die Preise entwickeln.

Und wir wollen natürlich nicht mehr zahlen, als notwendig ist, sondern das zahlen, was angebracht ist. Und das ist eine Erfolgsgeschichte, wo wir von 315.000 Fahrgästen, wie aktuell im Jahr 2017 bei 463.000 Fahrgästen sind.

Also, das ist die Graphik die stark ansteigend ist. Es fahren 1.300 Menschen jeden Tag mit dem G1 Bus vom Südburgenland nach Wien. Und ich glaube, das ist eine gute Investition, weil das Land Burgenland zirka 2,5 Millionen Euro im Jahr zu

diesen G1 Bus dazu bezahlt. Sonst hätte der nicht die Qualität, sonst hätte er nicht die Liegesitze, die Internetanschlüsse und so weiter, plus 47 Prozent.

Ein weiterer ganz wichtiger Bereich, wir haben es heute schon gesagt, der Bezirk Jennersdorf, der südlichste Bezirk, hat die beste wirtschaftliche Entwicklung nämlich quasi - auf dem Weg zur Vollbeschäftigung, 4,5 Prozent Arbeitslosigkeit, das gibt es nirgends.

Das ist richtig, unter vier Prozent sagen wir schon, wir gehen Richtung Vollbeschäftigung. Das ist eine tolle Leistung.

Und dann gibt es wieder ein Mustermodell, wo sich alle Gemeinden zusammengeschlossen haben, und einen öffentlichen Verkehr organisiert haben, der alle Gemeinden verbindet. Und wo jetzt der Bezirk sagt, es wird so gut von den Menschen angenommen, jede einzelne Gemeinde, dass man wahrscheinlich ausweiten wird auch Richtung Güssing und auch Richtung Steiermark, weil wir dort hin orientiert sind.

Und ich glaube, das sind die Wege, der Mikroverkehr, der dort im Bezirk stattfindet, das wird betrieben über den Verein Lichtregion Jennersdorf. Jede Gemeinde ist Mitglied. Jede Gemeinde zahlt dort ein.

Es gibt einen Finanzierungsschlüssel und das Land Burgenland unterstützt dieses wichtige Pilotprojekt mit 50.000 Euro. Und das wird so angenommen.

Wo eben auch eine Ausweitung in entsprechender Form nicht nur angedacht ist, sondern schon sich in der Planungsphase sich befindet. Und das sind im öffentlichen Verkehr zwei ganz wichtige Projekte, nämlich der G1 Bus, österreichweit an der Spitze.

Da brauchen wir gar keinen Vergleich scheuen, da vergleichen wir uns mit allen. Und natürlich auch dieser Mikroverkehr, wo alle Gemeinden aus dem Bezirk Jennersdorf diesen Verkehr organisieren. Das Land Burgenland unterstützt das mit 50.000 Euro und ich glaube, es ist wichtig und notwendig.

Ich habe schon gesagt, wir wollen nicht mehr zahlen. Wir sind dabei, die öffentlichen Verkehre in Mittelburgenland und Südburgenland auch auszuschreiben. Mit Unterstützung des Verkehrsverbund Ost-Region, wo Profis mit dabei sind, um auch hier Fahrgastanalysen zu machen, wie viele Personen fahren auf welchen Strecken?

Denn es ist ja ganz wichtig, dass nicht Geisterzüge unterwegs sind, wie das vielleicht in der Vergangenheit der Fall war. Sondern, dass dort Busse und Züge fahren, wo die Menschen das auch brauchen.

Und wo bedarfsorientiert der öffentliche Verkehr mit Steuergeldern, das ist ja nicht mein Geld, sondern das ist Steuergeld von allen die in Österreich Steuern zahlen, effizient auch geführt wird, wo es angenommen wird, sowie das der G1 Bus ist, wie das bei den Mikroverkehr ist. Dort machen wir das natürlich auch.

Und was ganz, ganz wichtig ist, nicht nur beim G1 Bus steigen die Fahrgastzahlen, sondern die Fahrgastzahlen sind auch im Bereich der Bahn deutlich angestiegen. Also wir haben Zuwachsraten von 20 bis 30 Prozent...

**Präsidentin Ilse Benkö:** Redezeit, Herr Landeshauptmann, bitte.

**Landeshauptmann Hans Nießl** *(fortsetzend)*: ...bei unseren Eisenbahnverbindungen. Wir sind dort bei manchen Strecken, haben wir den höchsten Modal Split.

Modal Split heißt, die Anzahl der Pendlerinnen und Pendler, die den öffentlichen Verkehr in Anspruch nehmen. Das stimmt schon, das ist bei der Bahn, oder wir haben beim G1 Bus auch gute Zuwachsraten und auch zum Top Jugendticket.

Wir haben das, und ich habe das auch schon weitergetragen, wir werden es auch weitertragen. Die Forderung ist berechtigt, dass auch Studentinnen und Studenten bis 26 Jahre das machen. Da geht es auch um den Familienlastenausgleichsfonds, der von diesen, angesprochen wurde es, zika 150 Millionen Euro an Zusatzkosten, einen Großteil über den Familienlastenausgleichsfonds, also über den Bund, zu finanzieren ist.

Wir als Land sind bereit unseren Beitrag zu leisten, aber die große Summe kommt von dort. Das ist auch so geregelt, wie der Anteil des Bundes, der Länder, Wien, Niederösterreich und Burgenland ist.

Wir können nicht das gleiche zahlen wie Niederösterreich, die achtmal so viele Einwohner haben und achtmal so viele Ticket haben. Also insofern ist das alles geregelt, aber ein Großteil ist von Seiten des Bundes. Ich werde das weiter auch artikulieren, weil ich die Forderung auch für berechtigt halte.

Auch im Sinne des Klimaschutzes brauchen wir einen leistungsfähigen öffentlichen Verkehr, das ist der Bus und das ist natürlich auch die Schiene. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö**: Herzlichen Dank, Herr Landeshauptmann. Wortmeldung liegt keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den vorliegenden Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Jugendabgeordneten, die dem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Das ist die Minderheit. *(Jugendabgeordneter Dominik Ernst: Unterschreiben würdest aber zustimmen nicht, gell?)*

Der Abänderungsantrag ist somit abgelehnt.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Jugendabgeordneten, die dem ursprünglichen Antrag, sowie im Vorbereitungsseminar erarbeitet, auf Fassung eines Beschlusses betreffend Mobilität zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Beschluss betreffend Mobilität wird somit einstimmig angenommen und als Teil eines Gesamtberichtes dem Landtag zugeleitet.

**4. Punkt: Antrag der Jugendabgeordneten Fabio Halb, Maximilian Sipötz, Hannah-Lea Kiss, Alexander Joham, Tatjana Schraml, Anna Krems, Maximilian Hrabec, Florian Spalek auf Fassung eines Beschlusses betreffend Weiterentwicklung der Bildungslandschaft im Burgenland (J7)**

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö**: Wir kommen zum 4. Punkt der Tagesordnung, dem Antrag der Jugendabgeordneten Fabio Halb, Maximilian Sipötz, Hannah-Lea Kiss, Alexander Joham, Tatjana Schraml, Anna Krems, Maximilian Hrabec, Florian

Spalek auf Fassung eines Beschlusses betreffend Weiterentwicklung der Bildungslandschaft im Burgenland (J7).

Ich möchte darauf hinweisen, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein gültig eingebrachter Abänderungsantrag vorliegt, der in die Verhandlungen miteinbezogen wird. Der Abänderungsantrag wurde, wie im Seminar vereinbart, fristgerecht an alle Jugendabgeordneten versendet.

Berichtersteller zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Jungabgeordneter Maximilian Sipötz.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter um seinen Bericht.

**Jugendabgeordneter Maximilian Sipötz:** Ja danke, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Bildung ist der Grundbaustein für den Erfolg und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Deshalb ist es vor allem in jenen Bereich wichtig, den hohen Standard beizubehalten und diesen weiter zu fördern. Die Maßnahmen, die gegenwertig gesetzt werden sind zukunftsweisend und essentiell für die nächsten Generationen. Um im Burgenland auch weiterhin auf Erfolgskurs zu bleiben, sind die nachstehenden Forderungen wesentlich.

Aus diesem Grund fordern wir:

- Politische Bildung als eigenständiges Unterrichtsfach schon ab der fünften Schulstufe; im Zuge dessen soll auch die Mediensensibilisierung im Unterricht verankert sein.
- Aufgrund der schnell voran schreitenden Digitalisierung ist es wichtig, den Umgang mit Notebooks und Tablets schon früh zu erlernen. Zudem werden Grundkenntnisse im Bereich „Coding“ immer öfter von Dienstgebern gefordert. Deshalb fordern wir die Forcierung der Tablet-Klassen und ein Wahlfach „Grundkenntnisse des Programmierens“ schon in der Unterstufe und auch in der PTS.
- Weiters fordern wir den Ausbau des Bildungsangebotes an der FH Burgenland durch die Etablierung der stark nachgefragten Studienrichtungen insbesondere im Bereich des Gesundheitswesens (Logopädie, Ergotherapie, et cetera). Zudem fordern wir das Angebot eines Masters in den beliebten Studiengang „Soziale Arbeit“. Alle Studienrichtungen sollen weiterhin studiengebührenfrei zugänglich sein.
- Weiters fordern wir einen Zuschuss zu Pflichtschulbüchern, die aus den Bundesmitteln nicht gedeckt werden.
- Weiters ein flächendeckendes Angebot an Erste-Hilfe-Kursen an allen burgenländischen Schulen in vergünstigter Form.
- Weiters ein Angebot an Führerscheintheoriekursen in der Sekundarstufe 2 (inklusive Berufsschulen) und eine Freistellung für Lehrlinge für Prüfungszwecke.

Danke.

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Herzlichen Dank, Herr Berichterstatter. Als Erste zu Wort gemeldet ist Frau Jugendabgeordnete Hannah-Lea Kiss.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Ausführungen.

**Jugendabgeordnete Hannah-Lea Kiss:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich wohne in Draßburg im Bezirk Mattersburg und vor zwei Jahren habe ich mich dazu entschieden, auch hier im Burgenland, also im Nordburgenland um genauer zu sein, zu studieren.

So, jetzt bin ich natürlich eigentlich jeden Tag auf mein Auto angewiesen, darauf möchte ich jetzt gar nicht näher eingehen, das passt doch eher in den Antrag, den wir gerade hatten, also Mobilität. Was aber sehr wohl wesentlich ist, auch in diesem Antrag, ist die Tatsache, dass ich natürlich auf meinen Führerschein angewiesen bin.

Für mich, und auch für viele andere Burgenländerinnen und Burgenländer zählt nämlich der Führerschein auf jeden Fall zur Allgemeinbildung. Und wenn ich mich heute so zurückerinnere, so fällt mir auf, dass das Ablegen vom Führerschein während meiner Schulzeit, denn das habe ich gemacht, und machen auch viele andere so, alles andere als einfach war.

Dabei war besonders der theoretische Teil enorm zeitintensiv. Da ist es sicherlich nicht nur mir so gegangen. Und aus diesem Grund bin ich der Ansicht, dass der theoretische Teil des Führerscheins auf jeden Fall in die Schule verlegt gehört.

Dieser Schritt bringt nämlich einen Haufen Vorteile mit sich. So etwa kann der Führerschein, wenn er in die Schule verlegt wird, zu einem ermäßigten Preis angeboten werden.

Außerdem kann er auch direkt in der Schule angeboten werden und auch an den jeweiligen Stundenplan angepasst sein. Manche Schulen nehmen dabei schon eine Vorreiterrolle ein.

Das funktioniert sehr gut und sie haben das eingeführt, was für Schülerinnen und Schüler eine erhebliche Entlastung darstellt. Sowohl aus zeitlicher Sichtweise aber auch aus finanzieller Sicht. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Wie ich bereits erwähnt habe, studiere ich auch im Burgenland. Und leider muss man an dieser Stelle betonen, dass das studieren auch heute noch eine erhebliche finanzielle Belastung für sehr viele Familien darstellt. An fast allen österreichischen Fachhochschulen ist es nämlich gang und gäbe, Studiengebühren von den Studierenden zu verlangen.

Mit Stolz kann man an dieser Stelle auch behaupten, dass das Burgenland hier als Vorzeigebundesland agiert und an den Fachhochschulen keine Gebühren von den Studierenden verlangt.

Ihr wisst sicher, dass auf FHs es so ist, dass man einen fixen Stundenplan hat und aus diesem Grund ist es wahnsinnig schwierig, nebenbei Nebenjobs zu haben oder irgendwo gering angestellt zu sein. Aus diesem Grund bin ich der festen Überzeugung, dass Bildung für jeden und jede von uns uneingeschränkt und auch für alle von uns zugänglich sein soll.

Man darf nicht abhängig vom Geldbeutel der Eltern sein und man darf nicht auf das Einkommen der Eltern angewiesen sein, wenn man studieren möchte. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Es ist für uns Jugendliche wichtig und auch mir persönlich ein sehr großes Anliegen, dass das Burgenland auch in Zukunft ein studiengebührenfreies Bundesland bleibt und den Hochschulzugang für uns alle gewährleisten kann. Danke schön. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Herzlichen Dank Frau Jugendabgeordnete. Als nächster Rednerin erteile ich Frau Jugendabgeordneter Tatjana Schraml das Wort.

Ich bitte um Ihre Ausführungen.

**Jugendabgeordnete Tatjana Schraml:** Vielen Dank, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Gute Bildung ist das Fundament einer erfolgreichen Zukunft und jeder Erfolgsweg ist mit Herausforderungen verbunden. Doch worin besteht gute Bildung eigentlich? Seitens JVP und auch den Kollegen der SJ ist Bildung mit der fortschreitenden Digitalisierung verknüpft.

Gefordert werden Laptop und Tablet-Klassen und zudem noch ein Wahlfach, um das Programmieren bereits im frühen Alter zu erlernen.

Die Tatsache, dass solche Laptop-Klassen schulautonom erfolgen müssen, und zusätzlich anfallende Kosten für Smartboards, et cetera teilweise das Budget an den Schulen überschreiten, wurde nicht berücksichtigt.

Abgesehen davon stellt sich mir die Frage, was sich die Kollegen der JVP durch die Verbreitung solcher Tablet-Klassen erhoffen? Was ist denn das richtige Alter, um damit zu beginnen?

Wenn Sie Ihr Kind vor dem Fernseher oder den PC setzen, da können Sie es auch gleich in den Kohlenkeller setzen. So das Statement eines Hirnforschers, Manfred Spitzer.

Je später und seltener ein Kind digitale Medien benützt und so der Digitalisierung aus dem Weg geht, umso besser entwickelt sich sein Gehirn. Deshalb stelle ich die Frage in den Raum:

Liebe JVP und SJ, ob es für Euch wichtiger ist, einen gebildeten, sozial orientierten Menschen heran zu ziehen, oder künftige Generationen vor diverse Bildschirme zu zwingen? Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Herzlichen Dank. Als nächste Rednerin erteile ich Frau Jugendabgeordneter Anna Krems das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Anna Krems:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätztes Präsidium! Liebe Mitabgeordnete! Mit den Sprachen, die ich spreche, kann ich mich mit zika einer Milliarde Menschen weltweit verständigen. Ich spreche deutsch, englisch, spanisch, russisch, doch die Sprache der Zukunft, die spreche und verstehe ich nicht, Programmiersprache.



Jeder kennt die Situation, dass vor allem ältere Leute oft nicht mehr mit der Sprache der Jugendlichen mithalten können, da sie eine Mischung aus deutsch und englisch darstellt und sie einfach nie die Möglichkeit hatten, englisch zu erlernen.

Fangen wir nicht bald an, in unserem Bildungssystem Digitalisierungsmaßnahmen zu setzen, dann wird Österreich bald als die „alte Person“ in Europa dastehen, die nicht mehr mit den anderen mithalten kann. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Dem können wir nur mit gezielten Maßnahmen entgegenwirken, die in unserem Bildungssystem schon mit den Kleinsten anfangen. Mit einem Tablet pro Volksschulkind und dem zugehörigen Tabletklassen wird schon in jungen Jahren angefangen, Kinder an dieses Thema spielerisch heranzuführen und es als normalen Teil in ihren Alltag zu integrieren.

Daher wird den Kindern gezeigt, dass technische Geräte eben nicht nur reine Spielzeuge sein können, sondern auch als Arbeitswerkzeuge verwendet werden. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Um eine möglichst gute Ausbildung zu garantieren sind Highspeed-Anschlüsse unumgänglich. Es ist kein Zustand, den wir uns bieten lassen müssen, dass manche Leute in südlichen Regionen in andere Ortschaften fahren müssen, nur um ihre Diplomarbeit abgeben zu können. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Digitale Schultafeln sind die perfekte Ergänzung für Tablet oder Notebooks um den Arbeitsfluss zu erleichtern und die digitalen Medien aktiv ins Unterrichtsgeschehen einfließen lassen zu können.

Auch die Ausstattung mit mobilen Endgeräten, sprich Notebooks, für Schülerinnen und Schülern der höheren Schulen ist absolut notwendig und im Jahr 2018 unumgänglich. Das teilweise vierstündige Deutschschularbeiten noch mit der Hand geschrieben werden müssen, ist nicht zeitgerecht.

Doch all diese Werkzeuge bringen nichts, wenn man nicht die notwendigen Kompetenzen hat, diese auch zu benutzen. Daher ist das Wahlfach „Grundkenntnisse des Programmierens“ ab der 5. Klasse einzuführen und zu forcieren.

Mit diesem Angebot können wir unsere Kinder auf die Zukunft vorbereiten und sie sind gewappnet für die Änderungen, die die Digitalisierung zwangsweise mit sich bringen wird. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Nachdem jetzt die Möglichkeit erhalten bleibt, das 10. Schuljahr in einer polytechnischen Schule zu absolvieren, ist dieses Fach auch für Leute, die eine Lehre machen wollen, ein interessanter Punkt. Es kann nämlich sehr wohl als Vorbereitung für den neu eingeführten Lehrberuf „Programmierer“ dienen.

Doch nicht nur technische Fächer sollten in der Schule einen Schwerpunkt einnehmen. Ich wage zu behaupten, dass wir alle, die hier sitzen, uns schon seit unserer Schulzeit mit Politik beschäftigen. Doch die Politikverdrossenheit der Jugendlichen nimmt immer mehr zu. Das ist nicht zu leugnen, das merke ich auch in meinem eigenen Freundeskreis.

Junge Menschen sehen einfach keine Berührungspunkte und merken nicht, welchen Einfluss Politik auf ihr tägliches Leben hat. Sie fühlen sich, als ob sie kein Mitspracherecht hätten, da sie in der Schule oft überhört werden und ihre Wünsche und Bedürfnisse nicht ernst genommen.

Wer interessiert sich schon für etwas, wo er denkt, dass er eh nichts verändern kann? Doch eine komplette Generation an politisch desinteressierten Menschen heranzuziehen, sehe ich doch als ein sehr gefährliches Unterfangen an. Daher brauchen wir unbedingt politische Bildung als Pflichtfach an allen weiterführenden Schulen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Doch nicht nur sture Fakten und theoretische Grundlagen sollten gelehrt werden, sondern es sollten auch Schuldiskussionen in den Alltag einer jeden Schule integriert werden. Bei diesen Schuldiskussionen ist es den Schülern einer Schule erlaubt, in einem Mikrorahmen Politik zu betreiben. Es werden Probleme an der Schule besprochen und die unterschiedlichen Perspektiven ausdiskutiert.

Daher kommt es zur Integration der verschiedenen Meinungen und die Jugendlichen fühlen sich mehr gehört. Gleichzeitig merken sie, wie politische Arbeit funktioniert und wie politische Prozesse ablaufen. Die Direktion und der Lehrkörper erhalten im Gegenzug über die Verfügungsstellung der Zeit ein regelmäßiges ungefiltertes Feedback.

Doch Schuldiskussionen vermitteln noch viel mehr Werte, die wichtig für das Leben eines Jugendlichen sind, wie das kritische Hinterfragen und die Kompetenz nicht ungefiltert Meinungen zu übernehmen, die von den Medien vorgegeben werden. Eine Win-win-Situation für jedermann.

Zu einem anderen Thema, was nicht direkt mit Bildung zu tun hat, eine Win-win-Situation für jedermann, sind auch Abänderungsanträge, die hier in diesem Jugendparlament eingebracht werden können.

Es ist eine Gestaltungsmöglichkeit um in Ergänzung zu verbessern, vor allem für diejenigen, die dann nicht in der Gruppe waren. Dass die SJ gegen Mitbestimmung für alle ist, ist dann doch etwas verwunderlich für unsere Fraktion.

Ja, um eine Zukunft gestalten zu können, die uns als Land voranbringt und konkurrenzfähig macht, müssen wir jetzt anfangen das Bildungsangebot anzupassen und somit den Grundbaustein zu legen.

Abschließen möchte ich mit einem Zitat von Anselm Feuerbach "Niemand urteilt schärfer als der Ungebildete, er kennt weder Gründe noch Gegengründe". Vielen Dank. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer** *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Jugendabgeordnete Rene Cerwenka.

Bitte Herr Jugendabgeordneter.

**Jugendabgeordneter Rene Cerwenka**: Sehr geehrte Damen und Herren! Geschätzte Kollegen! Hohes Haus! „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung, keine Bildung“, sagte einst der US-amerikanische Präsident John F. Kennedy. Deshalb ist es wichtig, weiterhin den hohen Bildungsstandard in unserem Land aufrecht zu erhalten und diesen auch weiter zu fördern.

Die Maßnahmen, die wir heute setzen können, sollen zukunftsweisend und nachhaltig für die zukünftigen Generationen sein. In diesem Antrag ist eine langjährige Forderung der Freiheitlichen Jugend angeführt. Die Einführung von politischer Bildung als eigenständiges Unterrichtsfach ab der fünften Schulstufe. Bereits in der Nationalratssitzung vom 13. Juni 2018 beschlossen, ist es nun Zeit dieses Unterrichtsfach ab der fünften Schulstufe auch einzuführen.

Jungen Menschen soll hiermit die Politik näher gebracht und der Politikverdrossenheit entgegengewirkt werden. Selbstverständlich muss das Unterrichtsfach frei von jeder Parteipolitik sein.

Jugendliche sollen sich selbst ein Bild machen und selbst entscheiden können, wem sie ab dem 16. Lebensjahr ihre Stimme geben. Hier darf es keine Beeinflussung geben.

Und falls es noch jemand nicht weiß, auch die gesetzliche Verankerung des Schülerparlaments wurde in dieser Nationalratssitzung beschlossen. Daher bedarf es keiner erneuten Forderung, wie im Abänderungsantrag angeführt. *(Zwischenruf des Jugendabgeordneten Stefan Rath)*

Es ist gesetzlich verankert worden. Der Antrag beinhaltet noch eine weitere Forderung der Freiheitlichen Jugend. Diese findet sich im letzten Punkt des ursprünglichen Antrags wieder, in der Forderung eines Angebots an Führerscheinthoriekursen in der Sekundarstufe 2 (inklusive Berufsschulen).

Es soll Lehrlingen eine Freistellung für Prüfungszwecke ermöglicht werden. Bisher musste dafür immer ein Urlaubstag verbraucht werden. Diese Forderung soll es Jugendlichen ermöglichen, ihre Führerscheinausbildung im Rahmen ihrer Schul- und Lehrausbildung zu absolvieren.

Ich stelle mir doch die Frage, warum diese Forderung nicht beim Abänderungsantrag, der seitens der JVP gestellt wurde, aufgelistet ist? In vielen Fällen ist die Führerscheinausbildung unerlässlich für die Arbeitswelt.

Und daher ist es uns auch ein Anliegen dafür zu sorgen, dass Jugendliche bei abgeschlossener Berufsausbildung oder Schulausbildung auch eine positive Führerscheinausbildung vorzuweisen haben. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile dem Herrn Jugendabgeordneten Dominik Ernst das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Dominik Ernst:** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätztes Präsidium und lieber Jugendlandtag! Den nächsten Punkt, den ich ansprechen möchte, sind die Schülerparlamente. Als Landesschulsprecher und somit auch Teil der Bundesschülervertretung habe ich mitbekommen, dass in sämtlichen anderen Bundesländern in Österreich das Schülerparlament im Landhaus stattfindet.

Seitens der Landesregierung beschwert man sich immer, dass wir Eisenstadt als positives Beispiel und als bestes Beispiel heranziehen. Doch wie kann es sein, dass in allen Bundesländern das Schülerparlament im Landhaus ist, nur das Burgenland unterstützt diesen wichtigen Teil der Demokratie nicht? *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Tausende Schülerinnen und Schüler mit kritischen Meinungen, die man scheinbar so weit weg wie möglich haben will. Deswegen fordern wir, dass sich das Burgenland zu seiner Demokratie bekennt und das Schülerparlament gesetzlich im Landhaus verankert wird.

Ich würde mich jetzt aber gern auf die von der Anna Krems angesprochene politische Bildung konzentrieren und herausstreichen, was die Anna darüber gesagt hat. Als Landesschülervertretung haben wir jahrelang politische Bildung an den

Schulen gefordert. Wir haben uns wahnsinnig gefreut, als es endlich umgesetzt wurde. Es war ein Sieg für die Interessen der Schüler und Schülerinnen und ein großer Schritt im Lehrplan.

An der Stelle möchte ich allerdings ein kleines Beispiel heranbringen. Ich habe vor wenigen Wochen erfolgreich in politischer Bildung und Recht maturiert. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Somit müsste ich Ja sagen können, ich kenne mich in politischer Bildung aus. Allerdings ein Beispiel zeigt, dass das definitiv kein Garant dafür ist. Eine Person, die die Prüfung geschafft hat, wurde gefragt über die Parteien im Burgenländischen Landtag.

Jetzt möchte ich kurz zitieren, was die gesagt hat: Die FPÖ Burgenland ist eine soziale Arbeiterpartei, die SPÖ Burgenland ist eine nationalistische Partei und die ÖVP, das ist auch lustig weil sie hat ÖFP gesagt, die ÖVP wäre eine liberale Partei.

Ich überlass das jetzt Euch zu entscheiden, ob Ihr das seid oder nicht. Aber laut Definition Eurer Homepages stimmt das jedenfalls nicht. Genau deswegen finde ich es essentiell, dass wir politische Bildung als ein eigenes Fach in den Lehrplan einbringen.

Wenn ich durch die Runde schau, kann ich ehrlich gesagt sagen, dass sogar manche von uns Nachhilfe in politischer Bildung bräuchten.

Wenn ich durch die Schulen fahre, als Landesschulsprecher, bekräftigt durch ein Bundesgesetz und von den Schülervetretern höre, dass die Landesschülervertretung schon bei ihnen war und schon mit ihnen über die Landesschülervertretung geredet hat und sie zu Veranstaltungen eingeladen hat, dann frage ich mich ernsthaft, wie kann das passieren und vor allem wer ist zu sowas in der Lage?

Ich möchte jetzt nicht lange um den heißen Brei herumreden. Ich weiß ganz genau wer das war, ich habe auch Beweise dazu, aber ich möchte jetzt nicht großartig auf die Person losgehen, weil das ist weder mein Stil noch der Stil unserer Partei. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Versteht mich nicht falsch, ich bin ebenfalls für politische Bildung, aber so schaut politische Bildung nicht aus! Jetzt eine kleine Frage an die RFJ. Ich zitiere hier die SJ. „Den Rechten die Zähne zeigen, decken wir gemeinsam die rassistischen Lügen der Strache-FPÖ auf, schauen wir nicht tatenlos dabei zu, wenn Nazis wieder aus ihren Löchern kriechen und sich der braune Rand wieder breit macht“, gegenrechts.at. *(Zwischenruf des Jugendabgeordneten Rene Cerwenka)*

Weiters zum Beispiel gibt es jetzt auf Facebook, ganz interessant. Bitte rede, ich weiß nicht wo Du herkommst, aber ich habe gelernt, wenn einer redet, dann haltet man bitte den Mund und hört zu. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Weiters zum Beispiel gibt es auf Facebook eine sehr interessante Veranstaltung: „Demo gegen Kickl: FPÖ-Innenminister ab ins Mittelmeer“, bisschen makaber, weil Kickl nimmt daran teil. Wenn die SJ Euch die Zähne zeigt, liebe RFJ, dann missversteht das Lächeln bitte nicht.

Kurz zurückzukommen auf die politische Landschaft der SJ. Ich habe vor wenigen Wochen da ein sehr interessantes Heft bekommen. *(Der Abgeordnete zeigt eine Broschüre)* Ich meine, ich möchte jetzt nochmal darauf eingehen, dass da

vehement dazu aufgerufen wird, Straftaten zu begehen, Vandalismus übrigens, falls Ihr das kennt.

Aber was hier drinnen steht, ist effektiv Hass und Hetze, auch gegen Dich übrigens, nur weil Du schon so dreinschaust, und auch gegen uns als JVP, das ist Hass und Hetze.

Genau deswegen finde ich es wichtig, dass möglichst früh die Schülerinnen und Schüler politisch gebildet werden, denn dann können sie erkennen, dass Hass und Hetze auch heutzutage nicht sinnförend sind und definitiv kein Teil der politischen Landschaft in meinen Augen sein sollte. Dankeschön. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Der Jugendabgeordnete Florian Spalek ist der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Florian Spalek:** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Abgeordneten! Hohes Haus! Ich möchte inhaltlich auf den Antrag eingehen, um das jetzt einmal klar zu stellen. Denn mir ist Bildung wirklich wichtig und ich hau da nicht auf irgendwelche Parteien hin, aber sage davor, dass man das nicht tun soll.

Ich weiß nicht, was Du genau damit bezwecken willst jetzt, aber ich glaube, dass das nicht zielförend ist, das zu machen. Du kannst später zu mir kommen oder zur Lejla, und uns das mitteilen, aber es ist nicht zielförend, das während eines Antrages zu besprechen.

Schau, die Kollegin hat vorher den Führerschein angesprochen. Ich persönlich glaube, und bin da mit Sicherheit für viele jungen Menschen, im Burgenland ist es genauso, vor allem im ländlichen Raum, sowohl privat als auch im Berufsleben wichtig, mobil und flexibel zu sein.

Da die Zeit und auch das Geld bei den Jungen oft knapp sind, ist es nur sinnvoll, den Führerschein in den Schulen anzubieten. Das ist vor allem auch praktisch, weil dadurch die Frage wie und wann man zu den Kursen gelangt, auch gelöst wird.

Diese Forderung ist keine Träumerei, sondern wird bereits vom Gymnasium Mattersburg praktiziert und von allen Seiten sehr gut angenommen. Soviel dazu. Und zu der Schuldiskussion, die im Abänderungsantrag angesprochen wird.

Ich weiß nicht ob Sie informiert sind, aber in Österreich, so auch im Burgenland, liegt die Entscheidung solche durchzuführen, bei der Schulautonomie oder ob das Schulveranstaltungen sind.

Wer die Landtagswahl 2015 verfolgt hat und in einer höheren Schule war, weiß auch, dass der Landtag solche Diskussionen bereits anbietet. Wer wirklich etwas für Jugendliche im bildungspolitischen Bereich erreichen will und etwas bewegen will, plädiert für die Annahme des ursprünglichen Antrags. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Als Nächstes erteile ich das Wort dem Herrn Jugendabgeordneten Manuel Dachs.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Manuel Dachs:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! „Die FH ist nur für Fachidioten und die Uni eh nur für Orientierungslose“.

So lautet der Artikel vom Kurier aus dem Jahr 2015 und in der Kernaussage haben die Autoren ja irgendwie Recht. Immer mehr burgenländische Schülerinnen und Schüler sind sich nach ihrem Abschluss echt unschlüssig. Wo soll, beziehungsweise kann ich dann eigentlich studieren? Soll ich eher auf die FH Burgenland gehen oder doch auf irgendeine Uni in Wien?

Und um ehrlich zu sein, schaut es zurzeit nicht gut aus für die FH, weil immer mehr Leute entscheiden sich für eine Uni, also entweder Haupt-Uni, TU oder WU, und das habe ich mittlerweile auch schon bei mir in der Schule festgestellt.

Also ich bin jetzt in der achten Klasse und mache hoffentlich heuer meine Matura und eigentlich alle, und zwar ausnahmslos alle von meinen Mitschülerinnen und Mitschülern, würden sich derzeit gegen die FH und für die Uni entscheiden. Das finde ich nicht nur schade, sondern das ist schon echt alarmierend.

Denn die FH ist für jeden von uns um einiges näher als jegliche Unis in Wien. Aber trotzdem entscheiden sich die Jugendlichen vermehrt gegen die FH. Und das, meine lieben Abgeordneten, kann es doch wohl echt nicht sein!

Deswegen sollten wir nicht nur, sondern müssen uns eigentlich dafür einsetzen, dass unsere FH verstärkt unterstützt wird und diese für die burgenländischen Schülerinnen und Schüler zu attraktivieren. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Denn immerhin ist die FH Burgenland einer der bedeutendsten Bildungseinrichtungen unseres Landes. Und wir in unserer Funktion als Jugendabgeordnete müssen uns dafür einsetzen, dass das auch zukünftig so bleibt.

Ich kann mir durchaus vorstellen, was Euch jetzt so durch den Kopf geht und zwar was der da vorne sagt, hört sich zwar alles ganz gut an und so, aber wie genau sollen wir das jetzt umsetzen.

Ganz einfach, wir müssen dafür sorgen, dass das Bildungsangebot an der FH ausgebaut wird, besonders die beliebten Studiengänge im Gesundheitswesen. Und genau so und nicht anders schaffen wir eine Attraktivierung unserer FH.

Daher brauchen wir unbedingt politische Bildung als Pflichtfach. Damit wir jedoch einem perfekten Bildungssystem im Burgenland gehörig näher kommen können, brauchen wir nicht nur eine Veränderung im Hochschulwesen, sondern auch im normalen Schulwesen.

Ich muss Euch sagen, besonders eine Sache ist mir hier ein großer Dorn im Auge und zwar die fehlende politische Bildung an Schulen. Ich möchte jetzt auch nicht viel näher darauf eingehen, weil das eh schon, finde ich, sehr ausreichend diskutiert wurde.

Aber ich will Euch auch noch ein Beispiel aus meiner Schule mitgeben, was die Bedeutung von politischer Bildung unterstreichen soll. Und zwar bei der Nationalratswahl im letzten Herbst, also 2017, wurden von zahlreichen Freunden und Mitschülern von mir Aussagen getätigt wie: „Was genau muss ich da jetzt wählen?“ oder „Puh ich kann nicht, ich geh nicht wählen, weil ich habe eh nichts zu sagen, die Politiker machen ja eh was sie wollen“.

Meine lieben Abgeordneten! Es ist meiner Meinung nach schon ein klares Armutszeugnis für unser Bildungssystem. Wir brauchen da auch nichts zu beschönigen, irgendwer muss einfach einmal klar sagen wie es ist. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Schule sollte uns auf Leben vorbereiten, doch tut sie das wirklich? Denn meiner Meinung nach sind diese Aussagen schon ein klares Beispiel dafür, wie praxisfern doch auch das burgenländische Bildungssystem ist.

Für das Grundrecht des Wählens haben wir jahrzehnte- und jahrhundertlang gekämpft. Und jetzt ändert alles mit einer Politikverdrossenheit der Jugendlichen, nur weil wir in der Schule nicht ausreichend über dieses Thema gelehrt werden?

Das ist einfach kein akzeptabler Zustand. Demokratie und somit auch das aktive Wahlrecht sind zwei unserer größten Errungenschaften auf die wir echt stolz sein können. Diesen Stolz müssen wir auch in die Schule weitertragen.

Nur ich frage Euch, wie genau soll man das machen? Ohne politische Bildung? Das verstehe ich nicht. Und drum muss unseren Schülern bewusst werden, warum wählen wichtig ist und warum auch Politik wichtig ist und das geht nur mit Hilfe politischer Bildung. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Aber auch außerhalb der Schule müssen wir den Schülerinnen und Schülern und vor allem den Jugendlichen politische Bildung näher bringen. Durch Podiumsdiskussionen vor wichtigen Wahlen oder gesetzlich verankerte Schülerparlamente und NEIN, sie wurden nicht auf Landesebene verankert, dass so im Nationalrat beschlossen wurde, was die Bundesschülerparlamente für die Landesschülerparlamente, da braucht es eigene gesetzliche Verankerungen im Land selbst.

Genau das können wir machen, damit wir in eine Zukunft schreiten, in welcher keiner mehr von Politikverdrossenheit sprechen kann. Denn wenn wir das hier und heute umsetzen können, dann verspreche ich Euch, liebe Jugendabgeordnete, werden wir nie wieder von politikverdrossenen Jugendlichen sprechen müssen.

Leider ist gerade die Frau Landesrätin Dunst nicht da, weil sie eingangs heute in der Fragestunde gesagt hat, das Burgenland ist in vielen Bereichen ein Vorbild. Ja, das stimmt. Aber im Bildungssektor auf keinen Fall! Und genau aus diesem Grund müssen wir den Abänderungsantrag, den ich auch ebenfalls miteingebracht habe, unterstützen.

Denn damit sorgen wir für eine gestärkte konkurrenzfähige und vielversprechende Bildungslandschaft im Burgenland. Und genau das ist der Schlüssel zu unserem Erfolg. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Der nächste Redner ist der Jugendabgeordnete Jakob Rennhofer.

Bitte Herr Jugendabgeordneter.

**Jugendabgeordneter Jakob Rennhofer:** Sehr geschätzter Herr Landtagspräsident! Hohes Haus! Liebe Abgeordnete! Erst einmal zu der Aussage vom Abgeordneten Dominik Ernst.

Ich finde es schon spannend, wie man eigentlich so unverschämt sein kann hier ans Pult zu kommen und zu sagen, es ist nicht mein Stil mit persönlichen

Untergriffen zu arbeiten, um danach der SJ politische Hetze vorzuwerfen und manche Abgeordnete hier als politisch dumm zu bezeichnen.

Also herzlichen Glückwunsch, das war vielleicht die größte Unverschämtheit des Tages bis jetzt. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Aber gut. Weil ja schon öfters darüber diskutiert worden ist bis jetzt, es geht um die Forderung des SchülerInnenparlamentes. Das ist ja auch schon des Öfteren von der ÖVP und von der JVP erwähnt worden, und man muss auch sagen, medial aufgebauscht worden.

Das SchülerInnenparlament wird ja bereits von der LSV durchgeführt und per se sehen wir natürlich nichts Schlechtes daran. Es gibt aber mehrere inhaltliche Punkte, wieso ein SchülerInnenparlament nicht gesetzlich verankert werden sollte. Ich habe dazu die Geschäftsordnung des Schülerparlamentes mitgebracht.

Abgeordneter Dominik Ernst, Du wirst es wahrscheinlich sowieso intus haben. Ich lese vor, Absatz 1: "Ordentliche Delegierte zum SchülerInnenparlament sind die drei aktiven SGA-Mitglieder jeder Schule, jedes aktive und passive Mitglied der Burgenländischen Landeschülervertretung."

Absatz 4: "Gastdelegierte können alle Schülerinnen oder Schüler des Burgenlandes sein. Sie besitzen Rederecht aber kein Stimmrecht".

Da frage ich mich schon, was passiert dann mit den Schülerinnen und Schülern, die nicht im Schulgemeinschaftsausschuss sitzen und trotzdem mitstimmen wollen und trotzdem mitentscheiden wollen, wie die Schulpolitik in Zukunft im Burgenland ausschaut? *(Beifall bei den Jugendabgeordneten – Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP-Abgeordneten)*

Ein zweiter Punkt ist, dass das SchülerInnenparlament in gewissen Dingen auch diskurshemmend ist. Du kannst Dich wahrscheinlich erinnern, beim letzten SchülerInnenparlament haben wir über das TOP-Jugendticket für alle unter 26 diskutiert und da hat es noch geheißen: "Ja, das ist alles super, nett und toll, aber leider können wir das nicht in diesem Rahmen besprechen, weil es einfach keine Schulpolitik ist".

Das heißt, das SchülerInnenparlament ist offenbar nur dazu da, in einem gewissen bestimmten Bereich zu diskutieren. Und alles darüber hinaus wird sofort in der Diskussion eliminiert.

Außerdem - das möchte ich unbedingt noch dazu sagen - im SchülerInnenparlament ist es so, dass man nach drei Ordnungsrufen kein Stimmrecht mehr hat und auch aus dem Saal geworfen wird. Man kann unter anderem einen Ordnungsruf für Absatz 13 bekommen: "Bei Wortmeldungen dürfen keine politischen Organisationen genannt werden".

Das heißt, wenn ich also beim SchülerInnenparlament teilnehme und ich möchte sagen ich bin nicht zufrieden mit der bildungspolitischen Linie der ÖVP/FPÖ, dann bekomme ich einen Ordnungsruf.

Was bedeutet das? Ich bin in meinem Denken und quasi in meiner Handlungsweise im SchülerInnenparlament massiv blockiert worden. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Dazu kann man nochmals sagen, das SchülerInnenparlament wurde bereits im Nationalrat behandelt und eben auch fixiert. Deshalb, finde ich, braucht man das



nicht immer wieder aufwärmen und immer wieder das Gleiche fordern. Weil es, wie gesagt, bereits umgesetzt wurde im Bund. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Herr Jugendabgeordneter Rennhofer! Im Sinne einer lebhaften Debatte, die ich hier gerne zulasse, kann schon sein, dass einige Dinge in die Nähe des Ausufers geraten, aber das Wort "dumm" habe ich nicht gehört.

Ich habe auch die beiden Damen links und rechts von mir befragt, es hat hier herinnen niemand einen anderen mit "dumm" bezeichnet. Da hätte ich nämlich einschreiten müssen. Da hätte ich auch eingeschritten.

Die nächste Wortmeldung ist von der Frau Jugendabgeordneten Melanie Tea. Bitte? Markovic Tea, Entschuldigung. Ich kann meine eigene Schrift nicht lesen.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Tea Markovic:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrtes Präsidium! Die Schule ist, wie man merkt, ein sehr, sehr wichtiges Thema für uns alle, vor allem weil die meisten von uns noch Schüler sind. Und die, die keine Schüler sind, die waren es sicher einmal. Doch stellen wir uns einmal vor: Was wäre Unterricht ohne Bücher? Ohne Lernmaterialien?

Ich glaube wir sind uns da alle einig, dass es nicht funktionieren würde. Die jetzige Situation sieht so aus, dass der Bund gewisse Pflichtschulbücher bezahlt im Rahmen der Schulbuchaktion, aber leider fallen da nicht alle Bücher hinein. Ich spreche da selbst aus Erfahrung.

Ich gehe in eine HAK und dieses Jahr ist mein letztes Schuljahr und ich habe schon jetzt in diesem Jahr zwei neue Bücher kaufen müssen.

Auch die Jahre davor habe ich immer wieder neue Bücher kaufen müssen, unter anderem auch für mein Wahlpflichtfach Internationale Wirtschaft, in dem ich auch maturieren muss. Diese Bücher sind nicht billig. Das ist vor allem eine große Hürde für Familien, die vielleicht mehrere Kinder haben, die diese Bücher eben öfter kaufen müssen.

Ich habe selber eine Zwillingsschwester. Unsere Eltern haben immer alles für uns beide doppelt kaufen müssen. Allein für unseren Ausbildungsschwerpunkt haben wir zirka 80 Euro ausgeben müssen, was, wie ich finde, nicht wenig ist.

Und dabei sind diese Bücher genauso essenziell wie Mathe- und Deutschbücher und verdienen auch eine Förderung. Wir fordern deswegen einen Zuschuss zu Pflichtschulbüchern, die nicht aus Bundesmitteln gedeckt werden. Denn was wäre das für eine ungerechte Welt, in der Jugendliche ihre Interessen nicht verwirklichen können weil sie sich das nicht leisten können? *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Der nächste Punkt in meiner Wortmeldung betrifft das Thema Erste-Hilfe-Kurs. Ich würde gerne dabei mit einem Zitat des Roten Kreuzes in die Materie einsteigen. "Zu 99 Prozent passiert nichts. Aber im Ausnahmefall bereit zu sein, ist mehr als nur wichtig.

Es ist vor allem eines: Unglaublich beruhigend, wenn man weiß, was zu tun ist. Etwa, weil man sich an den Erste-Hilfe-Kurs erinnert." Dieses Zitat soll die Wichtigkeit des Erste-Hilfe-Kurses unterstreichen und ich schließe mich damit an und

sage, dass der wichtig ist. Ich glaube wir sind alle der gleichen Meinung, dass ein Erste-Hilfe-Kurs wirklich wichtig ist.

Jetzt kann man sich fragen, gut, aber was hat das mit der Schule zu tun? In der Schule ist es so. Wir lernen vieles. Wir lernen von Goethe, über Humboldt bis Darwin. Da wird alles abgedeckt. Aber wie wir Menschen in medizinischen Notfällen helfen können lernen wir nicht.

Ist das nicht ein bisschen komisch? Wir lernen wie man mit binomischen Formeln rechnet, aber nicht wie man eine Herzdruckmassage durchführt.

Ich glaube nicht, dass ich explizieren muss, was man eher im Leben können müsste. Wenn man sich dann entscheidet eine Ausbildung zu machen, auch im Rahmen des Führerscheins, dann muss man diesen Kurs in seiner Freizeit machen und der ist auch noch dazu relativ teuer.

Dabei sollte das doch eigentlich jeder machen und nicht nur die, die den Führerschein machen. Wir fordern deswegen ein flächendeckendes Angebot an Erste-Hilfe-Kursen an allen burgenländischen Schulen in vergünstigter Form. Das würde einen Erste-Hilfe-Kurs auch attraktiver machen.

Und das das so funktionieren kann, zeigt auch die HAK Eisenstadt, weil die hat auch diese Erste-Hilfe-Kurse im Rahmen von Workshops. Und die werden immer gut besucht und sind zum Teil auch überfüllt. Dankeschön. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Neuerlich zu Wort gemeldet bei diesem Tagesordnungspunkt hat sich der Jugendabgeordnete Ernst Dominik.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Dominik Ernst:** Liebes Präsidium! Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Ich rede sehr gerne mit vielen Menschen, sonst wäre ich nicht Landesschülervertreter geworden, Landesschulsprecher geworden. Ich rede auch sehr gerne mit Euch auch außerhalb dieses Jugendlandtages.

Aber ich finde, dass Politik hinter verschlossenen Türen keine Art ist. Keine Art wie ich Politik machen will. Ich will die Dinge offen ansprechen. So ansprechen wie sie sind. Das sind Dinge die passieren und sie gehören genauso angesprochen und nicht hinter irgendwelchen verschlossenen Türen gemacht.

Lieber Jakob, was Du gesagt hast, Du hast, ich glaube sogar, Du hast einen Ordnungsruf bekommen und das Beispiel gebracht, dass Du den Bildungsweg der ÖVP/FPÖ nicht unterstützen kannst.

Um einem Ordnungsruf zu entgehen, könntest Du beispielsweise statt ÖVP/FPÖ sagen "die Bundesregierung", was sie ja auch tatsächlich ist. Also es gibt durchaus Möglichkeiten, wir verbieten niemandem den Mund. Das sind einfach Werkzeuge um zu versuchen, diese Parteipolitik aus dem Schülerparlament rauszuhalten. Ein Kritikpunkt, der hier im Jugendlandtag nicht gegeben ist. Auch das mit den Stimmberechtigten.

Ich finde es lustig, dass Du über Stimmberechtigte und Wahlberechtigte redest. Ich finde es überhaupt lustig, dass Du sagen kannst, wie es im Schülerparlament ausschaut. Ich weiß nicht wo Du beim letzten Mal warst, ich habe nur den Antrag beim letzten Mal gehört, wo Du innerhalb von einem A4-Zettel die Bundesregierung schlecht gemacht hast, bevor sie noch im Amt war.

Aber Du warst jedenfalls nicht dort. Ich würde Dich bitten, generell bitte auch an die SJ, öfters bei den Schülerparlamenten dabei zu sein, weil im Nachhinein sich aufzuregen und zu sagen, ja, na das passt nicht so, wie es entschieden worden ist, und dann nicht dabei zu sein.

Beim letzten Mal war es nämlich relativ fad, weil da eigentlich nur von der Schülerunion Schülervertreter da waren. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Aber ich muss sagen, genau dieses Engagement, genau dieses Engagement kommt auch bei den Schülervertretern an und zwar indem wir bei unseren letzten Wahlen mit 12:0 einmalig in ganz Österreich gewonnen haben. 12:0! 12 Stimmen für die Schülerunion, null Stimmen für das Team Vor-Ort oder SJ, ich weiß jetzt nicht.

Gut. Ja. Das wars eigentlich schon. Dankeschön. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Die nächste Wortmeldung ist der Herr Jugendabgeordnete Maximilian Sipötz.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Maximilian Sipötz:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, Ihr könnt Euch vielleicht erinnern, ich habe den Antrag als Berichterstatter vorgetragen und deshalb ist es, glaube ich, auch klar, dass ich in der Gruppe war. Ich weiß nur nicht ob ich vielleicht undeutlich gesprochen habe.

Die meisten Punkte, die jetzt da bearbeitet worden sind, politische Bildung als eigenständiges Unterrichtsfach, auch der Führerscheintheoriekurs im Zuge der Schulausbildung haben wir gemeinsam erarbeitet, parteienübergreifend.

Ich glaube, der Knackpunkt ist jetzt da und wir diskutieren gerade im Jugendlandtag gemeinsam mit einem Landesschulsprecher über die Modalitäten des SchülerInnenparlaments, und ich verstehe nicht ganz, wo das jetzt hinausläuft, ich war auch in der Schülervertretung, vielleicht habe ich eine Ahnung davon, nur die meisten hier haben keine.

Die Landesschülervertretung befasst sich damit und führt diese SchülerInnenparlamente schon durch. Der Herr Kollege Ernst hat gerade im Jugendlandtag ernsthaft die SJ oder versucht, die SJ zu bewegen, im SchülerInnenparlament teilzunehmen.

Ich verstehe nicht, wo die unpolitische oder nicht parteipolitische Gewährtheit des SchülerInnenparlaments stattfindet, wenn Du eine politische Jugendorganisation, eine wirklich parteipolitische Jugendorganisation aufforderst, dort teilzunehmen.

Also ich glaube, da hast Du etwas missverstanden und eventuell vielleicht in der Landesschülervertretung auch zu besprechen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Ich darf noch ganz kurz, das ist jetzt schon ein Weilchen her, aber mir hat das ein bisschen aufgestoßen, als ich da vorne gesessen bin und vorher dem Herrn Abgeordneten Dachs, ich glaube, in seinem letzten Satz oder ziemlich zum Schluss seiner Rede quasi hat er erwähnt, wir sind in vielen Bereichen Vorreiter hier im Burgenland, nur im Bildungsbereich nicht.

Ich meine, ich kenne die genauen Zahlen nicht, bin nicht in federführender Verantwortlichkeit, aber was ich weiß und ich weiß, wir haben es auch in der Gruppe

kurz diskutiert, wir sind auf alle Fälle das Bundesland in Österreich mit der höchsten Maturantenquote. Ich glaube nicht, dass das dann irgendwie von einem Schlusslicht zeugt, sondern ich glaube schon, dass es ein erfolgreicher Weg hier ist.

Wir haben eine eigene Fachhochschule, die extrem gut angenommen wird, und ich weiß nicht, wo wir uns da verstecken müssen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Das war es eigentlich zu dem. Ich darf noch einmal betonen, dass sich eigentlich die Forderungspunkte, die noch einmal von allen Fraktionen hier vorne betont wurden, außer das SchülerInnenparlament, was ja meiner Meinung nach auch nicht unbedingt jetzt da in dem Rahmen so ausführlich besprochen werden muss, noch einmal vor allem betont worden ist, die ganzen Forderungspunkte sind im ursprünglichen Antrag enthalten.

Deshalb plädiere ich für die Annahme des ursprünglichen Antrages. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke. Als Nächstes erteile ich das Wort der Frau Jugendabgeordneten Mirjam Kayer.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Mirjam Kayer:** Ich habe leider nicht bei dem Antrag mitgearbeitet, würde aber auch noch gern ein bisschen etwas sagen.

Ich bin angehende Lehrerin, also ich habe schon unterrichtet, studiere aber noch, und mein Aspekt ist so, ich bin jetzt kein Freund des Schulsystems wie es jetzt ist, weil es wird einfach zu sehr auf Theorie gepocht, also die Praxis fehlt teilweise. Ich bin halt der Meinung, dass man sehr zukunftsorientiert und gegenwartsorientiert arbeiten muss.

Ich glaube eben, dass die politische Bildung auch dahingehend wichtig ist, aber es ist natürlich auch wichtig, wer das dann auch unterrichtet. Also die Lehrer sind dann auch die, die den Schülern das beibringen.

Ich will halt nur appellieren, dass auch die Lehrer den Unterricht machen, auch wenn wir politische Bildung als Fach haben, ist halt noch immer das, wie der Lehrer den Unterricht macht.

Wenn man jetzt in dem politischen Bildungsfach rein nur Theorie lernt, dann glaube ich, da hört keiner zu. Also ich will halt nur appellieren, dass man sich vielleicht einmal Gedanken machen sollte, dass man den Unterricht oder allgemein vielleicht das Schulsystem ein bisschen in Frage stellt.

Ich wollte jetzt nur sagen, dass man halt mehr Praxisorientiertheit, wie zum Beispiel auch da unten steht „Erste-Hilfe-Kurs“ im Unterricht einbringen kann. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke schön! Von der Regierungsbank hat sich Herr Landeshauptmann Hans Nießl gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Hans Nießl (SPÖ):** Liebe Jugendabgeordnete! Lieber Präsident! Meine geschätzten Zuhörer! Ich darf nur ganz kurz fünf Minuten Folgendes feststellen:

Ich habe in den letzten achtzehn Jahren während meiner Tätigkeit als Landeshauptmann viele Gespräche mit den Unterrichtsministern geführt, von der Frau Gehrler am Beginn meiner Tätigkeit bis jetzt aktuell zum Unterrichtsminister Faßmann. Gerade in den letzten Wochen habe ich mit dem Unterrichtsminister einige sehr gute Gespräche mit konkreten Ergebnissen auch führen können.

Das sind Ergebnisse, die nicht das Burgenland alleine betreffen, sondern die ganz Österreich betreffen. Da geht es um eine 15a-Vereinbarung, das ist ein Vertrag Bund-Land, wo sich der Bund verpflichtet, entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen und wo sich die Länder verpflichten, diese finanziellen Mittel in entsprechender Form auch einzusetzen. Und es waren sehr lange intensive Gespräche.

Bildung ist ja nicht nur Gymnasium oder HAK oder FH, sondern Bildung beginnt, erste Bildungseinrichtung ist der Kindergarten und das ist bei uns gut organisiert vom Kindergarten bis zur Fachhochschule, und ich werde dann auch ganz kurz darauf eingehen.

Ergebnis der Gespräche mit dem Unterrichtsminister und das hat gestern auch der Ministerrat beschlossen nämlich dass es Geld für die sprachliche Frühförderung gibt wie, Deutsch zu lernen ist in der Elementarpädagogik im Kindergarten ganz wichtig.

Zweitens, dass die Kinderbetreuung der unter Dreijährigen mit finanzieller Unterstützung des Bundes weiter ausgebaut wird und auch dass man die Mittel flexibel einsetzen kann. Das ist eigentlich eine Voraussetzung, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf - und das ist speziell wichtig auch für die Frauen - auch stattfinden kann.

Also insofern wieder konkrete Ergebnisse im Bildungsbereich, die nicht nur für das Burgenland gelten, sondern österreichweit im Rahmen einer 15a-Vereinbarung - Vertrag Bund-Land -, die unterzeichnet wird von jedem Landeshauptmann und auch umgesetzt werden muss.

Außerdem bleibt auch in Zukunft, was auch wichtig ist, das verpflichtende letzte Kindergartenjahr gratis. Das ist auch für die Familien sehr wichtig.

Die zweite wichtige Begegnung mit dem Unterrichtsminister war eine Diskussion mit dem Thema „Über die Digitalisierung zur Individualisierung“, und ich darf jeder Fraktion, man muss nicht mit jedem Detail dieses Buches einverstanden sein, (*Landeshauptmann Hans Nießl zeigt ein Buch*) aber jene, die vielleicht im Bildungsbereich tätig sind oder die sich für Bildung interessieren.

Dieses Buch beleuchtet, wie die Bildung von USA über Europa bis Österreich aussieht und wie die Zukunft auch dort gesehen wird. Ich darf das jeder Fraktion auch gerne geben. Wer interessiert ist, man kann es ja dann auch weitergeben.

Wenn ich sage, Bildung ist vom Kindergarten bis zur Fachhochschule, dann muss ich auch die Gemeinden miteinfließen lassen, nämlich dass sich die Gemeinden bemühen, dass wir in der ersten Bildungseinrichtung das beste Bildungssystem von Österreich haben, nämlich dass wir die höchste Kinderbetreuungsquote in unseren Kindergärten haben.

Das ist ein Verdienst aller Gemeinden des Burgenlandes, wir von Seiten des Landes unterstützen es, und wir haben auch eine 15a-Vereinbarung mit dem Bund in der Vergangenheit verhandelt und auch umgesetzt, jetzt wieder mit dem

Unterrichtsminister, der erstmalig auch für diesen Bereich der Bildung zuständig ist, und werden weiter die Gemeinden massiv unterstützen, dass dieser Bildungsbereich gut ausgebaut werden kann.

Es wurde bereits gesagt, also die höchste Maturantenquote. Wenn ich das als so junger Mensch gesagt hätte, wie sie sind, hätten Sie mich wahrscheinlich ausgelacht, weil das Burgenland das Land der Bildungsschande war. Ja, ich bin selber ins Gymnasium in Eisenstadt gegangen, weil es im Bezirk Neusiedl keine maturaführende Schule gegeben hat.

Da haben unsere Vorgänger auch in der Politik und auch parteiübergreifend Großartiges geleistet, um dieses Bildungssystem für die vergangenen Generationen und für diese Generationen aufzubauen und auszubauen.

Wenn ich heute bei einer Landeshauptleutekonferenz sage, wir haben die höchste Maturantenquote, dann schauen manche. Aktuell haben wir die zweithöchste, weil wir wechseln uns immer mit Kärnten ab.

Dann ist es schon eine besondere Leistung, nämlich gerade eine besondere Leistung für Sie, für die Schülerinnen und Schüler, die dort ihre Leistung erbringen, die gute Leistungen erbringen und auch ein Verdienst der 5.000 Pädagoginnen und Pädagogen, die wir im Burgenland haben.

Und auch die Fachhochschule abschließend. Ich weiß nicht, von woher Sie die Zahlen haben, aber meine Zahlen, die hier vorliegen, sprechen Bände.

Wir haben in der Fachhochschule - und das ist mir wichtig - 2.339 Studentinnen und Studenten. Das hat sich in den letzten zehn, fünfzehn Jahren verdoppelt. Wir haben steigende Studentinnen- und Studentenzahlen.

Wir liegen im Bereich der Forschung, Entwicklung mit unseren Fachhochschulen gut, da haben wir ein Defizit gehabt, Forschungsquote im Burgenland zu gering, in der Fachhochschule und durch eine Gesellschaft der Fachhochschule wird Forschung, Entwicklung und Innovation vorangetrieben.

Wir haben jetzt die Elite-Universität in Hongkong mit der Fachhochschule in Pinkafeld zusammengebracht, wo man sich auf internationalem Niveau austauscht und versucht, auch ein Forschungsprojekt zum Beispiel auf die Beine zu bringen. Also insofern auch da große Bemühungen mit 2.339 Studierenden, mit 457 Lehrbeauftragten, keine Studiengebühren, Schwerpunkte im Bereich der Forschung, Entwicklung und Innovation.

Ich könnte jetzt sehr vieles über den Bildungsbereich noch sagen. Das waren einige Eckpunkte. Und ich muss sagen, stellen Sie Ihre Leistungen, die Sie erbringen im Bildungssystem, die Schüler leisten wirklich das, es wird ja nichts geschenkt, dafür muss man Leistung bringen, das machen Sie, und die Pädagoginnen und Pädagogen bemühen sich, damit wir eben dieses moderne Bildungssystem weiterausbauen.

Sie haben gesagt, man soll sich mit den Besten messen, und ich glaube, wenn wir uns im Burgenland mit den Besten in Österreich messen, dann macht sie der Vergleich sicher, nämlich dass wir in Österreich das beste Bildungssystem von allen Bundesländern haben, was aber nicht heißt, dass es nicht noch besser gemacht werden kann.

In dem Sinne glaube ich, danke an jene, die dieses Bildungssystem mittragen, das ist die Schulgemeinschaft, nämlich die Lehrer, der Direktor, die Eltern und die Schülerinnen und Schüler und Studenten. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke Herr Landeshauptmann. Ich habe noch eine Wortmeldung vom Jugendabgeordneten Simon Luckinger.

Bitte Herr Jugendabgeordneter.

**Jugendabgeordneter Simon Luckinger:** Sehr geehrter Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Regierung! Ich möchte noch ganz kurz auf den Abänderungsantrag und auch auf den ursprünglichen Antrag eingehen, also auf ein paar Punkte:

Und zwar, mir fehlt im Abänderungsantrag von der ÖVP ein bisschen etwas, und zwar finde ich schade, wenn man gemeinsam - wie vorher schon angesprochen - bei der Vorbereitung ausgearbeitet haben, dass der Führerschein in die Schule soll und jetzt ist das wieder herausgestrichen, was sowohl eine zeitliche und auch finanzielle Erleichterung für Schülerinnen und Schüler wäre.

Weiters finde ich es auch schade, dass wir gemeinsam beschlossen haben, dass Studiengebühren auch weiterhin nicht im Burgenland eingehoben werden sollen und dieser Punkt ist auch draußen. Deswegen finde ich, man sollte für den ursprünglichen Antrag appellieren.

Ich habe noch eine Frage und zwar, das SchülerInnenparlament ist ja schön und gut, aber wo sind da die Lehrlinge und wo ist das breite Spektrum, dass da drinnen vertreten sein soll?

Ich meine, es sollen alle Jugendlichen angesprochen werden und mitbestimmen können und nicht nur Schülerinnen und Schüler. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten - Jugendabgeordneter Stefan Rath: Berufsschüler sind auch Schüler.)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Hoher Jugendlandtag! Meine Damen und Herren! Wortmeldungen sind keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den vorliegenden Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Jugendabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit, der Abänderungsantrag ist somit abgelehnt.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Jugendabgeordneten, die dem ursprünglichen Antrag, so, wie im Vorbereitungsseminar erarbeitet, auf Fassung eines Beschlusses betreffend Weiterentwicklung der Bildungslandschaft im Burgenland zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend Weiterentwicklung der Bildungslandschaft im Burgenland wird somit mehrheitlich angenommen und als Teil eines Gesamtberichtes dem Landtag zuzuleiten.

**5. Punkt: Antrag der Jugendabgeordneten Lejla Visnjic, Sebastian Steiner, Thomas Haffer, Hannah Grandits, Matthias Wukitsch, Jakob Rennhofer, Tea Markovic und Manuel Dachs auf Fassung eines Beschlusses betreffend Förderung von Menschen mit Behinderungen und Ausbau der Pflege (J 8)**

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Wir kommen zum 5. und letzten Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Antrag der Jugendabgeordneten Lejla Visnjic, Sebastian Steiner, Thomas Haffer, Hannah Grandits, Matthias Wukitsch, Jakob Rennhofer, Tea Markovic und Manuel Dachs auf Fassung eines Beschlusses betreffend Förderung von Menschen mit Behinderungen und Ausbau der Pflege (J 8).

Ich möchte darauf hinweisen, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein gültig eingebrachter Abänderungsantrag vorliegt, der in die Verhandlungen miteinbezogen wird. Der Abänderungsantrag wurde, wie im Vorbereitungsseminar vereinbart, fristgerecht an alle Jugendabgeordneten versendet.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Jugendabgeordnete Lejla Visnjic.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin

**Berichterstatterin Lejla Visnjic:** Danke schön Herr Landtagspräsident. Hohes Haus! Geschätzte Jugendabgeordnete!

Menschen mit Behinderungen sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft, demnach müssen sie dementsprechend auch am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Für uns sind entsprechende Fördermaßnahmen wichtig, die zur Entlastung von Eltern und einem kindgerechten Leben beitragen. Verbunden mit dieser Problematik ist der Pflegekräftemangel, gegen den wir Maßnahmen setzen müssen.

- Wir haben im Burgenland stets einen Pflegekräftemangel wie auch in ganz Österreich. Aus diesem Grund fordern wir die Attraktivierung des Pflegeberufes, indem der Ausbau der Pflegeschulen im Burgenland weiter vorangetrieben wird. Weiters soll der Lehrberuf der Pflegeassistenten mit dem Pflichtschulabschluss ermöglicht werden.
- Der Rechtsanspruch auf Förderung von Menschen mit Behinderungen soll laut UNO-Behindertenrechtskonvention umgesetzt werden.
- Wir fordern die Schaffung einer zentralen Informations- und Anlaufstelle für Angehörige und Betroffene im Burgenland.
- Die Anerkennung des Behindertenausweises im Rahmen des Bewilligungsprozesses für Hilfen und Förderungen muss auch im Burgenland gewährleistet sein.
- Wir fordern die Aus- und Weiterbildung für Pädagoginnen und Schulassistentenkräfte und mehr Personal in den Sonderschulen, um eine kompetente Betreuung behinderter Kinder und Jugendlicher zu gewährleisten.
- Das Land Burgenland soll die Freizeitassistenten bei Erwachsenen ausbauen und bei Kindern und Jugendlichen schaffen.
- Wir fordern den Ausbau der Freizeitmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen.
- Die Landesregierung soll eine Initiative schaffen, wobei der Schwerpunkt darauf liegt, dass der gesamte öffentliche Raum barrierefrei zugänglich gemacht werden soll.



- Wir fordern die Anerkennung aller Behinderungen im Schulwesen, dabei sollen diese Menschen nach individuellen Bedürfnissen gefördert werden.
- Die Landesregierung wird dazu aufgefordert, Erste-Hilfe-Kurse, vor allem hinsichtlich Assistenz von Menschen mit Behinderungen, sowie Informationsveranstaltungen schon ab der Unterstufe und vermehrt in der Oberstufe umzusetzen. Weiters soll schon Sensibilisierung bezüglich dieses Themas in der Volksschule stattfinden.

Danke schön!

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Sehr geehrte Frau Berichterstatterin, danke für den Bericht. Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Jugendabgeordneter Thomas Haffer.

Bitte Herr Abgeordneter

**Jugendabgeordneter Thomas Haffer:** Danke schön Herr Präsident. Werte Mitglieder der Landesregierung! Hoher Jugendlandtag! Danke - normalerweise beendet man so eine Wortmeldung, aber ich möchte mit dem Dank beginnen.

Ich bedanke mich für den Konsens, den wir in unserer Gruppe beim Ausarbeiten dieses Antrages hatten. Ich denke, dieser Antrag ist ein Schritt in die richtige Richtung, zur Verbesserung der Situation und der Lage behinderter Menschen im Burgenland.

Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf einen angemessenen Lebensstandard für sich selbst und ihrer Familien einschließlich angemessener Ernährung, Bekleidung und Wohnung sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen und unternehmen geeignete Schritte zum Schutz und zur Förderung der Verwirklichung dieses Rechts ohne Diskriminierung aufgrund von Behinderung.

Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf sozialen Schutz und den Genuss dieses Rechts ohne Diskriminierung aufgrund von Behinderung und unternehmen geeignete Schritte zum Schutz und zur Förderung der Verwirklichung dieses Rechts - Zitatende.

Das war die UN-Behindertenrechtskonvention, genauer gesagt die Einleitung zu Artikel 28. Menschen mit Behinderung haben das Recht auf Förderung. Sie haben das Recht auf Schutz. Deshalb - genau deshalb - braucht es einen Rechtsanspruch auf Hilfe und Förderung für Menschen mit Behinderung.

Nicht, weil ich es mir gerade einbilde, nicht, weil es ganz nett wäre, nicht einmal nur deshalb, weil es in der Behindertenrechtskonvention der UNO steht, sondern weil jeder Mensch ein Recht auf selbstbestimmtes Leben und ein Recht auf Chancengleichheit hat. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Das bedeutet, dass behinderte Menschen im Burgenland endlich einen Rechtsanspruch auf Hilfe bekommen sollen.

Kinder mit Behinderung haben einen Anspruch auf Assistenz und Hilfe in der Schule, um gleichberechtigt am Unterricht teilnehmen zu können, jede und jeder individuell - das passiert im Burgenland aber nicht! Adäquate Assistenz in Schulen findet nicht statt. Es gibt zu wenig und keine ausgebildeten Kräfte.

Dieser Zustand gehört ebenso beseitigt, denn unsere Schüler verdienen alle Förderung und Hilfe, wenn sie diese benötigen.

Neben den unqualifizierten oder gar nicht vorhandenen Assistenzkräften gibt es im Burgenland ein viel schwerwiegenderes Problem. Im Zuge des Bewilligungsprozesses, also jener Prozess, in dem über Notwendigkeit einer Förderung von Amtswegen her beschieden wird, sind eklatante Mängel festzustellen.

Zum Beispiel werden im burgenländischen Schulwesen gar nicht alle Behinderungen anerkannt und der bundeseinheitliche Behindertenausweis hat keinerlei Bedeutung. Eine Kommission entscheidet darüber, ob ein Kind behindert ist und ob es Hilfe braucht.

Ja, wo leben wird denn? Muss hier unnötig ein Verwaltungsapparat aufgebaut werden und Schikane stattfinden? Hier gehören endlich der Behindertenausweis im Bewilligungsverfahren sowie alle Behinderungen anerkannt, angefangen bei körperlichen, hin zu geistigen Behinderungen und auch Autismus. Ich habe ein kleines Beispiel:

Werte Kollegen! Ein körperbehinderter Jugendlicher kommt von der Schule nach Hause und möchte am Nachmittag etwas unternehmen. Die Eltern kümmern sich um alles zu Hause, auch um die kleine Schwester, den Haushalt und ein Elternteil arbeitet auch noch. Heute hat leider niemand Zeit, dass er etwas mit dem Jugendlichen unternimmt.

Eine Freizeitassistenz wäre die Lösung. Dann könnte der Jugendliche ein selbstbestimmtes Leben führen und seine Eltern würden dadurch entlastet. Klingt nach einer guten Idee, oder?

Aber das geht nicht. Denn im Burgenland bekommen Menschen mit Behinderung ab 18 Freizeitassistenz zugesprochen im Ausmaß von maximal 40 Stunden im Monat. Zum Vergleich, in Wien sind es bis zu 300 Stunden Assistenz.

Aber all das ist nur für Erwachsene möglich. Für Kinder und Jugendliche ist so eine Hilfe und Unterstützung im Burgenland unmöglich. Das erschüttert mich, und ich glaube, uns alle hier.

Betroffene im Burgenland können sich ja bei Stellen des Landes informieren und erhalten dann Auskunft - nein, falsch -, Betroffene in anderen Bundesländern können sich informieren und haben meist zentrale Ansprechpartner und Informationsstellen, an die sie sich wenden können.

Im Burgenland dagegen müssen Betroffene einen langwierigen Instanzenweg durch alle möglichen Behörden und Ämter auf sich nehmen, um an Informationen zu kommen. Anstatt einer zentralen Auskunftsstelle wird man auf einen schier endlosen Weg durch gefühlt alle Amtsstuben im Burgenland geschickt und man erhält nur widersprüchliche Aussagen. Dieser Zustand gehört endlich abgeschafft!

Ich möchte abschließend noch eine kleine humoristische Anmerkung zum Abänderungsantrag der Kolleginnen und Kollegen der Sozialistischen Jugend machen. Der Jugendlandtag funktioniert so gut und so schnell, dass man nicht einmal zusammentreten musste, um etwas auf Bundesebene zu bewegen und zu erreichen.

Es wurde von der Fraktion der Sozialistischen Jugend völlig legitim unser gemeinsamer Hauptantrag ergänzt. Er wurde ergänzt um den letzten Forderungspunkt, dass die Burgenländische Landesregierung sich auf Bundesebene für die Wiedereinführung der erhöhten Familienbeihilfe für Menschen mit Behinderung einsetzt.

Gestern wurde im Nationalrat eben dies mit den Stimmen der ÖVP, der FPÖ, der NEOS und der Liste Pilz korrigiert, nachdem ein gerichtliches Urteil die Regelung kurzfristig außer Kraft gesetzt hatte.

Einzig die SPÖ stimmte dagegen. Ich habe auch gerne die APA-Meldung dazu für Euch, finde ich recht amüsant.

Ich darf mich nochmal bei Euch allen, die in der Gruppe waren, und bei Euch allen hier im Plenum bedanken. Ich gehe davon aus, und ich freue mich, wenn wir dem Hauptantrag, wie ausgearbeitet, zustimmen können. Danke schön. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Die Jugendabgeordnete Hannah Grandits ist die nächste Rednerin.

Bitte Frau Jugendabgeordnete.

**Jugendabgeordnete Hannah Grandits:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da ich selbst von einer Krankheit betroffen bin, ist mir dieser Antrag besonders wichtig. Deswegen möchte ich auf einige Punkte eingehen, nämlich auf den Erste-Hilfe-Kurs und auf die Informationsveranstaltungen über diverse Krankheiten an Schulen, vor allem für Schülerinnen und Schüler, da es im Ernstfall sogar Menschen retten kann.

Ich hatte das Glück, dass ich die BHAK/BHAS Stegersbach besuchen durfte, und ein ganz besonderes Glück war es, dass wir während des Unterrichtes in Biologie den Erste-Hilfe-Kurs machen durften und das gratis.

Also, meine Kollegin hat vorher erwähnt, Erste-Hilfe-Kurs ja in der Schule, aber wieso kostengünstiger, wenn es nicht gratis geht.

Es ist auch sehr wichtig, dass nicht nur die Schülerinnen und Schüler aufmerksam gemacht werden, wie wichtig es ist, sich für behinderte Kinder einzusetzen, sondern es ist einfach wichtig, alle, die in der Schule tätig sind, darüber zu informieren, nicht nur die Schüler, die Lehrer, sondern auch das Putzpersonal oder die Menschen, die im Sekretariat arbeiten.

Was ich noch besonders erwähnen möchte, ist, dass es sehr wichtig wäre, wenn wir die Kinder bereits im jungen Alter über diese Thematik informieren würden, bereits ab der Volksschule. Mit spielerischen Vorträgen eben den Kindern zeigen, wie wichtig es ist, sich mit Krankheiten auseinanderzusetzen und auch Kinder zu akzeptieren, die eben eine Beeinträchtigung haben - sei es körperlich oder geistig -, denn immerhin sind alle Kinder gleich.

Was ich noch erwähnen möchte, ist die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Im öffentlichen Raum ist es noch immer nicht möglich, dass Menschen im Rollstuhl alle öffentlichen Plätze zurücklegen können.

Das beste Beispiel ist es hier in der Landeshauptstadt Eisenstadt. Hier können Menschen, die im Rollstuhl sitzen, nicht ohne Hilfe die Fußgängerzone bewältigen, auch wenn sie nur einen kleinen Kauf tätigen möchten. Und ich sage Euch allen, den kranken und beeinträchtigten Menschen ist sehr wichtig, eben selbständig agieren zu können. Sie wollen so leben, wie alle anderen, soweit es möglich ist.

Was ich noch abschließend Euch ans Herz legen möchte, ist, dass man sich schon für die Kinder einsetzen soll, aber nicht nur verbal, sondern auch praktisch. Deswegen würde ich Euch allen sehr nahelegen, nicht nur darüber zu reden,

sondern auch mit diesen Kindern aktiv zu spielen, zu arbeiten und Euch einmal mit diesen Menschen auseinanderzusetzen.

Denn von diesen Menschen kann man am meisten lernen. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke Frau Jugendabgeordnete. Jakob Rennhofer, Herr Jugendabgeordneter, ich bitte Sie zum Rednerpult.

**Jugendabgeordneter Jakob Rennhofer:** Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Hohes Haus! Liebe Abgeordnete! Wenn wir über diese Thematik sprechen, über Fördermaßnahmen für Menschen mit Behinderungen, dann ist das eine Thematik, die heutzutage absolut wichtig und aktuell ist und auch immer sein wird. Daher ist es wichtig, konstruktiv an diesem Thema weiterzuarbeiten.

Ich bin mir sehr sicher, dass dieses Thema über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinaus größte Wichtigkeit hat. Deshalb sollte man auch ganz objektiv und unvoreingenommen an dieses Thema herantreten.

Ganz kurz zu dem, was der Herr Abgeordnete Haffer gesagt hat, ich finde es irgendwie bedenklich, dass die Regierung Kurz immer wieder Gerichtsbeschlüsse braucht, damit so etwas wieder repariert wird - das nur nebenbei gesagt. *(Jugendabgeordneter Thomas Haffer: Der Gerichtsbeschluss hat es außer Kraft gesetzt.)*

Ich appelliere mit diesem Abänderungsantrag also an den gesunden, empathischen, humanistischen Menschenverstand und plädiere für die Annahme des Abänderungsantrages. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Herr Jugendabgeordneter Wolf Steinhäusl hat sich als Nächstes zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Jugendabgeordneter.

**Jugendabgeordneter Wolf Steinhäusl:** Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Jugendabgeordneter Rennhofer! Es war so, dass das Höchstgerichtsurteil des Verwaltungsgerichtshofs genau das Problem verursacht hat, und es war die Regierung und der Bundeskanzler Kurz, die darauf reagiert und dafür gesorgt haben, dass die Familienbeihilfe auch weiterhin für Menschen möglich ist, zu beantragen, die diese auch brauchen auf Grund ihrer Behinderung.

Ich würde Dich bitten, bitte dieses Hohe Haus, das Plenum, nicht zur Verbreitung von Fake News zu nutzen. Danke schön! *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Aber dieser Antrag beschäftigt sich in erster Linie zwar mit der Behindertenförderung, das ist richtig, aber auch mit dem Ausbau der Pflege, mir ein ganz besonders wichtiges Anliegen, denn etwa ein Viertel der Menschen im Burgenland sind bereits über 60 Jahre alt.

Man muss dafür kein Studium der Statistik auf der Universität besucht haben, sondern es reicht, sich die Demografie-Entwicklung des Burgenlandes anzusehen, um zu erkennen, dass es hier zu wahnsinnig großen Herausforderungen kommen wird.

Es ist auch so, dass bald die geburtenstarken 1960er Jahrgänge in Pension gehen werden und es auf der anderen Seite zur Landflucht kommt, vor allem im Südburgenland.

Es liegt also hier an uns Jungen, die Mitglieder der Landesregierung darauf aufmerksam zu machen, dass das ein Thema ist, das uns noch sehr viele Jahre beschäftigen wird.

Ja, vielleicht ist es jetzt ein bisschen ungewohnt, dass wir uns als junge Generation so stark damit beschäftigen oder zumindest einige von uns, aber wir werden spätestens auch in einigen Jahrzehnten davon betroffen sein und hoffen müssen, dass unser Pflegesystem zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch aufrecht ist.

Um die Wichtigkeit der Pflege noch einmal zu unterstreichen, habe ich hier noch die Zahlen der Statistik Austria mitgebracht:

Im Jahr 2010 gab es Förderungen von Land und Bund in Summe von 59 Millionen Euro, im Jahr 2013 waren es schon die 100 Millionen Euro und letztes Jahr, also ganz aktuell im Jahr 2017, fast 160 Mio. Euro. Es ist also ein Anstieg der Kosten im Pflegebereich um unglaubliche 275 Prozent.

Es liegt also an uns, die soziale Absicherung der älteren Generationen anzusprechen. Es braucht hier einen sukzessiven Ausbau der Angebote für Betreutes Wohnen sowie geeignete Pflegeeinrichtungen. Attraktive Angebote für aktive und dynamische Senioren sind mindestens genauso wichtig, wie die Unterstützung für Hilfsbedürftige ältere Menschen.

Leider fehlt es aber schon jetzt an qualifiziertem Personal und an den Betreuungseinrichtungen. Eine absolute Katastrophe, denn angesichts der demografischen Entwicklung, wie bereits erklärt, wird es hier von alleine zu keinerlei Verbesserungen kommen.

Ganz im Gegenteil, wenn man sich das so ansieht, ist das eher ein exponentieller Anstieg und jeder der sich damit ein bisschen auskennt, weiß, dass sich dieses Problem immer weiter dreht.

Eine erste Möglichkeit, die hier gesetzt werden muss, und da kann ich gleich zum Herrn Landesrat Mag. Darabos sprechen, wäre die Veröffentlichung des so oft angepriesenen Pflegebedarfs- und Entwicklungsplans für das Burgenland.

Seit Monaten wird dieses hinausgeschoben. Ich bin der Meinung, dass es endlich an der Zeit ist, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Es fehlen nämlich schon, laut diesem alten Plan, in Summe 170 Pflegebetten. Dafür reicht schon ein Klick auf die Homepage des Landes Burgenlandes, um sich dessen bewusst zu werden.

Hier ist die Politik auf jeden Fall gefordert und insbesondere der Herr Soziallandesrat Darabos.

Andererseits ist es aber so, dass wir bis Ende 2021 - also in drei Jahren - zusätzliche 280 Pflegebetten und Pflegeheimplätze im Burgenland brauchen. Der Bedarf bis 2030, also eine bisschen längere Zeitspanne, aber noch immer greifbar, liegt schon bei 720 Pflegebetten. Es geht also um nicht weniger als die Versorgung von pflegebedürftigen Menschen.

Ich freue mich, dass wir uns dieser Thematik angenommen haben, ich freue mich, dass wir uns da schon Gedanken um die Zukunft machen, auch wenn das

seitens der Landesregierung noch nicht forciert wurde und ich würde mich freuen, wenn wir diesen Jugendlandtag mit einem einstimmigen Beschluss beenden können.

Ich glaube, das wäre nämlich wirklich eine zukunftsweisende Forderung, mit der sich dann hoffentlich auch die Burgenländische Landesregierung beschäftigt. Dankeschön. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke Herr Jugendabgeordneter. Die Frau Jugendabgeordnete Lejla Visnjic hat sich zu Wort gemeldet, wollte zurückziehen und hat sich dann nun doch entschieden, zu reden.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Lejla Visnjic:** Dankeschön Herr Landtagspräsident! Hohes Haus! Geschätzte Jugendabgeordnete! Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir uns für den Hinweis von der Fraktion der ÖVP bedanken und dass Ihr uns darauf aufmerksam gemacht habt, dass es gestern ebenso beschlossen wurde.

Demnach würde ja unser Abänderungsantrag sowieso ins Wasser fallen, da man das ja dann nicht umsetzen könnte.

Also, wir kommen Euch dementsprechend gerne entgegen. Dankeschön. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke Frau Jugendabgeordnete. Herr Landesrat Norbert Darabos hat sich von der Regierungsbank zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Mag. Norbert Darabos (SPÖ):** Liebes Jugendparlament! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Danke vorerst einmal für diese durchaus qualitativ hochwertige Debatte.

Ich sage auch Danke am Beginn, weil es tatsächlich nicht selbstverständlich ist, dass sich junge Menschen vor allem auch mit dem Bereich der Pflege auseinandersetzen, weil das ja noch ein bisschen weit weg ist.

Ich nehme auch die Kritik sehr ernst, aber ich möchte schon noch eines am Beginn auch klarstellen: Das Burgenland hat ein Budget von 1,1 Milliarden Euro. Die Hälfte dieses Budgets geht in den Gesundheits- und Sozialbereich. Da ist der Behinderten- und der Pflegebereich ganz prominent vertreten.

Wir haben im Burgenland 44 Pflegeheime mit über 2.000 Menschen, die in diesen Pflegeheimen betreut werden und ich habe jetzt nicht so viel Zeit, aber vielleicht noch zwei Punkte dazu.

Durch den Wegfall des Pflegeregresses, der von der SPÖ/ÖVP Regierung noch beschlossen wurde, ist es natürlich zu einer Dynamisierung in diesem Bereich gekommen, die wir jetzt auch zu bewältigen haben. Das heißt, wir gehen schon davon aus, da bin ich bei Ihnen Herr Kollege, dass wir in den nächsten Jahren mehr Betten brauchen werden.

Es ist deshalb nicht aus Jux und Tollerei so, dass dieser Bedarf- und Entwicklungsplan nicht vorliegt, noch nicht vorliegt, sondern es ist ein politisches Ziel, hier auf valide Daten zu setzen. Deswegen haben wir von Seiten der Landesregierung beschlossen, hier auch eine Befragung der zukünftig Betroffenen durchzuführen, um dafür zu sorgen, dass wir auch genau wissen, wie das ist.

Momentan sind wir hier mit diesen Pflegebetten ausgelastet, allerdings ist es nicht so, wie es prognostiziert worden ist, dass nämlich diese Pflegebetten, dass ein Run jetzt herrscht, dass es überbordend ist, denn wir haben ungefähr 150 bis 200 Warteplätze.

Das ist für uns ganz wichtig, auch zu sehen, dass wir auch unser politisches Ziel weiterverfolgen, nämlich, die Pflege zu Hause zu forcieren und nicht die Pflege im Heim.

Die Pflege im Heim ist wichtig. Wir haben einen Pflegeatlas herausgegeben. Dieser Pflegeatlas liegt in allen Gemeinden auf, liegt in den Ärzteordinationen auf, der auch ein 8-stufiges Verfahren vorsieht. Das gibt es in ganz Österreich nicht, das geht von der Sozial- und Pflegeberatung, und auch das ist in dem Antrag in einem Nebensatz enthalten, nämlich, dass man in den Bezirken auch lenkend dafür sorgt, dass die Menschen genau wissen, was im Burgenland an Pflegeleistungen angeboten wird und was nicht.

Hauskrankenpflege, 24-Stunden-Betreuung. Ein ganz wichtiger Punkt. Da könnten wir jetzt stundenlang darüber reden, weil ich mit dem jetzigen System nicht zufrieden bin.

Momentan ist es in der Hand von Agenturen, die nicht aus Österreich gesteuert werden und teilweise, nicht teilweise, sondern zu 99 Prozent auch von Betreuerinnen, im großen Teil aus den Nachbarländern Ungarn, Slowakei und auch aus Rumänien getätigt werden.

Das ist nicht das Problem, dass die aus diesen Bereichen kommen, aber wir sollten schon darauf schauen, dass die Qualifikation in diesen Bereichen auch steigt. Damit bin ich eigentlich schon am Ende, denn wir versuchen, diesen Bereich nicht nur finanziell genügend auszustatten, sondern auch dafür zu sorgen, dass jeder das bekommt, was er auch braucht.

Wir brauchen diese Pflegeheime. Drei von diesen 44 sind ja auch im mehrheitlichen Eigentum des Landes: in Rechnitz, in Oberpullendorf und in Neudörfel funktioniert das sehr gut.

Ich würde meinen, dass dieses Thema wenig geeignet ist, politisches Kleingeld, weder im Jugendparlament, noch im Erwachsenenparlament, zu wechseln, weil es, aus meiner Sicht, der wichtigste politische Bereich für die Zukunft ist.

Sie können davon ausgehen, dass wir im Land ganz genau darauf schauen, dass dieser Bereich auch abgedeckt werden kann. Es waren einige Dinge, die sehr unscharf formuliert worden sind, ich möchte das jetzt nicht ausformulieren, aber es gibt Eingliederungshilfen in den Schulen, was den Autismus und diese Behinderteneinrichtungen betreffen.

Das werden Sie ja nicht abstreiten, nehme ich an. Dass wir da ausbaufähig sind, da gebe ich Ihnen durchaus recht, aber es ist schon auch das Ziel, das gemeinsam zu tun und da meine ich auch, dass hier alle gefordert sind.

Alle im Landtag vertretenen Parteien und natürlich auch der zuständige Soziallandesrat. Die Barrierefreiheit wurde bereits angesprochen. Das möchte ich auch noch ganz kurz streifen:

Wir im Land haben das jetzt geschafft, auch unter Druck des ÖZIV, also es ist, glaube ich, schon einiges passiert. Ich bin auch froh, dass Ihr hier im

Jugendparlament diesen Druck macht und dass wir durchaus auch Dinge haben, die, aus meiner Sicht, nicht nur verfolgungswert sind, sondern die wir dann auch in den Landtag einbringen werden.

Da sind sehr viele Dinge dabei. Eine kleine Unschärfe hat es auch noch gegeben: Es gibt sehr viele Dinge, aber jetzt habe ich keine Zeit mehr, das auszuführen. Teilweise sind Bundeskompetenzen da, teilweise Landeskompetenzen da und das wäre es sozusagen auch wert, das aufzudröseln, aber grundsätzlich bin ich mit diesem Antrag sehr einverstanden.

Wir sehen das auch als Fingerzeig an die Politik, dass Sie das hier auch gemeinsam offensichtlich beschließen werden. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke Herr Landesrat. Ebenfalls von der Regierungsbank hat sich die Frau Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf gemeldet.

Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Jugendabgeordnete! Keine Angst, ich werde jetzt keine lange Rede mehr halten.

Soweit ich weiß, bin ich heute die letzte Rednerin des Tages und ich möchte die Gelegenheit nur noch einmal nutzen, um mich auch als Jugendlandesrätin sehr herzlich bei jedem Einzelnen von Ihnen zu bedanken, dass Sie heute die Chance genutzt haben, hier beim Jugendlandtag dabei zu sein.

Ich weiß, in den Vorbereitungsarbeiten ist bereits sehr viel Zeit von Ihnen allen investiert worden. Ich glaube, dass ist gerade heutzutage nicht selbstverständlich.

Danke, dass Sie so viel von Ihrer Freizeit auch geopfert haben, um sich so gut vorzubereiten. Aber, ich denke, es hat sich wirklich ausgezahlt, weil wenn man sich die Anträge heute wirklich alle anschaut, dann waren die ausnahmslos inhaltlich wirklich alle durchdacht, ausgereift, mit wirklich sehr guten Vorschlägen.

Da kann ich mich meinem Regierungskollegen nur anschließen. Ich denke, ich spreche aber auch für die restlichen Regierungsmitglieder, dass da sehr vieles dabei ist, das man dann auch in den Landtag miteinbringen kann.

Ein herzliches Dankeschön, dass Sie sich so ernsthaft mit diesen Themen auseinandergesetzt haben. Ich bin auch dafür, dass man gerade politische Bildung, und das hat die Kollegin Kayer auch richtig ausgeführt, nicht nur in den Schulen einführt, sondern dass man sich auch wirklich sehr stark Gedanken darüber macht, wie das dann auch in der Praxis ausgestaltet ist, weil damit steht und fällt dann, glaube ich, auch die Akzeptanz bei den Jugendlichen.

Ein herzliches Dankeschön, dass Sie heute mit einem so guten Beispiel vorangegangen sind - auch für die wirklich sehr konstruktive Sitzungskultur. Das war ja in der Vergangenheit nicht immer ganz so der Fall, aber heute - wirklich ein Kompliment für diese Diszipliniertheit.

Dafür ein herzliches Dankeschön! Ich wünsche Ihnen noch viel Erfolg in Ihrem zukünftigen Lebensweg und heute auch noch einen schönen Nachmittag. Dankeschön. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*



**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Hoher Jugendlandtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung:

Ich lasse zunächst über den vorliegenden Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Jugendabgeordneten, die dem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Keine Zustimmung.

Ich ersuche nun, jene Damen und Herren Jugendabgeordneten, die dem ursprünglichen Antrag sowie im Vorbereitungsseminar erarbeitet auf Fassung eines Beschlusses, betreffend Förderung von Menschen mit Behinderungen und Ausbau der Pflege, zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Beschluss betreffend Förderung von Menschen mit Behinderung und Ausbau der Pflege wird somit einstimmig angenommen und als Teil eines Gesamtberichtes dem Landtag zugeleitet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Tagesordnung ist somit erledigt.

Ich bedanke mich. Ich bedanke mich bei Ihnen, denn es ist keine Selbstverständlichkeit, dass sich 36 Jugendabgeordnete, Menschen aus politischen unterschiedlichsten Richtungen zusammensetzen, in einem Vorbereitungsseminar eine Tagesordnung erarbeiten, Vorschläge für Anträge erarbeiten, auch Abänderungsanträge erarbeiten und in vier Stunden hier geordnet im Hohen Haus debattieren.

Dafür bedanke ich mich ganz herzlich. Es ist eine sehr engagierte Debatte gewesen, mit viel Herzblut, aber nicht untergriffig und das freut mich ganz besonders, das feststellen zu können.

Bedenken Sie auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Demokratie, das Austauschen von unterschiedlichen Argumenten in einem Parlament das Wichtigste ist. Das stärkt das Staatsgefüge.

Wir kommen demnächst zu einem ganz wichtigen Datum, das ist der 12. November, wo 1918 - vor 100 Jahren - die Republik ausgerufen wurde.

Diese zarte Pflänzchen Demokratie währte aber nicht lange. Das ging sogar so weit, dass von 1938 bis 1945 unser Heimatland Burgenland ausgelöscht wurde. Es gab das Burgenland nicht, der nördliche Teil war beim Gau Niederdonau, der südliche Teil war beim Gau Steiermark. Erst nach 1945 konnte die Republik wieder erstehen.

Stärken wir diese Republik! Stärken wir dieses Staatsgefüge, in dem wir an den demokratischen Entscheidungsprozessen teilnehmen, indem Sie auch an Wahlen teilnehmen, indem Sie sich politisch engagieren, indem Sie sich politisch auch entsprechend äußern. Es ist für die Demokratie unerheblich, welche Partei gewählt wird, für die Demokratie ist entscheidend, dass gewählt wird.

Sagt das Euren Altersfreunden. Ich bin überzeugt, dass mit dieser heutigen Debatte hier auch ein guter weiterer Stein zu einem schon lange gelegten Grundstein dazu gelegt werden konnte.

In diesem Sinne schließe ich diese Landtagssitzung mit der Einladung des Herrn Landeshauptmannes zu einem Büffet. Es sind draußen Getränke und ein kleiner Imbiss vorbereitet.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Ende der Sitzung um 14 Uhr 14 Minuten**